

IWF
2013

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2013

DIE GLOBALE KONJUNKTURERHOLUNG SICHERN UND STÄRKEN





INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2013

DIE GLOBALE KONJUNKTURERHOLUNG
SICHERN UND STÄRKEN

INHALT

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EHEKUTIVDIREKTORIUMS	4
---	---

DAS EHEKUTIVDIREKTORIUM	6
-------------------------	---

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT	8
---	---

1 ÜBERBLICK	9
Die Weltwirtschaft	10
Überwachung	10
Finanzierung	11
Politikagenda	11
Kapazitätsentwicklung	12
Ressourcen	12
Der IWF im Wandel	12

2 GLOBALE ENTWICKLUNGEN IN WIRTSCHAFT UND FINANZEN	13
Konjunkturwende mit verschiedenen Geschwindigkeiten	14
Der Weg zu schnellem Wachstum der Weltwirtschaft	15

3 ANPASSUNG AN EINE SICH RASCH VERÄNDERNDE WELT	19
Monitoring globaler Verknüpfungen	20
Spillover-Bericht	20
Pilot External Sector Report	20
Politikberatung	21
Überwachungsarchitektur	21
Fiskalische Tragfähigkeit und Strukturreformen	26
Steuerung von Kapitalströmen und makroprudenzielle Politik	28
Einkommensschwache Länder	30
Prüfung der Fazilitäten für einkommensschwache Länder und Anspruch auf konzessionäre Kredite	30
Vulnerability Exercise for Low-Income Countries	32
Verstärkte Überwachung des Finanzsektors in einkommensschwachen Ländern	33
Initiative für hochverschuldete arme Länder/ Multilaterale Entschuldungsinitiative	33
Kleinstaaten	33
Makroökonomische Fragen in Kleinstaaten und Auswirkungen auf die Arbeit des IWF	34
Programmgestaltung	34
Prüfung der Konditionalität von 2011	34

4 DER ANHALTENDEN GLOBALEN KRISE BEGEGNEN	37
--	----

Die Geschäftsführende Direktorin legt Global Policy Agenda vor	38
Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum	38
Schuldenragfähigkeit	41
Stärkung der Finanzsysteme	42
Globale Ungleichgewichte und Spillovers	43
Poverty Reduction and Growth Trust	43
Auszahlung des verbleibenden unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf	46
Verlängerung des vorübergehenden Zinsaufschubs für einkommensschwache Länder	46
Finanzierung	46
Nichtkonzessionäre Finanzierungen im Jahresverlauf	46
Vergabe konzessionärer Mittel im Jahresverlauf	47
Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	48
Europäische Kommission und Europäische Zentralbank	48
Gruppe der Zwanzig	48
Financial Stability Board	49
Weltbankgruppe	49
Vereinte Nationen	50
Deauville-Partnerschaft	50
Kapazitätsentwicklung	51
Initiativen zur Technical Assistance	51
Ausbildung	53
Externe Unterstützung	56
Initiativen zu Daten und Datenstandards	57
Standards für die Datenweitergabe	57
Sonstige datenbezogene Maßnahmen	58

5 FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT	59
--	----

Quoten- und Governance-Reform	60
Fortschritte bei den Quoten- und Governance-Reformen von 2010	60
Wahl des Exekutivdirektoriums 2012	61
Überprüfung der Quotenformel	61
Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung	62
Haushalt und Einkommen	63
Ressourcen für die Vergabe von Mitteln an Mitglieder	63
Der Goldverkauf und das neue Einkommensmodell	64
Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Einkommen	65
Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	66
Rückstände gegenüber dem IWF	68
Prüfungsverfahren	68

Risikomanagement	70	der Unterstützung von Gebern	53
Personalwesen – Politiken und Organisation	70	4.8. Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in	54
Personalwesen im GJ 2013	70	den GJ 2008–2013 nach Fächern und Thematik	54
Mitgliedschaft	73	4.9. Ausbildung nach Abteilung, GJ 2013	55
Rechenschaftspflicht	74	4.10. Ausbildung nach Anbieter, GJ 2000–2013	55
Extern	74	4.11. Ausbildung nach Länder-Einkommensgruppe,	56
Intern	77	GJ 2000–2013	56
EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER	80	4.12. Ausbildung nach Region, GJ 2000–2013	56
LEITENDE MITARBEITER	81	TABELLEN	
ORGANIGRAMM DES IWF	82	4.1. Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF	44
ANMERKUNGEN	83	4.2. Im GJ 2013 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen	47
KÄSTEN		4.3. Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen während des GJ 2013	49
3.1. Die Arbeit des IWF in Europa	22	5.1. Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2012–2016	66
3.2. Politikberatung und Unterstützung für arabische Länder im Umbruch	23	5.2. Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben	67
3.3. Aufruf zu mehr Zusammenarbeit für die globale Entwicklung	31	5.3. Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art, mit Stand vom 30. April 2013	68
4.1. Ein ausgewogenes Verhältnis von Wachstum und Haushaltskonsolidierung schaffen	39		
4.2. Fiskalisch tragfähige und gerechte Rentensysteme für Asien	40	Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.	
4.3. Sicherungsbewertung: Politiken und Informationsarbeit	47	Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zum leichteren Verständnis angegeben. Am 30. April 2013 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1 US\$ = 0,662691 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,509 US\$. Das Jahr zuvor (am 30. April 2012) lag der Kurs bei 1 US\$ = 0,644934 SZR bzw. 1 SZR = 1,55055 US\$.	
5.1. Gebäuderenovierungen	67		
5.2. Jugendarbeit	76	In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde und „Trillion“ eine Billion. Kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.	
5.3. Konferenz zur Steuerung von Kapitalströmen in Asien	77	Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, aber für die statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.	
SCHAUBILDER			
4.1. In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2004–2013 gebilligte Vereinbarungen	48		
4.2. Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen, GJ 2004–2013	48		
4.3. Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2004–2013	48		
4.4. Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in den GJ 2008–2013 nach Länder-Einkommen	51		
4.5. Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in den GJ 2008–2013 nach Länder-Status	52		
4.6. Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort im GJ 2013 nach Fächern und Regionen	52		
4.7. Ausweitung der Kapazitätsentwicklung mithilfe			

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS



Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Bei unserer Jahresversammlung 2012 in Tokio rief der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) die Weltgemeinschaft zu entschlossenem Handeln auf, um die Weltwirtschaft wieder auf einen Weg zu starkem, nachhaltigem und ausgewogenem Wachstum zu führen. Wie ich über das vergangene Jahr nachdenke – das fünfte seit Beginn der Krise –, hat dieser Aufruf zu gemeinsamem politischem Handeln für mich nichts an Dringlichkeit verloren.

Entschlossenes Handeln aufseiten der Politik entschärfte im Jahresverlauf die bedrohlichsten Risiken für die Weltwirtschaft. Dennoch bleibt der Weg zu einer robusten, umfassenden Konjunkturerholung steinig. Das globale Wachstum ist noch zu schwach und unausgewogen, und alte wie neue Risiken trüben die wirtschaftlichen Aussichten. In viel zu vielen Ländern haben die Verbesserungen an den Finanzmärkten nicht zu einer verbesserten Realwirtschaft – und damit besseren Lebensbedingungen für die Menschen – geführt.

Es liegen große Aufgaben vor uns, und der IWF teilt mit seinen 188 Mitgliedsländern die Verantwortung zu gemeinsamem Handeln. In diesem Bewusstsein legte der IWF dem IMFC im Oktober 2012 und abermals anlässlich der Frühjahrstagung 2013 ein neues Produkt vor: die *Global Policy Agenda*, die wirtschaftspolitische Prioritäten für die Mitglieder umreißt und aufzeigt, wie der IWF sie dabei unterstützen kann.

Die Natur der globalen Wirtschaft verpflichtet uns dazu, uns laufend anzupassen und unser Mandat besser zu erfüllen, um den sich ändernden und sehr unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Mitgliedsländer gerecht zu werden. Dank der engen Partnerschaft zwischen Geschäftsführung, Mitarbeiterstab und Exekutivdirektorium konnte der IWF Fortschritte an vielen Fronten erzielen und dabei die Tätigkeit der Institution zur Unterstützung aller Mitglieder stärken – fortgeschrittener und aufstrebender Volkswirtschaften ebenso wie einkommensschwacher Länder.

Verschiedene Neuerungen zum Regelwerk der IWF-Überwachung, die den Empfehlungen aus dem „Triennial Surveillance Review“ 2011 entspringen, sind erstmals zum Einsatz gekommen. Drei wichtige Verbesserungen sind die neue Integrated Surveillance Decision sowie die Einführung von zwei Pilotprojekten, dem „External Sector Report“ und dem „Spillover Report“. Diese Initiativen führen die bilaterale und die multilaterale Perspektive der Politikberatung des Fonds zusammen; sie schärfen unsere Analyse zu Spillovers und grenzüberschreitenden Effekten und richten den Fokus auf die Stabilität des Systems als Ganzes.

Der Fonds intensivierte zudem seine analytische Agenda, um eine bessere Grundlage für maßgeschneiderte Politikberatung zu bieten. Wir haben unsere Arbeit verstärkt auf Themen ausgerichtet, die man am besten als Vermächtnisse der Krise bezeichnen könnte, und dabei vermehrte Aufmerksamkeit auf die Analyse von Arbeitsplätzen und Wachstum, Haushaltskonsolidierung und Wachstum sowie den entscheidenden Finanzsektor gerichtet. Die Tätigkeit in diesem letzten Bereich wird durch die neu eingeführte Finanzsektorstrategie unterstützt. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Fondsarbeit war der Abschluss der Arbeit zu Kapitalströmen, mit der der IWF eine umfassende, flexible und ausgewogene institutionelle Position zur Steuerung globaler Kapitalströme ausgearbeitet hat, auf deren Basis er Ländern klare und einheitliche wirtschaftspolitische Ratschläge erteilen kann.

Da die Konjunkturerholung nur langsam Fuß gefasst hat, war die Kreditvergabe weiterhin ein Kernelement der Unterstützung der Mitgliedsländer durch den IWF. Dies ist für die Länder im Zentrum der Krise von entscheidender Bedeutung, aber der Fonds muss bereit sein, alle seine Mitglieder zu unterstützen. Die früheren Verbesserungen bei der „Flexible Credit Line“ erwiesen sich weiterhin als hilfreich und führten zu Folgevereinbarungen mit Mexiko und Polen. Der Fonds verstärkte zudem seine Arbeit in den arabischen Ländern im Umbruch.

Zur Stärkung des Sicherheitsnetzes für das globale Finanzsystem machten die Mitglieder weitere Zusagen, um die Anleihemittel des Fonds zu erhöhen, sodass sich die Fondsmittel für die Kreditvergabe jetzt auf insgesamt 461 Mrd. US\$ belaufen. Die Institution unternahm auch wichtige Schritte, um den Bedarf der Mitglieder mit niedrigem Einkommen zu erfüllen. Das Exekutivdirektorium billigte die Verwendung der restlichen 2,7 Mrd. US\$ aus dem unerwarteten Gewinn des Goldverkaufs im Rahmen einer Strategie, die die langfristige Tragfähigkeit der konzessionären Finanzierungsfazilitäten des Fonds sicherstellen sollte. Diese Genehmigung kam zusätzlich zu den von den Mitgliedern gegebenen Zusagen, 1,1 Mrd. US\$ der Gewinne aus dem Goldverkauf zur kurzfristigen Erhöhung der konzessionären Mittel zu verwenden.

Bei der Arbeit an Kapazitätsentwicklung und Ausbildungsmaßnahmen – die dritte Säule der Fondsarbeit – erreichten wir ebenfalls eine Reihe von Meilensteinen. Das Jahr begann mit der Einrichtung des neuen Institute for Capacity Development, mit dem Technical Assistance und Ausbildung zielgerichteter und effektiver werden sollen. Der Fonds dehnte seine Tätigkeit im Kapazitätsaufbau vor Ort weiter aus, indem er die Errichtung eines regionalen Ausbildungszentrums in Mauritius vereinbarte und Vorbereitungen für das neue Zentrum für Technical Assistance in Westafrika traf.

Zuletzt ein Hinweis von entscheidender Bedeutung: Der Fonds muss seine globale Verantwortlichkeit voll und ganz widerspiegeln. Lassen Sie mich deshalb wiederholen, dass wir einen IWF brauchen, der so aussieht wie die Welt von heute und diese repräsentiert. Wir haben im Verlauf des Jahres Fortschritte gemacht. Wir haben die meisten Bedingungen erfüllt, damit die Quoten- und Governancereformen von 2010 in Kraft treten können. Es ist unsere höchste Priorität, das zu Ende zu führen, die Reformen umzusetzen und auf der Arbeit aufzubauen, die auf dem Weg zu einer neuen Quotenformel bereits geleistet wurde, sodass die Institution ihre Mitgliedschaft effektiver repräsentiert.

Die Errungenschaften des IWF im vergangenen Geschäftsjahr sowie der unermüdliche Einsatz unserer engagierten Mitarbeiter erfüllen mich mit Stolz, und es ist mir eine Ehre, dem IWF als Geschäftsführende Direktorin zu dienen. Ich freue mich auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit allen unseren Mitgliedsländern – und ihren Vertretern im Exekutivdirektorium –, um den vielen Herausforderungen, denen die Weltwirtschaft gegenübersteht, zu begegnen.

Der Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF an den Gouverneursrat des IWF ist ein wesentliches Instrument der Rechenschaftsablegung des IWF. Das Exekutivdirektorium trägt die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Fonds und besteht aus 24 Exekutivdirektoren, die von den 188 Mitgliedsländern des IWF ernannt werden, während der Gouverneursrat, in dem jedes Mitgliedsland durch einen führenden Beamten repräsentiert ist, die höchste leitende Autorität des IWF ist. Die Veröffentlichung des Jahresberichts repräsentiert die Rechenschaftspflicht des Exekutivdirektoriums gegenüber dem Gouverneursrat des IWF.



David Lipton, Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Naoyuki Shinohara, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Nemat Shafik, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin



Min Zhu, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

DAS EXEKUTIVDIREKTORIUM mit Stand vom 30. April 2013

Stellvertretende Exekutivdirektoren sind in Kursivschrift angegeben.



Meg Lundsager
Unbesetzt
Vereinigte Staaten



Daikichi Momma
Tomoyuki Shimoda
Japan



Hubert Temmeyer
Steffen Meyer
Deutschland



Hervé de Villeroché
Alice Terracol
Frankreich



Der Jiun Chia
Rasheed Abdul Ghaffour
Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam



ZHANG Tao
SUN Ping
China



Jong-Won Yoon
Ian Davidoff
Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu



Thomas Hockin
Mary T. O'Dea
Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen



Rakesh Mohan
Kosgallana Ranasinghe
Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka



Ahmed Alkholifey
Fahad Alsbathri
Saudi-Arabien



René Weber
Dominik Radziwill
Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan



Paulo Nogueira Batista, Jr.
Hector Torres, Luis Oliveira Lima
Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago



Stephen Field
Christopher Yeates
Vereinigtes Königreich



Menno Snel
Willy Kiekens, Yuriy G. Yakushe
Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern



José Rojas
Fernando Varela, María Angélica Arbeláez
Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Venezuela



Andrea Montanino
Thanos Catsambas
Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino



Audun Groenn
Pernilla Meyerson
Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden



Momodou Saho
Chileshe M. Kapwepwe, Okwu Joseph Nnamma
Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda



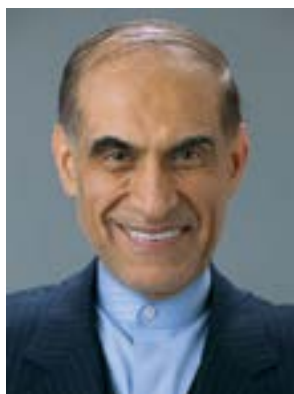
A. Shakour Shaalan
Sami Geadah
Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate



Johann Prader
Miroslav Kollar
Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn



Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin
Russland



Mohammad Jafar Mojarad
Mohammed Daïri
Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien



Pablo Garcia-Silva
Sergio Chodos
Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay



Kossi Assimaidou
Nguéto Tirina Yambaye, Woury Diallo
Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT

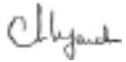
29. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Im Namen des Exekutivdirektoriums des Internationalen Währungsfonds habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat vorzulegen: (i) die Jahresabschlüsse des Internationalen Währungsfonds für das am 30. April 2013 abgelaufene Geschäftsjahr einschließlich der Berichte der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft des Fonds, Deloitte & Touche, sowie (ii) das Begleitschreiben des externen Rechnungsprüfungsausschusses an den Gouverneursrat.

Die Rechnungsprüfung wurde von Deloitte & Touche nach Maßgabe der International Standards on Auditing, den in den Vereinigten Staaten von Amerika allgemein anerkannten Standards zur Abschlussprüfung, und Abschnitt 20 Buchstabe b der Satzung des IWF vorgenommen. Der externe Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus Herrn Ayass (Vorsitz), Herrn Wang und Herrn Ramos, führte nach Maßgabe von Abschnitt 20 Buchstabe c der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die Abschlussprüfung.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

1 ÜBERBLICK



ÜBERBLICK



Im Zeitraum von Mai 2012 bis April 2013 – das Geschäftsjahr 2013 des IWF¹ – herrschte weltweit eine angespannte Atmosphäre starker Veränderungen, und die Weltwirtschaft musste sich mit den verbleibenden Auswirkungen einer globalen Krise auseinandersetzen – Auswirkungen, die weit länger anhielten als ursprünglich erwartet. Angesichts einer immer noch schwachen Wirtschaftstätigkeit und der fortwährenden Möglichkeit erneuter Belastungen waren die Anstrengungen, die zur Förderung globaler Stabilität und einer gesicherten Zukunft gemacht wurden, so notwendig wie nie zuvor.

In ihrer *Global Policy Agenda* (Weltpolitische Agenda) zeichnete die Geschäftsführende Direktorin des IWF mit Bezug auf die gesamte Mitgliedschaft eine Reihe an Maßnahmen vor, die zur Sicherung der wirtschaftlichen Gesundheit und Schaffung eines Fundaments für eine robustere globale Finanzarchitektur vonnöten sind, und beschrieb dabei im Einzelnen die Rolle, die der Institution zufällt, wenn sie die Mitglieder bei diesen gewaltigen Aufgaben unterstützt.

Mit Bewertungen aufgrund seiner zahlreichen multi- und bilateralen Überwachungsprodukte und seines aktiven Engagements mit seinen 188 Mitgliedsländern durch politische und finanzielle Unterstützung und Kapazitätsentwicklung half der IWF seinen Mitgliedern weiterhin bei der Aufdeckung systemischer Risiken und der Gestaltung starker Politikmaßnahmen, mit denen

Bedrohungen der internen wie globalen Stabilität begegnet werden kann.

DIE WELTWIRTSCHAFT

Obwohl die Wirtschaftstätigkeit im Verlauf des Jahres in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Zeichen der Stabilisierung zeigte und in den Schwellenländern sogar etwas zulegte, waren augenscheinlich zumindest kurzfristig weitere Turbulenzen zu erwarten. Ernste Bedrohungen für die weltweite Erholung im Jahresverlauf – ein Einbruch des Marktvertrauens in Europa, die drohende Steuerklippe in den USA – wurden abgewehrt, und die Finanzstabilität erstarkte, aber die Wachstumsaussichten blieben trotz aller Bemühungen gering; stattdessen manifestierte sich eine Genesung mit unterschiedlichen Schnelligkeiten, was eine Bedrohung für die globale Konjunkturerholung in einer zunehmend vernetzten Welt darstellte. Kapitel 2 erörtert die Wirtschafts- und Finanzentwicklung des Jahres ausführlicher.

ÜBERWACHUNG

Nach dem umfassenden Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung) von 2011 unternahm der IWF im Jahresverlauf Schritte zur Reform seiner Überwachung entsprechend den aus der Prüfung resultierenden Prioritäten. Der IWF veröffentlichte einen Pilotbericht über den Außen-

wirtschaftssektor in einer Kombination aus multilateralen und bilateralen Perspektiven. Am bedeutendsten ist wohl die Verabschiedung der Decision on Bilateral and Multilateral Surveillance (Entscheidung in Bezug auf die bilaterale und multilaterale Überwachung) durch die Institution mit dem Ziel, die Überwachung der Weltwirtschaft durch den IWF besser mit seiner Aufsicht über einzelne Länder zu integrieren. Der Währungsfonds führte zudem eine Strategie zur Finanzüberwachung ein, die die verbesserte Risikoerkennung, die Entwicklung besserer Instrumente zur Stützung integrierter Politikreaktionen auf Risiken und die zunehmende Einbindung der Stakeholder zur Wirkungsverstärkung zum Ziel hat. Kapitel 3 enthält weitere Informationen über die Überwachungstätigkeit des IWF im Jahresverlauf.

FINANZIERUNG

Aufgrund der anhaltenden Krise stellten Finanzierungen auch dieses Jahr eine wichtige Form der Unterstützung dar, die der IWF seinen Mitgliedern gewährt. Das Exekutivdirektorium billigte fünf Vereinbarungen im Rahmen der nichtkonzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF, zwei weniger als im Vorjahr. Folgevereinbarungen im Rahmen der Flexible Credit Line (Flexible Kreditlinie) für Mexiko und Polen machten den Löwenanteil der zugesagten Mittel aus, und ein beträchtlicher Anteil der ausgeschütteten Summen ging an drei Euro-Länder mit IWF-Programmen.

Der IWF setzte seine Unterstützung für einkommensschwache Länder im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT – Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum) fort: Es wurden im Lauf des Jahres neun Vereinbarungen neu eingeführt oder aufgestockt, während es im Vorjahr 20 waren. Die Gesamtzahl der Länder, die unter dem PRGT Unterstützung

erhalten, hat sich nur wenig verändert, und 62 Länder (im Vorjahr 64) hatten zum Ende des Geschäftsjahres ausstehende konzessionäre Kredite. Kapitel 4 beschreibt weitere Einzelheiten zur Finanzierungstätigkeit der Institution im Verlauf des Geschäftsjahres.

POLITIKAGENDA

Mit Billigung durch das International Monetary and Financial Committee (IMFC – Internationaler Währungs- und Finanzausschuss) folgte die politische Arbeit der Institution den Prioritäten, die in der *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin aufgestellt wurden. Neben kurzfristigen Politikmaßnahmen, die zur Umstellung der Weltwirtschaft von Stabilisierung auf Wachstum erforderlich waren, betrafen die mittelfristig notwendigen politischen Prioritäten vier Bereiche. Im Bereich *Arbeitsplätze und Wachstum* wurden analytische und operationelle Gesichtspunkte für den IWF sowie Fiskalpolitik und Beschäftigung in fortgeschrittenen und aufstrebenden Marktwirtschaften untersucht. Die Arbeit im Zusammenhang mit *Schuldentragfähigkeit* betraf alle Länder auf allen Einkommensstufen. Eine Prüfung des Regelwerks des IWF zur Bewertung der Schuldentragfähigkeit resultierte in Empfehlungen, die zu einheitlicheren Ergebnissen führen sollten. Eine neue Leitlinie zur Analyse der Tragfähigkeit von Staatsschulden für Länder mit Marktzugang (Guidance Note on Public Debt Sustainability Analysis for Market Access Countries) führte einen differenzierten risikobasierten Ansatz ein. Die Arbeit zur *Stärkung der Finanzsysteme* umfasste die Bewertung von Arbeiten zu den Schlüsselattributen effektiver Abwicklungsmethoden und die Überarbeitung der Richtlinien des IWF zur Verwaltung von Devisenreserven. Schließlich ließ der IWF im Bereich *Globale Analyse und Spillovers* auf die ersten Spillover-Berichte zu fünf systemrelevanten Volkswirtschaften



Links: Arbeiter an einer Fertigungsstraße in Gleiwitz, Polen
Rechts: Obst- und Gemüseverkäufer am Hauptmarkt in Port Louis, Mauritius

aus dem Vorjahr einen konsolidierten Bericht über eben diese Volkswirtschaften folgen. Er billigte zudem eine institutionelle Sichtweise zu Liberalisierung und Verwaltung von Kapitalströmen, die sowohl in die Politikberatung als auch in die Bewertungen der Politikmaßnahmen seiner Mitglieder einfließen wird. Die Politikagenda für das Jahr wird in den Kapiteln 3 und 4 ausführlicher untersucht.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Als Teil eines strategischen Vorgehens in einem Kernbereich der IWF-Tätigkeit wurden zu Beginn des Jahres zwei Einheiten des Internationalen Währungsfonds zum neuen Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung) zusammengelegt. Bedeutende Erfolge im ersten Jahr des Instituts sind die Vereinbarung zur Errichtung eines regionalen Ausbildungszentrums in Mauritius, wichtige Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung eines Regionalen Zentrums für Technical Assistance in Westafrika sowie ein Seminar zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens des Joint Vienna Institute. Der IWF leistete den überwiegenden Teil seiner Technical Assistance an Mitgliedsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Nachfrage nach den Ausbildungsprogrammen des IWF, die von externen Gebern und Ausbildungspartnern unterstützt werden, blieb robust und kam hauptsächlich den Mitgliedsländern des IWF mit mittlerem Einkommen zugute. Die Tätigkeit im Bereich der Kapazitätsentwicklung während des Geschäftsjahres wird in Kapitel 4 beschrieben.

RESSOURCEN

Seit Beginn der Krise war die Sicherung adäquater Ressourcen zur Deckung des Finanzierungsbedarfs der Mitglieder eine Priorität. Im Verlauf des Jahres billigte das Exekutivdirektorium die Modalitäten für die bilaterale Kreditaufnahme von Mitgliedsländern, die die Quotenmittel und die ständigen Kreditaufnahmevereinbarungen der Institution ergänzt. Bis Ende April 2013 hatten 38 Länder die Bereitstellung von Ressourcen auf diesem Wege zugesagt, und das Exekutivdirektorium hatte 25

bilaterale Vereinbarungen gebilligt. Vierzehn Mitglieder hatten gesonderte bilaterale Kreditaufnahmevereinbarungen unterzeichnet, speziell um die konzessionäre Kreditvergabe des IWF zu unterstützen. Um Bedenken zu zerstreuen, dass der Bedarf an konzessionärer Finanzierung die Kapazitäten übersteigen könnte, unternahm die Institution Schritte, um diese Finanzierung auf lange Sicht nachhaltiger zu gestalten. Das Direktorium billigte die Verwendung des restlichen Anteils der unerwarteten Gewinne aus dem Goldverkauf des IWF in den Jahren 2009–2010, um die Subventionsmittel unter dem PRGT aufzustocken. Es befürwortete zudem eine auf drei Säulen aufbauende Strategie für die Nachhaltigkeit des PRGT: einmal ein Grundstock an Ressourcen, dazu Eventualmaßnahmen zur Deckung von Bedarf, der über diesen Grundstock hinausgeht, sowie ein Prinzip eigenständiger Nachhaltigkeit („self-sustainability“) für künftige Änderungen an der Architektur der konzessionären Finanzierung. Kapitel 5 bietet weitere Informationen zu den Bestrebungen des IWF, die Angemessenheit seiner Mittel zu sichern.

DER IWF IM WANDEL

Schon seit einiger Zeit werden Anstrengungen unternommen, die sicherstellen sollen, dass der IWF auch weiterhin auf die sich ändernden Bedürfnisse seiner Mitglieder reagieren kann und die rasante Entwicklung der Weltwirtschaft in der Folgezeit der Krise widerspiegelt. Die im Dezember 2010 vereinbarte Änderung der Quoten- und Governancestruktur der Institution kann implementiert werden, sobald die Mitgliedsländer die notwendigen Schritte dazu unternommen haben. Die Quoten sollen danach verdoppelt und Quotenanteile wesentlich in Richtung aufstrebender Marktwirtschaften und Entwicklungsländer verlagert werden; das Exekutivdirektorium soll nur noch aus gewählten Mitgliedern bestehen. Darüber hinaus ist eine umfassende Prüfung der Formel, nach der die Mitgliederquoten berechnet werden, Teil dieser Reformen; sie wurde im Lauf des Geschäftsjahres vorgenommen, und das Ergebnis wurde dem Gouverneursrat vorgelegt. Die Tätigkeit im Rahmen der Quoten- und Verwaltungsreform wird in Kapitel 5 erörtert.

2

Globale Entwicklungen in Wirtschaft und Finanzen



Globale Entwicklungen in Wirtschaft und Finanzen



Ende des Geschäftsjahres 2013 hatte sich zwar die Finanzlage gebessert, aber dennoch war zu erwarten, dass der Weg zu einer umfassenden, robusten Konjunkturerholung der Weltwirtschaft voraussichtlich steinig sein würde. Die Politikmaßnahmen im Jahresverlauf widmeten sich den schwerwiegendsten unmittelbaren Risiken, aber die Wachstumsaussichten zeigten Ende April 2013 nur wenig Veränderung und die Entwicklung der Weltwirtschaft erfolgte in den einzelnen Teilen der Welt in unterschiedlicher Geschwindigkeit, weil die bessere Finanzlage nicht überall im selben Maße in Wachstum umgesetzt wurde oder andere Faktoren die Entwicklung bremsen.

Entschiedene Politikmaßnahmen hatten die beiden unmittelbaren Bedrohungen für den weltweiten Aufschwung erfolgreich entschärft. Erstens trugen starke Maßnahmen in der europäischen Politik dazu bei, die größten Gefahren für einen Abschwung im Euroraum abzuwehren. Zweitens gelang es den politischen Entscheidungsträgern in den USA, die Fiskalklippe zu umschiffen. In beiden Fällen sind jedoch dauerhafte Lösungen notwendig, um die zugrunde liegenden Risiken zu bekämpfen. Japan seinerseits hatte mit einer expansiveren makroökonomischen Politik begonnen, die auch ehrgeizige Veränderungen im geldpolitischen Handlungsrahmen umfasste. Nicht zuletzt trug die Lockerung der geldpolitischen Maßnahmen in den wichtigsten aufstrebenden Marktwirtschaften zur Stützung der Binnennachfrage bei.

Die Finanzstabilität war erstarkt in dem Maße, in dem Markt- und Liquiditätsrisiken zurückgegangen waren. Die Volatilität der Märkte hatte nachgelassen, und die Vermögenswerte stiegen

wieder, sodass seit Mitte 2012 starke Zuwächse in fortgeschrittenen und aufstrebenden Marktwirtschaften zu verzeichnen waren. Dennoch stand die allgemeine Zuversicht auf wackligen Beinen, und die Märkte eilten tendenziell der Realwirtschaft voraus. In dieser Hinsicht zeigte sich die Konjunkturerholung immer noch unausgewogen – mit „drei Geschwindigkeiten“ – und die Aussichten für das globale Wirtschaftswachstum hatten sich wenig verändert aufgrund von Schlüsselfaktoren, die nach wie vor das Wachstum hemmten.

KONJUNKTURWENDE MIT VERSCHIEDENEN GESCHWINDIGKEITEN

Das weltweite Wachstum erreichte im zweiten Quartal 2012 mit etwa 2¼ Prozent einen Tiefpunkt, nahm in der zweiten Jahreshälfte jedoch wieder zu und stieg auf 2¾ Prozent, und Leitindikatoren deuteten Anfang 2013 auf eine weitere Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit. In der Ausgabe des *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick) vom April 2013 wurde für 2013 ein reales Wachstum des BIP von 3¼ Prozent prognostiziert, das 2014 die 4-Prozent-Marke erreichen könnte. Diese globalen Durchschnittswerte verschleierten jedoch erhebliche Unterschiede zwischen und sogar innerhalb einzelner Ländergruppen.

Insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde von einem unterschiedlichen Erholungstempo ausgegangen, wobei die USA in der Führung sein würden. Die Nachfrage auf dem Privatsektor der USA hatte Erstarkung angedeutet, wenn auch die fiskalische Anpassung, die größer als erwartet ausgefallen

war, das Realwachstum des BIP für 2013 voraussichtlich bei 2 Prozent halten würde. Die Prognosen für 2013 sahen den Euroraum noch in der Rezession verhaftet: viele Volkswirtschaften kämpften noch mit fiskalischer Anpassung, Problemen der Wettbewerbsfähigkeit, fortwährenden Differenzen oder Fragmentierung bei den finanziellen Bedingungen und Entschuldungsdruck, der sich aus dem Schuldenüberhang des Privatsektors – nicht zuletzt auf dem Bankensektor – ergab. Für Japan dagegen wurde für 2013 ein durch fiskalische und geldpolitische Konjunkturspritzen ausgelöster Aufschwung erwartet. Die Prognose für das Gesamtwachstum der fortgeschrittenen Volkswirtschaften für 2013 lag bei 1¼ Prozent – nicht besser als 2012 –, wobei allerdings eine Zunahme des Wachstums erwartet wurde, das 2014 auf 2¼ Prozent ansteigen sollte.

Bei den aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländern wird von einer breiter aufgestellten Wirtschaftsexpansion und einer steten Beschleunigung ausgegangen. Nach dem Rückgang auf 5,1 Prozent 2012 wurde erwartet, dass die Wirtschaftstätigkeit 2013 auf 5,3 Prozent steigen und 2014 wieder auf 5,7 Prozent hochschnellen würde. Die Rückkehr zu stärkerem Wachstum basierte auf einer robusten Nachfrage seitens der Verbraucher, einer Fortführung der makroökonomischen Politikmaßnahmen und dem Wiederaufleben der Exporte dank der Konjunkturerholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Dennoch kämpften einige Volkswirtschaften im Nahen Osten und in Nordafrika weiterhin mit schwierigen internen Veränderungen. Dagegen zeigten sich die Aussichten für viele dynamische einkommensschwache Länder positiver, was großenteils auf solide politische Rahmenwerke und frühere Strukturreformen zurückzuführen ist.

Obwohl Politikmaßnahmen zur Abfederung kurzfristiger Risiken beitrugen, trübten alte wie neue Gefahren immer noch die Aussichten. Im Eurogebiet rührten die unmittelbarsten Gefahren von Reformvorhaben, die nur unvollständig umgesetzt oder eingestellt wurden – sowohl auf der Ebene des Eurogebiets insgesamt als auch auf Länderebene. In den USA bestehen als kurzfristige Risiken die möglicherweise empfindlichen Haushaltseinschnitte, wenn der sogenannte Sequester (Zwangssparen) nicht bald aufgehoben wird. Darüber hinaus könnte die globale Wirtschafts- und Finanzstabilität großen Schaden erleiden, falls die Schuldendecke der USA im späteren Verlauf von 2013 nicht angehoben werden sollte. Mittelfristig betrachtet ergaben sich in Japan sowie den Vereinigten Staaten Risiken, weil glaubhafte Haushaltskonsolidierungspläne mit einem mittleren Zeithorizont fehlten. Weitere relevante Risiken waren ein begrenzter Spielraum bei den Politikmaßnahmen, eine hohe Verschuldung des Privatsektors sowie eine anhaltend flau Wirtschaftstätigkeit. Zum Beispiel könnten größere oder anhaltendere negative Auswirkungen von öffentlicher und privater Entschuldung, fest eingefahrener Fragmentierung und verzögerten Strukturreformen zu Stagnation im Eurogebiet führen. Es bestand auch zunehmend Sorge angesichts der möglichen Komplikationen durch die lockere und unkonventionelle Geldpolitik in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie angesichts der zunehmenden Herausforderungen für die interne Finanzstabilität vieler aufstrebender Marktwirtschaften und Entwicklungsländer.

DER WEG ZU SCHNELLEM WACHSTUM DER WELTWIRTSCHAFT

Gegen Ende des Geschäftsjahres 2013 wurde offenbar, dass die Ungleichgewichte und Risiken bei der globalen Konjunkturerholung eine proaktive Einstellung zu den Politikmaßnahmen notwendig machten. Die politischen Entscheidungsträger sahen

Links: Stahlproduktion in Isfahan, Iran **Rechts:** Ein Mann pflückt Kaffeebohnen auf einer Plantage in Burundi



sich einem schwierigen Balanceakt gegenüber: Nach der Stabilisierung der Finanzlage galt es, ein nachhaltiges schnelles Wachstum der Weltwirtschaft zu erreichen. Wenn den verbleibenden Risiken nicht mit Politikmaßnahmen begegnet würde, wäre die globale Wirtschaftstätigkeit wahrscheinlich regelmäßig wiederkehrenden Rückschlägen ausgesetzt, und robustes Realwachstum – und ein dringend benötigter Zuwachs an Arbeitsplätzen – würde sich kaum einstellen. Dementsprechend könnte eine Politikreaktion, die stärker als erwartet ausfällt, auch eine stärkere Erholung der Wirtschaftstätigkeit mit sich bringen.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gab es kein Wundermittel für den Umgang mit den Problemen von Nachfrage und Verschuldung. Den politischen Entscheidungsträgern wurde zur umsichtigen Nutzung aller verfügbaren Margen geraten, um Nachfrage und Wachstum zu stimulieren, ergänzt durch strukturpolitische Maßnahmen zur Belebung von Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit. Es wäre ein umfassender Ansatz an allen Fronten vonnöten, der mit den zugrunde liegenden Kompromissen umzugehen wüsste, wenn eine dauerhafte und starke Konjunkturerholung erreicht werden sollte.

Allgemein betrachtet war eine Haushaltskonsolidierung angesichts der anhaltend hohen Verschuldung in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften unabdingbar. Kurzfristig jedoch musste die restriktive Politik so kalibriert werden, dass die Konjunkturerholung nicht gestört würde. Der *Fiscal Monitor* (Monitor der Fiskalpolitiken) vom April 2013 unterstrich, dass die Konsolidierung schrittweise erfolgen müsste, aber nachhaltig auf mittelfristige Ziele ausgerichtet, im Zusammenhang mit für die jeweiligen Länder geeigneten wachstumsfreundlichen Strategien. Damit wurde die Dringlichkeit unterstrichen, mit der klare und glaubwürdige Pläne – z.B. in Japan und den USA – ausgearbeitet werden mussten, um die Verschuldungsquoten mittelfristig zu senken. Die politischen Entscheidungsträger in Ländern, in denen die private Nachfrage chronisch enttäuschend ausgefallen war, wurden aufgefordert, den Fortgang der Konsolidierung zu glätten, falls sie über den notwendigen Spielraum und die entsprechenden Mittel verfügten.

Während die Haushaltspolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf Sparkurs fuhr, musste die Geldpolitik zur Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit akkommodierend bleiben – allerdings unter der Voraussetzung, dass die langfristigen Inflationserwartungen gut verankert blieben. In diesem Zusammenhang wurden Fortschritte bei der Wiederherstellung des Finanzsektors als entscheidend angesehen, insbesondere angesichts der gestörten geldpolitischen Transmission (credit transmission) im Euroraum. Die politischen Entscheidungsträger wurden zur Vorsicht gemahnt im Hinblick auf neue, sich entwickelnde Risiken für die Finanzstabilität, die sich aus einer längerfristigen Anwendung lockerer und unkonventioneller Geldpolitiken ergeben könnten, so etwa eine übermäßige Risikobereitschaft

und falsche Mittelvergabe; es wurde empfohlen, zur Minderung dieser Risiken bei Bedarf geeignete makroprudenzielle Maßnahmen zu ergreifen.

Trotz der Fortschritte, die im Hinblick auf die Verbesserung der Finanzmarktregulierung auf nationaler wie globaler Ebene erzielt wurden, blieben noch wichtige Aufgaben bestehen. Der *Global Financial Stability Report* (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) unterstrich in seiner Ausgabe vom April 2013 die Notwendigkeit, weitere Finanzmarktrepaturen und Maßnahmen vorzunehmen, um die regulatorische Reformagenda zum Abschluss zu bringen hinsichtlich des Problems „too big to fail“ („zu groß zum Scheitern“), der Nichtbank-Finanzinstitute und des Schattenbankwesens. Eine zügige und konsequente Umsetzung der Reformagenda, einschließlich der Basel-III-Standards, wäre notwendig, wenn in Zukunft Finanzstabilität erreicht und der Kreditfluss in die Realwirtschaft gestärkt werden sollten. Zum Beispiel wurde für die Förderung des Wachstums als besonders kritisch angesehen, dass die Fragmentierung der Finanzmärkte im Euroraum angegangen würde. Bessere Finanzpolitiken könnten auch die Transmission geldpolitischer Maßnahmen unterstützen.

Die wichtigsten Endziele in aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländern waren die Stärkung von „policy buffers“ (u.a. Haushalt, Schuldenstand, Handelsbilanz und Reserven) und Wachsamkeit gegenüber finanziellen Exzessen. In diesem Zusammenhang wurde eine mittelfristig angelegte Straffung der Politikmaßnahmen als angemessen erachtet. Bei einer Gefährdung der Finanzstabilität könnte die makroökonomische Politikanpassung durch prudenzielle Maßnahmen gestützt werden, und unter bestimmten Umständen könnten auch Maßnahmen zur Steuerung der Kapitalströme nützlich sein. Der Rat an die politischen Entscheidungsträger lautete außerdem, die Haushaltsbilanzen auf ein Niveau, das ausreichend Spielraum für künftige Schocks bieten würde, zurückzuführen, sobald die Umstände dies erlaubten. Wo Strukturprobleme – wie Engpässe in Infrastruktur und auf dem Arbeitsmarkt oder regulatorische Lücken – das Wachstum hemmten, waren Anstrengungen zum Abbau dieser Hindernisse erforderlich. In vielen Volkswirtschaften, insbesondere in einkommensschwachen Ländern, mussten die politischen Entscheidungsträger auch weiterhin Anstrengungen unternehmen, Subventionsregime gezielter einzusetzen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Sozialpolitiken zu verstärken.

Die Entwicklungen im Jahresverlauf brachten Hinweise auf das Potenzial für Ansteckungseffekte (spillovers), einschließlich solcher, die von Politikmaßnahmen ausgelöst werden könnten, in einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft. Die Wahrscheinlichkeit einer holprigen Konjunkturerholung und die unausgewogene Mischung von makroökonomischen Maßnahmen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften könnten die politische Arbeit andernorts, insbesondere in aufstrebenden Marktwirtschaften, erschweren. Vor dem Hintergrund nachlassender kurzfristiger

Risiken für die Finanzstabilität nahmen die Anleihe- und Kapitalströme in aufstrebende Marktwirtschaften wieder zu, was den Aufwertungsdruck auf ihre Wechselkurse verstärkte und Besorgnis hervorrief über die Möglichkeit von wettbewerbsbedingten Abwertungen. Im Zusammenhang mit Währungssorgen wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass alle Volkswirtschaften Politiken verfolgen, die ein ausgewogenes Verhältnis von Binnen-

und Außenwirtschaft fördern. Darüber hinaus waren nach wie vor konzertierte Anstrengungen erforderlich, um die globalen Ungleichgewichte weiter abzubauen – das hieß einerseits stärkere Binnennachfrage und Wechselkursflexibilität in Volkswirtschaften mit Haushaltsplus und andererseits zunehmende Einsparungen auf dem öffentlichen Sektor und Strukturreformen zur Belebung der Wettbewerbsfähigkeit in defizitären Volkswirtschaften.

3 ANPASSUNG AN EINE SICH RASCH VERÄNDERNDE WELT



ANPASSUNG AN EINE SICH RASCH VERÄNDERENDE WELT



MONITORING GLOBALER VERKNÜPFUNGEN

Wie die jüngsten Erfahrungen an den Wirtschafts- und Finanzmärkten der Welt deutlich gezeigt haben, sind Länder heute enger miteinander verknüpft. Entwicklungen in einem Land oder einer Region können schnell in andere Länder oder Regionen überschwappen. Bei der Untersuchung wirtschaftlicher Trends und Entwicklungen, die sich auf das Funktionieren des internationalen Währungs- und Finanzsystems auswirken, hat der IWF sein Augenmerk zunehmend auf die regionalen und internationalen Konsequenzen gerichtet, die sich aus den Wirtschafts- und Finanzpolitiken seiner Mitgliedsländer ergeben.

Spillover-Bericht

Der IWF erstellte 2011 erstmals Spillover-Berichte, als Pilotprojekt, um die Auswirkung der Wirtschaftspolitik der fünf größten systemrelevanten Volkswirtschaften der Welt – China, das Eurogebiet, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – auf ihre Wirtschaftspartner zu untersuchen. Ein zweiter Pilotbericht zu Übertragungswirkungen, der sich denselben fünf systemrelevanten Volkswirtschaften widmet, wurde mit dem ersten in einem Dokument zusammengefasst und vom Exekutivdirektorium anlässlich einer informellen Zusammenkunft im Juli 2012 erörtert und im gleichen Monat veröffentlicht.²

Der konsolidierte Bericht bietet eine Perspektive zusätzlich zu

den Politikbewertungen, die anlässlich der Artikel-IV-Konsultationen für jede der fünf Volkswirtschaften ausgearbeitet werden (siehe Web Box 3.1), und dient als Informationsquelle für die breiter angelegte multilaterale Überwachung des IWF. Die im Bericht behandelten Themen reflektieren Konsultationen mit Vertretern der fünf Volkswirtschaften und ausgewählter Wirtschaftspartner (Brasilien, Indien, Korea, Mexiko, Polen, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Südafrika, Tschechische Republik und die Türkei). Statt alle denkbaren Spillover-Effekte zu erfassen, baut der Bericht von 2012 auf den Befunden des Vorjahres auf und konzentriert sich dabei auf zukunftsgerichtete Belange.

Pilot External Sector Report

Das Statement on Strengthening Surveillance (Erklärung zur Stärkung der Überwachung) der Geschäftsführenden Direktorin von 2011 enthielt einen Plan mit einem Fächer von Arbeitsgebieten,³ einschließlich Themen der außenwirtschaftlichen Stabilität. In diesem Zusammenhang erörterte das Exekutivdirektorium anlässlich einer informellen Sitzung im Juli 2012 den Pilot External Sector Report.⁴

Der Pilotbericht analysiert die Außenwirtschaftspositionen von 28 systemrelevanten Volkswirtschaften und des Euroraums. Er vereint multilaterale und bilaterale Perspektiven in einem einzigen Bericht und gibt Hinweise auf mögliche Politikreaktionen. Die Analyse enthält ein neues External Balance Assessment, das vom Stab des IWF zur Bewertung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte

entwickelt wurde; allerdings räumt der Bericht auch ein, dass derartige Übungen mit Ungewissheiten behaftet sind.

Da alle Länder nach derselben Methodik untersucht werden, stellt der Bericht sicher, dass die Bewertungen einzelner Länder in multilateraler Hinsicht stimmig sind und dadurch Offenheit und Gleichbehandlung fördern. Gleichzeitig liefern Länderteams tiefgreifende Kenntnisse länderspezifischer Faktoren und das entsprechende Urteilsvermögen, um Elemente aufzudecken, die von den Modellen nicht erfasst werden.

Da diese Ansätze in überarbeiteter Form auf die Überwachung des Außenwirtschaftssektors durch den IWF angewendet werden sollen, hielt der IWF-Stab Mitte 2013 Rücksprache mit Beamten, Wirtschaftswissenschaftlern, Vertretern des Privatsektors und der Zivilgesellschaft sowie anderen Gruppen. Ein weiterer Pilot External Sector Report wurde im August 2013 veröffentlicht.

POLITIKBERATUNG

Im Rahmen der Unterstützung von Programmen in den Mitgliedsländern, der Hilfe für Länder bei der Stärkung ihrer Institutionen und Kapazitäten, dem Monitoring der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer und der Aufsicht über das internationale Währungssystem bietet der IWF seinen Mitgliedern Politikberatung zu verschiedenen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsstabilität.

Überwachungsarchitektur

Das IWF-Übereinkommen erteilt dem Internationalen Währungsfonds das Mandat zur Aufsicht über das internationale Währungssystem und zur Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 188 Mitgliedsländer. Diese Tätigkeit wird Überwachung genannt und erfolgt sowohl auf regionaler und globaler Ebene (multilaterale Überwachung) als auch für einzelne Länder (bilaterale Überwachung); dabei wird der IWF in die Lage versetzt, Risiken für Stabilität und Wachstum herauszustellen und Empfehlungen zu notwendigen Politikmaßnahmen zu geben.

Die wichtigsten Instrumente des IWF für die multilaterale Überwachung sind der *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick), der *Global Financial Stability Report* (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) und der *Fiscal Monitor* (Monitor der Fiskalpolitiken). Diese zweimal jährlich erscheinenden Publikationen stellen zusammen mit den Berichten des *Regional Economic Outlook* (Regionaler Wirtschaftsausblick) (siehe „Rechenschaftspflicht“ in Kapitel 5) eine Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen bei der breiten Mitgliedschaft durch den IWF dar. Zweimal jährlich werden Aktualisierungen zum *World Economic Outlook* herausgegeben.

Das Kernstück der bilateralen Überwachung durch den IWF

ist die Artikel-IV-Konsultation (siehe Web Box 3.1), die in der Regel jährlich durchgeführt wird, um die Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, Aussichten und Politiken für jedes Mitgliedsland zu beurteilen.⁵ Im Jahresverlauf wurden insgesamt 114 Artikel-IV-Konsultationen durchgeführt (siehe Web Table 3.1). In der Mehrzahl der Fälle (in diesem Jahr 100 oder 87,7 Prozent) werden der Stabsbericht sowie begleitende Analysen auf der Website des IWF veröffentlicht (es sei denn, das Mitglied spricht sich dagegen aus).

Das Exekutivdirektorium prüft die Umsetzung und Wirksamkeit der Überwachung in regelmäßigen Abständen, u.a. anhand des Triennial Surveillance Review. Die jüngste dieser Dreijahresprüfungen wurde im Oktober 2011⁶ abgeschlossen und stellte fünf operationelle Prioritäten heraus: Verflechtung, Risikobeurteilungen, Finanzstabilität, außenwirtschaftliche Stabilität und Wirksamkeit. Darüber hinaus empfahl die Prüfung eine Überarbeitung des rechtlichen Rahmenwerks für die IWF-Überwachung, damit die globale Wirtschafts- und Finanzstabilität nach einem integrierten und ausgewogenen Ansatz bewertet werden kann. Der Maßnahmenplan der Geschäftsführenden Direktorin für diese Kernaufgaben wurde vom Direktorium befürwortet und gemeinsam mit der Prüfung veröffentlicht.

Entscheidung zur bilateralen und multilateralen Überwachung

Im Juli 2012 machte das Exekutivdirektorium einen entscheidenden Schritt zur Modernisierung der IWF-Überwachung und Umsetzung der Prioritäten, die sich aus dem Triennial Surveillance Review 2011 ergeben hatten. Es traf eine Entscheidung zur bilateralen und multilateralen Überwachung, welche als Integrated Surveillance Decision (integrierte Überwachungsentscheidung) bezeichnet wird. Auf der Basis dieser Entscheidung kann der IWF seine Arbeit mit den Mitgliedern effektiver gestalten und seine Überwachung in mehrfacher Hinsicht stärken:

- Die Entscheidung schafft eine konzeptuelle Verbindung zwischen der Bewertung einzelner Volkswirtschaften durch den IWF und der globalen Stabilität und stellt klar, dass die Überwachung von Wirtschafts- und Finanzstabilität sowohl auf Länder- wie auf globaler Ebene stattfinden sollte.
- Sie macht die Artikel-IV-Konsultationen zu einem Instrument, das nicht nur der bilateralen, sondern auch der multilateralen Überwachung dient und damit eine umfassendere, besser integrierte und einheitlichere Analyse von Spillover-Effekten ermöglicht. Insbesondere erlaubt sie dem IWF, mit einem Land die gesamten Spillover-Effekte seiner Politik zu besprechen, wenn diese erheblichen Einfluss auf die globale Stabilität haben können. Obwohl die Mitglieder nicht zur Änderung ihrer Politik verpflichtet sind, solange sie ihre eigene Stabilität fördern, veranlasst diese Entscheidung die Länder jedoch dazu,

Kasten 3.1**Die Arbeit des IWF in Europa**

Die Arbeit des IWF in Europa – Politikberatung, Technical Assistance und bedarfsweise Mittelbereitstellung – erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Union und europäischen Institutionen wie die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (siehe „Zusammenarbeit mit anderen Organisationen“ in Kapitel 4).^a

Seit Beginn der Krise haben eine Anzahl europäischer Länder Finanzhilfe beim IWF beantragt, um fiskalische wie außenwirtschaftliche Ungleichgewichte anzugehen. Dazu gehört auch die fortlaufende Unterstützung von drei Euro-Ländern – Griechenland, Irland und Portugal – im letzten Geschäftsjahr. Zypern beantragte ebenfalls eine Vereinbarung unter der Extended Financing Facility (Erweiterte Fondsfazilität) im Jahresverlauf, die vom Exekutivdirektorium im Mai 2013 gebilligt wurde. Mit Stand vom 30. April 2013 unterhielt der IWF Finanzierungsvereinbarungen mit acht Ländern in Europa;^b die Zusagen beliefen sich insgesamt auf rund 107 Mrd. € (140 Mrd. US\$). Das bedeutet, dass zum Ende des Geschäftsjahres ungefähr 62 Prozent der gesamten Auszahlungs- und vorsorglichen Zusagen des IWF auf Gesamteuropa entfielen.

Ein Großteil der ersten Welle an IWF-gestützten Programmen in der Anfangszeit der Krise ging an die Schwellenländer Europas. Der IWF stellte ein hohes Maß an flexiblen Finanzierungen bereit, deren Auszahlung sich auf den Beginn der Laufzeit konzentrierte; die Mittel gingen an viele kleine fortgeschrittene und aufstrebende Marktwirtschaften Europas, wie Island, Lettland, Rumänien und Ungarn. Die Festigung der Lage in Island und Lettland erlaubte beiden Ländern die frühzeitige Rückzahlung eines Teils ihrer Finanzierungsvereinbarungen im Lauf des Jahres.^c

Der IWF schneidet seine Politikberatung individuell auf die einzelnen Mitglieder zu, und entsprechend unterscheidet sich die Ausgestaltung der Programme in den einzelnen Ländern Europas. Gleichzeitig konzentriert sich die regionale Arbeit des IWF in Europa auf Strukturreformen zur Förderung des Wirtschaftswachstums, z.B. Reformen der Produkt- und Dienstleistungsmärkte, des Arbeitsmarkts und der Renten. Er unterstrich die Bedeutung angemessener Sicherheitsnetze, um die empfindlichsten Gruppen in diesen schwierigen Anpassungszeiten zu schützen. Darüber hinaus rief der IWF gebietsweit wiederholt zu entschlosseneren Schritten in Richtung einer vollständigen Währungsunion auf, zu der ein vereinheitlichtes Bankensystem und tiefere fiskalische Integration gehören. In der Artikel-IV-Konsultation 2012 zu den Politikmaßnahmen des Euroraums betonte das Exekutivdirektorium beispielsweise, wie

wichtig es sei, dass die politischen Entscheidungsträger weiterhin einen gemeinsamen und unmissverständlichen Einsatz für tiefere Integration – mit einer klaren und glaubwürdigen Wegbeschreibung zu diesem Ziel – demonstrierten. Neben Strukturreformen in defizitären Ländern und Ländern mit Überschuss sind dazu Maßnahmen zu zwei breiten Säulen notwendig: erstens, Schritte in Richtung einer Bankenunion bestehend aus einem europaweiten Einlagen-garantieprogramm und einem europaweiten Programm zur Abwicklung von Banken – beide mit gemeinsamen Mitteln finanziert – zusammen mit einem gemeinsamen aufsichtsrechtlichen Rahmen; zweitens, stärkere fiskalische Integration mit Governance-Vereinbarungen und Risikoteilung, die durch adäquate Schutzvorkehrungen ausgeglichen wird.^d

Die Bestrebungen der letzten Jahre zur Stärkung des internationalen Finanzsystems – auch in Europa – brachten weitere Nachfrage nach der Technical Assistance des IWF. Dieses Jahr erklärte sich der IWF zur Überwachung der Finanzhilfe Europas für die Rekapitalisierung der spanischen Banken bereit. Nach der Vereinbarung unterstützte der IWF mit seiner unabhängigen Beratung die Arbeit aufseiten der spanischen und europäischen Behörden, um den Finanzsektor Spaniens zu sanieren.^e

Aufgrund der Bedeutung Europas für die wirtschaftliche Gesundheit und Finanzstabilität weltweit und angesichts der tief verankerten Arbeit des IWF in der Region wird das Exekutivdirektorium über europäische Angelegenheiten regelmäßig informiert. Im Lauf des Jahres wurden dem Direktorium nicht weniger als sieben Briefings und Updates zu Europa erteilt: im Juni, August, September, Oktober, November und Dezember 2012 sowie im Februar 2013.

^a Die Website des IWF enthält umfangreiche Informationen über die Arbeit des IWF in allen Regionen der Welt. Für die Arbeit in Europa siehe „Tackling Current Challenges“ im Registerreiter „About the IMF“ auf der Startseite des IWF (www.imf.org/external/about/onagenda.htm), „The IMF and Europe“ (www.imf.org/external/region/eur/index.aspx) und „Factsheet: The IMF and Europe“ (www.imf.org/external/np/eur/facts/europe.htm) sowie verschiedene Links auf den jeweiligen Seiten.

^b Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Rumänien (Stand-By-Arrangements), Griechenland, Irland, Moldau und Portugal (Extended Fund Facility) und Polen (Flexible Credit Line).

^c Siehe Pressemitteilungen Nr. 12/235, „Iceland Repays Early Some Outstanding Obligations to the IMF“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12235.htm), und 12/314, „Latvia Makes Early Repayment to the IMF“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12314.htm).

^d Siehe Öffentliche Informationsmitteilung Nr. 12/80, „IMF Executive Board Concludes Article IV Consultation on Euro Area Policies“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1280.htm).

^e Siehe Pressemitteilungen Nr. 12/400, „Statement on the First Financial Sector Monitoring Mission to Spain“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12400.htm), und 13/34, „Statement on the Second Financial Sector Monitoring Mission to Spain“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1334.htm).

die Auswirkungen ihrer eigenen Politik auf die globale Stabilität zu bedenken.

- Sie fördert eine ausgewogenere Behandlung der binnenwirtschaftlichen und Währungskurspolitiken, indem sie

politische Leitlinien zur Binnenwirtschaft aufzeigt, gleichzeitig aber die bestehenden Grundsätze der Währungskurspolitiken aufrechterhält. Sie betont zudem den Beitrag der gesamten Vielzahl von Politiken zur Inlands- und Zahlungsbilanzstabilität eines Landes.

Kasten 3.2**Politikberatung und Unterstützung für arabische Länder im Umbruch**

Die arabischen Länder im Umbruch – Ägypten, Jemen, Jordanien, Libyen, Marokko und Tunesien – stecken nach wie vor in einem schwierigen internen Übergang.^a Ein global schwaches Wirtschaftsumfeld hat im Verbund mit eingeschränkter Wechselkursflexibilität zu einer Erosion der internationalen Reserven geführt, während erhebliche Erhöhungen der öffentlichen Löhne und Subventionen in Reaktion auf hohen sozialen Druck einen massiven Schwund der Haushaltspuffer verursacht haben. Die Situation unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die makroökonomische Stabilität zu wahren. Anhaltende politische Unsicherheit hemmt zudem das Wachstum. Die moderate wirtschaftliche Erholung, die 2013 für diese Länder erwartet wird, reicht nicht aus, um die Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Beilegung der massiven Arbeitslosigkeit in der Region notwendig sind. Diese Probleme werden durch den tragischen Konflikt in Syrien noch erheblich erschwert, der inzwischen zu einer weitreichenden humanitären Krise mit zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Spillovers auf die Nachbarländer angewachsen ist.

Anhaltende globale, regionale und interne Risiken – insbesondere verursacht durch langsames globales Wachstum oder durch erneute Intensivierung der Risikoaversion an den globalen Finanzmärkten, global höhere Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise, eine Eskalation des Konflikts in Syrien und Rückschläge bei politischen Umwälzungen – könnten diesen ohnehin schwierigen Ausblick noch weiter unterminieren. Andererseits könnten ein freundlicheres globales Umfeld und erfolgreiche politische Übergänge die Aussichten positiv beeinflussen.

Angesichts der schwachen Haushalts- und Reservepuffer sind Haushaltskonsolidierung und größere Wechselkursflexibilität – bei gleichzeitiger Suche nach wirksamem Schutz für die Armen – kurzfristige Herausforderungen für die Politikmaßnahmen. In diesem Zusammenhang könnten mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht beim Einsatz öffentlicher Mittel die Glaubwürdigkeit und Dauerhaftigkeit der Maßnahmen verstärken. Es ist auch wichtig, dass die politischen Entschei-

dungsträger zügig an die Gestaltung und Umsetzung wirksamer Strukturreformen gehen, sodass dynamische und sozial inklusive Volkswirtschaften aufgebaut werden, die mehr Arbeitsplätze schaffen. Förderung des Wachstums auf dem Privatsektor und des internationalen Handels sowie das Anwerben ausländischer Direktinvestitionen werden Schlüsselkomponenten des Erfolgs sein. Die internationale Gemeinschaft kann positive Veränderungen unterstützen, indem sie besseren Handelszugang für die Produkte und Dienstleistungen der Region schafft und Finanzierung und Politikberatung zur Verfügung stellt.

Die Reform der Energiesubventionen (weiter unten in diesem Kapitel erörtert) – kombiniert mit Maßnahmen zum Schutz der Armen – ist in diesen Ländern ein besonderes Problem. Einige Länder haben bereits mit der Umsetzung dieser Reformagenda begonnen und erste Ergebnisse beim Abbau von Haushalts- und Reservendruck erzielt.

Der IWF hat Finanzierungsvereinbarungen mit Jemen, Jordanien und Marokko in Höhe von mehr als 8,6 Mrd. US\$ zugesagt. Ende des Geschäftsjahres verhandelte der IWF über eine Vereinbarung mit Ägypten und ein zweites Programm mit dem Jemen und führte Finanzierungsgespräche mit Tunesien, die kurz darauf in eine Billigung eines Stand-By-Arrangement (Bereitschaftskredit-Vereinbarung) von 1,15 Mrd. SZR (1,74 Mrd. US\$) durch das Exekutivdirektorium mündeten. Im Allgemeinen arbeitet die Institution eng mit allen arabischen Übergangsländern zusammen und stellt Politikanalysen sowie Unterstützung zum Kapazitätsaufbau bereit.

Das Exekutivdirektorium wurde über die Entwicklungen in den arabischen Übergangsländern auf dem Laufenden gehalten und erhielt im September 2012 und Januar und April 2013 informelle Briefings.

^a Siehe „Arab Countries in Transition: Economic Outlook and Key Challenges“, IWF-Stabsbericht für das Deauville Partnership Ministerial Meeting (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/041613.pdf).

- Sie definiert erstmals den Umfang und die Modalitäten der multilateralen Überwachung, unter anderem indem sie ein Rahmenwerk für mögliche multilaterale Konsultationen aufzeigt.

Bei ihrer Entscheidung⁷ waren die Exekutivdirektoren der einhelligen Auffassung, dass die Integration von bilateraler und multilateraler Überwachung zur Schließung wichtiger Überwachungslücken beitragen könnte. Sie befanden insbesondere, dass

die Klarstellung des Bereichs der multilateralen Überwachung zu einer Verbesserung von Qualität, Wirksamkeit und Gleichbehandlung bei der Überwachung durch den IWF beitragen würde. Gleichzeitig bleibt durch die Entscheidung ausreichend Flexibilität gewahrt, um die Überwachungstätigkeit den jeweiligen Umständen anzupassen. Dabei ist zu betonen, dass die Entscheidung keine Erweiterung oder Änderung der Verpflichtungen der Mitglieder bedeutet und auch nicht dahingehend ausgelegt oder eingesetzt werden kann.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen, dass die erhöhte Aufmerksamkeit, die der multilateralen Überwachung zuteil wird, nicht zu Lasten der Themen gehen dürfe, die für die Stabilität einzelner Volkswirtschaften relevant sind. Sie begrüßten die Klarstellung in der Entscheidung, dass ein Mitglied, das seine eigene Stabilität fördert, nicht zur Änderung seiner Politiken verpflichtet werden kann, um zum reibungslosen Ablauf des internationalen Währungssystems beizutragen. Sie betonten, dass das in der Entscheidung vorgeschlagene Regelwerk für die multilaterale Überwachung nicht zu einer übermäßigen Prüfung der binnenwirtschaftlichen Politik eines Landes führen dürfe.

Nach Auffassung der Exekutivdirektoren muss eine reibungslose Umsetzung der Entscheidung sichergestellt werden; es herrschte Einvernehmen darüber, dass sechs Monate zwischen Einführung und Inkrafttreten für den Stab des IWF wie auch für die Länderbehörden ausreichend seien, um sich mit dem neuen Regelwerk eingehend vertraut zu machen. Die Entscheidung trat im Januar 2013 in Kraft.

Fortschritt bei der Umsetzung der vorrangigen Ziele des Triennial Surveillance Review 2011

In einer Erörterung im November 2012⁸ begrüßten die Exekutivdirektoren die Fortschritte, die im Zusammenhang mit den zur Zeit des Triennial Surveillance Review vorrangigen Zielen erreicht wurden. Sie merkten an, dass viele Initiativen des Vorjahres bereits zu beträchtlichen Verbesserungen in der Ausrichtung der Überwachung auf Verflechtungen, Risiken, Finanzstabilität und außenwirtschaftliche Stabilität geführt hätten.

Verflechtungen. Die Exekutivdirektoren begrüßten die Fortschritte bei der Analyse von Verflechtungen. Sie wünschten einhellig

eine weitere Stärkung dieser Arbeit, um die Aufdeckung von Risikotransmissionskanälen zu verbessern und die Spillover-Analyse und länderübergreifende Arbeit bei der Überwachung intensiver zu nutzen.

Risiken. Risiken. Die Exekutivdirektoren stellten übereinstimmend fest, dass nicht zuletzt dank dem Einsatz von Matrices in Stabsberichten die Überwachung schärfer auf Risiken fokussiert war (siehe z.B. „Joint IMF–Financial Stability Board Early Warning Exercise“ weiter unten in diesem Kapitel) und dadurch einheitlichere Berichte über verschiedene Überwachungsprodukte hinweg übermittelt werden konnten. Sie kamen überein, dass alle Länderberichte eine offene Erörterung der Risiken enthalten sollten. Die meisten Direktoren befürworteten zusätzliche Anstrengungen bei der Quantifizierung globaler Risiken, auf deren Grundlage Länderteams die Auswirkungen globaler Risiken auf einzelne Volkswirtschaften ermitteln könnten.

Finanzstabilität. Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit, die Bestrebungen zur Integration der Finanzüberwachung in die Artikel-IV-Konsultationen und die multilaterale Überwachung fortzusetzen, wie in der Strategie zur Finanzüberwachung des IWF dargelegt wurde (siehe weiter unten in diesem Abschnitt). Sie verwiesen auf die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Financial Sector Assessment Program (FSAP – Programm zur Bewertung des Finanzsektors) in den Artikel-IV-Stabsberichten, legten allerdings nahe, dass zur Integration von Bewertungen zu makrofinanziellen Verknüpfungen in die Überwachung noch mehr getan werden könnte.

Außenwirtschaftsstabilität. Die Exekutivdirektoren merkten an, dass das Pilotprogramm External Balance Assessment und der

Links: Verkäufer auf einem schwimmenden Markt auf dem Mekong in Vietnam **Rechts:** Gewürze zum Verkauf auf einem Markt in Jerusalem



Pilot External Sector Report (siehe vorherigen Abschnitt) möglicherweise zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Außenwirtschaftsstabilität einer begrenzten Anzahl von Ländern beigetragen habe, und empfahlen eine Ausweitung der neuen Ansätze auf ein breiteres Spektrum von Mitgliedern. Zur Stärkung der Glaubwürdigkeit dieser Bestrebungen müssten die Bewertungsmethoden weiter ausgefeilt werden, so etwa durch umfassende Berücksichtigung landesspezifischer Faktoren; auch die Bewertung der Außenwirtschaftsposition der Länder, die nicht unter die neue Methode fallen, sei zu verbessern.

Wirksamkeit. Die Exekutivdirektoren betonten, wie wichtig Relevanz und Qualität der Überwachungstätigkeit des IWF für die Wirksamkeit seien. Sie forderten systematische Folgemaßnahmen zu Themen, die in früheren Artikel-IV-Konsultationen angesprochen wurden, und merkten an, dass engere Kommunikation mit öffentlichen Entscheidungsträgern zu den wichtigsten Nachrichten und Risiken, u.a. auf der Basis der *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin, hilfreich sein könnte.

Ressourcen. Nach Auffassung der Exekutivdirektoren wird die Umsetzung der Empfehlungen vonseiten des IWF-Stabs aller Wahrscheinlichkeit nach mit Kosten verbunden sein, obwohl einige von ihnen dagegenhielten, dass durch Einsparungen an anderer Stelle Mittel freigemacht werden sollten. Viele von ihnen betonten die Bedeutung einer engeren abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit, um Effizienz und Qualität der Überwachung zu verbessern.

Prüfung der Fortschritte bei der länderseitigen Bereitstellung von Daten zu Überwachungszwecken

Im November 2012 befasste sich das Exekutivdirektorium auch mit einem Strategiepapier zur Bereitstellung von für die Überwachung nützlichen Daten an den IWF. Neben der Untersuchung jüngster Tendenzen bei der Bereitstellung von Daten erörterte das Papier, wie Initiativen zur Schließung von Datenlücken bei der Behandlung der im Triennial Surveillance Review 2011 identifizierten Prioritäten helfen könnten. Das Papier schlug auch eine Verbesserung der Berichterstattung bei Unzulänglichkeit der Daten und eine stärkere Ausrichtung auf Finanzsektordaten vor. Schließlich wurde diskutiert, wie mehr Einheitlichkeit in den Plänen zur Datenverbesserung erreicht werden könnte im Zusammenhang mit dem General Data Dissemination System (GDDS – Allgemeines Datenweitergabesystem; siehe „Initiativen zu Daten und Datenstandards“ in Kapitel 4), der Technical Assistance und den in Artikel-IV-Konsultationen identifizierten Datenmängeln.

Bei ihrer Erörterung des Papiers⁹ befanden die Exekutivdirektoren, dass das bestehende Regelwerk zur Bereitstellung von Daten nach wie vor angemessen sei. Allerdings waren sie aufgrund der Schlussfolgerungen aus dem Triennial Surveillance Review 2011

und der durch die weltweite Krise deutlich gewordenen Datenlücken der einhelligen Meinung, dass innerhalb des bestehenden Ressourcenrahmens durchaus noch Spielraum vorhanden sei für eine stärkere Umsetzung des Regelwerks.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich gemäß den im Papier dargelegten Vorschlägen für mehr Klarheit und Offenheit bei der Bewertung und Mitteilung von Angemessenheit, Qualität und Aktualität der an den IWF bereitgestellten Daten aus. Sie unterstützten die im Papier gemachten Vorschläge die wichtigsten die Überwachung behindernden Datenmängel, die Fortschritte bei der Umsetzung früherer Empfehlungen und die Quellen der Daten in den Artikel-IV-Stabsberichten deutlicher hervorzuheben.

Die Exekutivdirektoren hoben die Bedeutung der Finanzsektordaten für den IWF und die Mitgliedsländer hervor und merkten an, dass unzureichende Daten die Bewertung der Finanz- und Außenwirtschaftsstabilität behindern können. Sie sprachen sich für die Änderung des Statistical Issues Appendix in Artikel-IV-Stabsberichten aus, um eine stärkere Ausrichtung auf Daten zur Überwachung des Finanzsektors und ggf. auf die Fortschritte bei der Data Gaps Initiative der Gruppe der Zwanzig (G20) und des IMFC und bei der Einhaltung des unlängst gebilligten Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus – Spezieller Datenweitergabestandard Plus; siehe „Initiativen zu Daten und Datenstandards“ in Kapitel 4) für Länder zu erzielen, die ihre Absicht bekundet haben, der Initiative zu folgen, und gleichzeitig weitere Fortschritte in den Bereichen zu erzielen, in denen das konzeptuelle statistische Regelwerk weiterentwickelt werden muss.

Die Exekutivdirektoren befürworteten allgemein weitere Bestrebungen zur Verbesserung maßgeblicher Datensätze: International Investment Position, COFER (Currency Composition of Foreign Exchange Reserves – Zusammensetzung von Devisenreserven), Indikatoren zur Solidität der Finanzen, allgemeine Staatsverschuldung sowie Daten zu Geldpolitik und Finanzen, u.a. auch durch die Übernahme vereinheitlichter Berichtsformulare.

Die Exekutivdirektoren betonten, wie wichtig die enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Behörden bei der Schließung von Datenlücken sei, während gleichzeitig die Berichtslast für die Länder minimiert werden müsse. Insbesondere forderten sie den Stab zur engen Zusammenarbeit mit dem Financial Stability Board (FSB – Rat für Finanzstabilität) auf, um einen Datensatz für weltweit systemrelevante Finanzinstitutionen zu erarbeiten, der auch geeignete Vorgehensweisen zu streng vertraulichem Datenaustausch unter den offiziellen Institutionen umfasst.

Die Exekutivdirektoren vereinbarten die nächste Prüfung der Datenbereitstellung für 2017.

Strategie für die Finanzsektorüberwachung

Obwohl vertiefte Finanzkapazität und Globalisierung entscheidende Vorteile gebracht haben, sind infolge der zunehmenden Größe und Komplexität der Finanzsysteme im Verbund mit dem bedeutenden Ausmaß und Tempo der Kapitalströme die nationalen Volkswirtschaften nun unlösbar miteinander verknüpft und finanziellen Schocks ausgesetzt. Im September 2012 führte das Exekutivdirektorium eine Strategie zur Finanzüberwachung ein, die auf eine zentrale Empfehlung aus dem Triennial Surveillance Review 2011 und den von der Geschäftsführenden Direktorin aufgestellten Maßnahmenplan zur Überwachung zurückgeht.¹⁰

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass die Strategie in ihrem Ehrgeiz und Fokus geeignet sei, die effektive Nutzung knapper Mittel sicherzustellen, und sie begrüßten die Priorisierung der Maßnahmen und gezielten Fristen für die weitere Stärkung der Finanzüberwachung. Es gab breite Unterstützung für die drei Säulen der Strategie: (1) Verbesserung bei der Aufdeckung von Risiken und bei der makrofinanziellen Politikanalyse, (2) Aufrüstung der Instrumente und Produkte der Finanzüberwachung, um eine integrierte Politikreaktion auf Risiken zu fördern, und (3) Intensivierung der Wirksamkeit und Auswirkung der Finanzüberwachung durch einen aktiveren Umgang mit den Stakeholdern.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Bedeutung, die der Stärkung des analytischen Unterbaus makrofinanzieller Risikobewertungen und der Politikberatung zukommt, und befürworteten allgemein die Bereiche der Politikmaßnahmen, die in der Strategie für die Analyse benannt wurden. Insbesondere betonten sie im Hinblick auf die Tatsache, dass sich Schocks in stark vernetzten Finanzsystemen schnell über Länder hinweg ausbreiten können, die Notwendigkeit, das Verständnis der Beschaffenheit und der Implikationen von grenzüberschreitenden Verflechtungen, Anfälligkeiten und Spillovers zu vertiefen. Sie begrüßten allgemein die Arbeit des IWF-Stabs zur Entwicklung eines einheitlichen makrofinanziellen Regelwerks, das die gegenseitigen Abhängigkeiten der Sektoren Realwirtschaft und Finanzen untersucht und das Verständnis über Verknüpfungen und Wechselbeziehungen zwischen makroökonomischen und makroprudenziellen Politiken verbessert.

Die Exekutivdirektoren sahen es als eine Priorität, die Finanzüberwachung in den Artikel-IV-Konsultationen zu stärken und ihr eine zentrale Rolle zuzuweisen. Sie merkten zudem an, dass es wichtig sei, die FSAP-Empfehlungen in diesen Konsultationen nachzuverfolgen. Die meisten Direktoren unterstützten den Vorschlag der Strategie, FSAP-Bewertungen in den Ländern, die es beantragen, häufiger durchzuführen, wobei nach klaren Kriterien entsprechend den bestehenden Politiken priorisiert würde.

Die Exekutivdirektoren verwiesen auf die in der Strategie zum Ausdruck gebrachte Absicht, dass der IWF mit seinen weltweiten Mitgliedern als globaler Moderator für makroprudenzielle Politik dienen könnte. Sie sahen einer weiteren Zusammenarbeit zwischen

dem IWF und dem FSB entsprechend ihrer jeweiligen Mandate entgegen. Sie sprachen sich auch für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Weltbank zu Finanzsektorfragen aus.

Die Exekutivdirektoren räumten ein, dass die Implementierung der Strategie nicht einfach sei angesichts Hürden bei der Analyse, Informations- und Datenlücken, knapper Mittel und Grenzen der Wirksamkeit. Sie freuten sich auf die Gelegenheit, Fortschritte bei der Umsetzung zu überprüfen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Triennial Surveillance Review 2014.

Guidance Note for Surveillance bei Artikel-IV-Konsultationen

Im Oktober 2012 gab der IWF ein Guidance Note for Surveillance (Leitlinie für die Überwachung) bei Artikel-IV-Konsultationen heraus, um dem Stab des IWF die bilaterale und multilaterale Überwachung im Rahmen dieser Konsultationen zu erleichtern.¹¹ Die Leitlinie stellt die operationellen Prioritäten des Triennial Surveillance Review 2011 und der Integrated Surveillance Decision heraus. Was Letztere anbetrifft, so bestätigte sie die fortgesetzte Fokussierung der Überwachung auf die Wechselkurspolitik der Länder und stellte gleichzeitig klar, wie der IWF effektiver mit seinen Mitgliedern in einen Dialog über innenpolitische Maßnahmen gegenüber Wirtschaft und Finanzmarkt treten kann. Die Leitlinie spiegelte auch die Bestrebungen des IWF wider, dem Bericht des Independent Evaluation Office (IEO – Unabhängiges Evaluierungsbüro) von 2011 über die Leistung im Vorfeld der Krise Folge zu leisten.¹² Das Exekutivdirektorium wurde in einer informellen Sitzung im September 2012 über die Leitlinie informiert.

Joint IMF-Financial Stability Board Early Warning Exercise

2009 führte der IWF das Early Warning Exercise (Gemeinsame Frühwarnübung von IWF und Rat für Finanzstabilität) zur Erkennung und Beurteilung von Risiken ein, die als gering bewertet werden, deren Eintreten aber potenziell starke Auswirkungen für die Weltwirtschaft haben würde. Er entwickelte zudem analytische Rahmenwerke zur Bewertung von Anfälligkeiten und aufkeimenden Gefahren in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, aufstrebenden Marktwirtschaften und einkommensschwachen Ländern. Diese Übung wird normalerweise (in Zusammenarbeit mit dem FSB) zweimal pro Jahr durchgeführt; das Exekutivdirektorium wurde über die Ergebnisse der Übungen im Oktober 2012 und April 2013 informiert. Nach den Erörterungen im Direktorium und mit dem FSB werden die Ergebnisse der Übung im Rahmen der Frühjahrstagung und der Jahresversammlung leitenden öffentlichen Entscheidungsträgern mitgeteilt.

Fiskalische Tragfähigkeit und Strukturreformen

Fiskalische Transparenz, Rechenschaftspflicht und Risiken

Die letzten eineinhalb Jahrzehnte waren von der konzertierten Bestrebung gekennzeichnet, eine Reihe international akzep-



Links: Volkswirtschaftlicher Berater des IWF Olivier Blanchard (links), Chef der Bank of Israel Stanley Fischer (Mitte) und Ökonom Ted Truman (rechts) beim Seminar zur Liberalisierung und Steuerung von Kapitalströmen während der Frühjahrstagung 2013
Rechts: Ölfraffinerie in Wien, Österreich

tierter Standards für fiskalische Transparenz zu erarbeiten und ihre Implementierung zu fördern und zu überwachen. Im selben Zeitraum zeigte sich auch eine stetige Verbesserung in Bezug auf die Vollständigkeit, Qualität und Aktualität der öffentlichen Finanzausweise der Länder. Dennoch ist das Verständnis der grundlegenden Haushaltspositionen von Regierungen und der Gefahren, denen diese Positionen ausgesetzt sind, unzureichend.

Im August 2012 kam das Exekutivdirektorium zu einer informellen Sitzung zusammen, um ein Politikpapier zu Transparenz, Rechenschaftspflicht und Risiko in Staatshaushalten zu erörtern.¹³ Das Papier spricht sich für eine Auffrischung der Bemühung um fiskalische Transparenz aus, um die infolge der Krise zutage getretenen Unzulänglichkeiten bei Standards und Praktiken anzugehen und ein Wiederaufkeimen fiskalischer Undurchsichtigkeit angesichts des wachsenden Drucks auf Staatsfinanzen zu verhüten. Es nennt notwendige Maßnahmen an drei Fronten: Erstens müssen die Standards zu fiskalischer Transparenz aktualisiert werden, um Lücken zu schließen und Unstimmigkeiten im Vergleich mehrerer Standards anzugehen. Zweitens muss der IWF bei seiner Evaluierung, ob ein Land die Standards zur fiskalischen Transparenz einhält, nach einem mehr modularen, analytischen und kalibrierten Ansatz vorgehen. Drittens müssen nationale, regionale und internationale Institutionen die Anreize zur Verbesserung der Praktiken im Hinblick auf fiskalische Transparenz stärken. Seit der Direktoriumssitzung wurde mit der Überarbeitung der Normen (code) und des Handbuchs zur fiskalischen Transparenz begonnen (die Fertigstellung wird zur Jahresversammlung 2013 erwartet), einschließlich der öffentlichen Beratungen zur Überarbeitung der Normen und der Pilotbewertungen zur Transparenz für drei Länder auf der Grundlage des revidierten Regelwerks.

Makroökonomische und fiskalische Maßnahmen in ressourcenreichen Entwicklungsländern

Einkünfte aus natürlichen Ressourcen haben weitreichende Implikationen für die Regelwerke zu makroökonomischen und fiskalischen Maßnahmen in ressourcenreichen Entwicklungsländern, was auf die Möglichkeit der Rohstofferschöpfung und die Volatilität der Einkünfte zurückzuführen ist. Diese Länder stehen der Herausforderung gegenüber, ihren Reichtum an Ressourcen in andere Vermögenswerte umzuwandeln, die eine nachhaltige Entwicklung stützen, und gleichzeitig Mechanismen aufrechtzuerhalten, die auf die Volatilität der Einkünfte zurückgehende Boom-Bust-Zyklen vermeiden helfen. Die Besonderheiten dieser Länder – niedriges Pro-Kopf-Einkommen, knappes Eigenkapital und begrenzter Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten – machen Ratschläge, die auf den herkömmlichen Theorien zu Verbrauch und Sparen/Investitionen basieren, unbrauchbar. In diesem Zusammenhang wird die Anhebung des Ertragspotenzials der „extractive industries“ (Erdöl, Erdgas und Bergbau) in ressourcenreichen Ländern zu einem zunehmend wichtigen Element von Politikberatung und Technical Assistance des IWF.

Im September 2012 erörterte das Exekutivdirektorium bei einer informellen Sitzung zwei Politikpapiere, die sich mit Fragestellungen ressourcenreicher Entwicklungsländer befassen. Das erste Papier betrifft makroökonomische Regelwerke und Instrumente zur Politikanalyse für diese Länder, die die Wirksamkeit der Politikberatung durch den IWF erhöhen könnten.¹⁴ Es stellt fünf maßgebliche Neuerungen vor: (1) ein Rahmenwerk zur fiskalischen Tragfähigkeit, das die wachstums- und ertragsfördernde Wirkung staatlicher Investitionen berücksichtigt, (2) ein Instrument zur Stützung nachhaltiger Investitionen durch die Analyse der fiskalischen und makroökonomischen

Auswirkungen von Szenarien, in denen Sparen/Investitionen gesteigert werden, (3) eine Reihe von Vorschlägen zu fiskalischen Indikatoren zur Messung der Einsparungen aus und Nutzung (Verbrauch oder Investition) von Ressourcenströmen, (4) ein neues Instrumentarium zur Ausgestaltung fiskalischer Regeln, die die Volatilität der Einkünfte dämpfen und die langfristige fiskalische Tragfähigkeit bewerten können, sowie (5) ein Rahmenwerk, das Richtwerte für Leistungsbilanzen generiert, um die außenwirtschaftliche Tragfähigkeit in diesen Ländern zu analysieren.

Das zweite Papier widmet sich der Ausgestaltung und Umsetzung fiskalischer Regime für die „extractive industries“. ¹⁵ Es nennt die Schlüsselemente der landesspezifischen Beratung und beschreibt das analytische Rahmenwerk, auf das sich die Beratung stützt, und es macht Vorschläge, wie das Ertragspotenzial besser realisiert werden kann, vor allem in Entwicklungsländern. Das Papier führt aus, dass fiskalische Regeln für die „extractive industries“ nicht ohne schwierige Kompromisse zwischen Beschäftigung, Umweltauswirkungen und Ertragszielen aufgestellt werden können.

Lehren und Implikationen der Reform bei Energiesubventionen

Energiesubventionen bedeuten in den meisten Regionen erhebliche fiskalische und volkswirtschaftliche Kosten, die sich entsprechend negativ auf die Haushaltsbilanzen und Staatsverschuldung auswirken. Die fiskalischen Kosten waren für viele Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen beträchtlich und bringen in der Zukunft noch größere fiskalische Risiken mit sich, wenn die internationalen Preise weiter ansteigen sollten.

Im Februar 2013 erhielt das Exekutivdirektorium ein informelles Briefing zu einem Politikpapier, das die Erfahrungen der Länder mit Energiesubventionen untersuchte und die Auswirkungen einer Subventionsreform auslotete. ¹⁶ Aus den Erfahrungen der Länder ergeben sich folgende Schlüsselemente für eine Subventionsreform:

- ein umfassender Energiereformplan mit klaren langfristigen Zielen, Analyse der Reformauswirkungen sowie Konsultationen mit Stakeholdern
- eine weitreichende Kommunikationsstrategie, einhergehend mit verbesserter Transparenz
- adäquat abgestufte Preissteigerungen, die für die einzelnen Energieprodukte unterschiedlich gestaffelt werden können
- verbesserte Effizienz der staatlichen Unternehmen, um die Abhängigkeit von Subventionen abzubauen
- gezielte Maßnahmen zum Schutz der Armen und

- institutionelle Reformen, die die Energiepreise entpolitisieren

Steuerung von Kapitalströmen und makroprudenzielle Politik

Die Gespräche des Exekutivdirektoriums im Bereich der Geldpolitik befassten sich während des Geschäftsjahres mit Kapitalströmen und den Wechselbeziehungen zwischen Geldpolitik und makroprudenzieller Politik.

Kapitalströme

Kapitalströme besitzen wichtige Vorteile für einzelne Länder und die Weltwirtschaft, denn sie verbessern die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors, fördern Investitionen in Produktion und erleichtern den Ausgleich von Ungleichgewichten. Allerdings bringen Kapitalströme aufgrund ihrer Größe und Volatilität, wie in den letzten Jahren beobachtet wurde, auch politische Herausforderungen mit sich. Der IWF muss deshalb in der Lage sein, seinen Mitgliedern klare und stimmige Ratschläge zu Kapitalströmen und den damit zusammenhängenden Politikmaßnahmen zu geben. Vor diesem Hintergrund beantragte der IMFC 2011 Arbeiten zu einem „umfassenden, flexiblen und ausgewogenen Ansatz zur Steuerung von Kapitalströmen, der auf den Erfahrungen der Länder aufbaut“.

Liberalisierung und Steuerung der Kapitalströme

In zwei Sitzungen im November 2012 schloss das Exekutivdirektorium seine Gespräche über die Liberalisierung und Steuerung von Kapitalströmen ab. ¹⁷ In dem Politikpapier, das die Grundlage für das Direktoriumsgespräch bildete, schlug der IWF-Stab eine institutionelle Sichtweise vor, die auf den Erfahrungen der Länder in den letzten Jahren, früheren Politikpapieren des IWF und Direktoriumsgesprächen zu Kapitalströmen ¹⁸ und neuer analytischer Forschung aufbaut.

Nach Ansicht der meisten Exekutivdirektoren bildet die in dem Papier vorgeschlagene institutionelle Sichtweise eine gute Grundlage für die Politikberatung seitens des IWF und für die Bewertungen zu Liberalisierung und Steuerung von Kapitalströmen, wo dies für die bilaterale und multilaterale Überwachung relevant ist. Viele Exekutivdirektoren sprachen sich mit Nachdruck dafür aus, dass die Rolle der Ursprungsländer bei Kapitalströmen auf angemessene Weise in die institutionelle Sichtweise integriert werden müsse. Die Exekutivdirektoren unterstrichen, dass die institutionelle Sichtweise in keiner Weise die Rechte und Pflichten der Länder im Rahmen internationaler Vereinbarungen, einschließlich des IWF-Übereinkommens, verändert.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass der Nettogewinn eines Landes aus der Liberalisierung und damit der angemessene Grad an Liberalisierung von den jeweiligen Umständen abhängt, allen voran dem Stadium seiner institutionellen und finanziellen Entwicklung. Nach ihrer allgemeinen Auffassung dürfe nicht vorausgesetzt werden,

dass vollständige Liberalisierung jederzeit für alle Länder ein geeignetes Ziel sei; einige Direktoren erachteten jedoch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs für alle Länder ein auf lange Sicht erstrebenswertes Ziel.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen, dass die Liberalisierung des Kapitalflusses gut geplant und zeitlich gestaffelt sein müsse, um mögliche negative Folgen auf binnenwirtschaftlicher und multilateralen Ebene zu minimieren. Die meisten Exekutivdirektoren hielten den „integrierten Ansatz“ zur Liberalisierung für angemessen,¹⁹ da er den individuellen Umständen der Länder, insbesondere ihrer institutionellen und finanziellen Entwicklung Rechnung trägt, und die prudenzielle makroökonomische und Finanzsektorpolitik berücksichtigt.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass makroökonomische Politik – Geld- und Haushaltspolitik sowie Steuerung der Wechselkurse – eine Schlüsselrolle bei der Steuerung plötzlich angestiegener Zuflüsse oder schädlicher Abflüsse spielen müsse und durch solide Finanzaufsicht und Regulierung sowie starke Institutionen zu stützen sei. Sie stimmten darin überein, dass unter gewissen Umständen Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen, d.h. ihre Eingrenzung, nützlich und angemessen sein können. Sie verwiesen allerdings mit Nachdruck darauf, dass derartige Maßnahmen nicht als Ersatz für notwendige makroökonomische Anpassung eingesetzt werden sollten.

Nach der allgemeinen Auffassung der Exekutivdirektoren sollten Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen zielgerichtet, transparent und zeitlich begrenzt sein und eingestellt werden, sobald der Druck erhöhter Zuflüsse oder störender Abflüsse nachlässt; die Maßnahmen sollten nach Möglichkeit nicht nach Wohnsitz diskriminieren, und es sollte stets die Maßnahme gewählt werden, die am wenigsten diskriminierend und dennoch wirksam ist. Sie stimmten darin überein, dass gewisse Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen zur Sicherung der Finanzstabilität auch längerfristig nützlich sein können.

Die meisten Exekutivdirektoren waren der Auffassung, dass die Politikmaßnahmen in den Ursprungsländern eine wichtige Rolle bei der Förderung der Stabilität des internationalen Währungssystems spielen und dass die politischen Entscheidungsträger deshalb mehr Bewusstsein für die mit ihren Politikmaßnahmen verbundenen Risiken entwickeln sollten. Die Exekutivdirektoren betonten, dass eine bessere grenzüberschreitende Koordination maßgeblicher Politiken, u.a. auf regionaler Ebene, dazu führen könnte, dass Kapitalströme mit weniger Risiken behaftet sind.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass das rechtliche Rahmenwerk des IWF zur Überwachung seit Langem die Bedeutung von Kapitalströmen und der Politikmaßnahmen zu ihrer Steuerung anerkenne, obwohl das Mandat der Institution im Hinblick auf den internationalen Kapitalverkehr enger gefasst ist als bei Zahlungen und Überweisungen für laufende internationale Transaktionen. Vor diesem Hintergrund verwiesen die meisten Exekutivdirektoren darauf, dass

der IWF gut positioniert sei, um Politikberatung zu leisten und, wo dies relevant ist und in Übereinstimmung mit der Integrated Surveillance Decision (siehe weiter oben in diesem Kapitel) geschieht, in enger Zusammenarbeit mit Länderbehörden Bewertungen zu Sachverhalten bei Kapitalströmen abzugeben. Insbesondere befürworteten die meisten Exekutivdirektoren den Vorschlag des Politikpapiers, bei der Politikberatung sowie der bilateralen und multilateralen Überwachung die institutionelle Sichtweise einzusetzen. Darüber hinaus betonten viele Exekutivdirektoren die Notwendigkeit der Überwachung in wichtigen Ursprungsländern, um die möglichen Auswirkungen von Politiken auf grenzüberschreitende Kapitalströme richtig zu bewerten.

Leitlinie zur Liberalisierung und Steuerung von Kapitalströmen

Da es wichtig ist, die institutionellen Sichtweise mit operationeller Klarheit zu verbinden, wurde eine Leitlinie zur Liberalisierung und Steuerung von Kapitalströmen (Guidance Note on Liberalization and Management of Capital Flows) erarbeitet, zu der das Exekutivdirektorium im April 2013 ein Briefing erhielt.²⁰ Der Leitlinie zufolge schafft die institutionelle Sichtweise eine Grundlage für einheitliche Beratungen und Bewertungen, sofern sie für die Überwachung relevant sind, hat aber keine zwingenden Auswirkungen auf die vom IWF gestützten Programme.

Die Leitlinie betont, dass die institutionelle Sichtweise so angewendet werden soll, dass sie die Umstände des betreffenden Landes berücksichtigt. Sie fordert den IWF-Stab dazu auf, die Lehren für Politikmaßnahmen aus den Fallstudien einzelner Länder, den Wechselbeziehungen mit den Behörden und neuen Analysen zur Liberalisierung und Steuerung des Kapitalverkehrs in Stabsberichten einfließen zu lassen und unter den Mitarbeitern zu verbreiten.

Wechselwirkungen zwischen geldpolitischen und makroprudenziellen Maßnahmen

Die weltweite Krise zeigte, dass Preisstabilität keine Garantie für makroökonomische Stabilität ist. Die Aufnahme von Finanzstabilität als weiteres Ziel erfordert deshalb ein makroprudenzielles Instrumentarium, das spezifische Quellen finanzieller Ungleichgewichte gezielt angehen kann. Wirksame makroprudenzielle Politiken (wozu eine Reihe von Einschränkungen zur Fremdfinanzierung und die Aufstellung von Bilanzen gehören) können dann potenziell die Risiken schon ex ante eindämmen und zur Errichtung von Puffern beitragen, die die Schocks ex post absorbieren.

Im Januar 2013 führte das Exekutivdirektorium eine informelle Diskussion über die Wechselbeziehung zwischen geldpolitischen und makroprudenziellen Maßnahmen. Dem Politikpapier zufolge, das dem Direktorium zur Erörterung vorgelegt wurde, sollte sich die Geldpolitik im Idealfall – wenn makroprudenzielle Politiken die Quellen der Bedrohung für die Finanzstabilität gezielt angehen – in erster Linie auf Preis und Produktion konzentrieren; allerdings

seien bei der Durchführung beider Politikmaßnahmen die Auswirkungen, die sie auf die Hauptziele der jeweils anderen Politik haben, zu berücksichtigen.²¹

Des Weiteren machte das Papier die Beobachtung, dass die Wechselwirkung zwischen Geldpolitik und makroprudenziellen Maßnahmen Auswirkungen auf die Gestaltung einer Institution hat, und räumte gleichzeitig ein, dass die Wechselwirkungen, denen die Politikmaßnahmen ausgesetzt sind, nicht vollständig erforscht sind, dass Institutionen unvollkommen sind und dass die Wirtschaft politisch motivierten und anderen Zwängen unterliegen kann. Dennoch kann die Koordination der Politik die Ergebnisse verbessern, sodass die Übertragung beider Politikaufgaben an die Zentralbank von Vorteil ist. Wenn man jedoch mehrere Ziele auf eine Institution konzentriert, kann es zu einer Beeinträchtigung des Mandats, Komplikationen bei der Rechenschaftspflicht und verminderter Glaubwürdigkeit kommen. Es sind deshalb Schutzmechanismen notwendig, so dass die beiden Politikfunktionen auf Grund von getrennter Entscheidungsfindung, Rechenschaftspflicht und Kommunikationsstruktur auseinandergehalten werden können.

EINKOMMENSCHWACHE LÄNDER

Während der weltweiten Krise setzte sich der IWF stets dafür ein, den wechselnden Bedarf der einkommensschwachen Länder zu erfüllen. Neben der Erhöhung der finanziellen Unterstützung für diese Länder gab es weitere Reformen: ein überarbeitetes Regelwerk zur Kreditvergabe des IWF, Verschlankung der Kreditaufgaben sowie zinslose konzessionäre IWF-Kredite für einkommensschwache Länder bis Ende 2014.²²

Die folgenden Unterabschnitte erörtern die fortlaufenden Bestrebungen des IWF zur Stützung dieser Länder im Jahresverlauf. Über die Sitzung des Exekutivdirektoriums vom März 2013 zu den Schuldengrenzen IWF-gestützter Programme in einkommensschwachen Ländern wird in Kapitel 4 berichtet.

Prüfung der Fazilitäten für einkommensschwache Länder und Anspruch auf konzessionäre Kredite

Im Zuge der Reform seiner Fazilitäten für einkommensschwache Länder im Jahr 2009 wünschte das Exekutivdirektorium, dass die Erfahrungen mit der neuen Kreditarchitektur nach drei Jahren untersucht werden. Zwei Direktoriumsgespräche im Jahresverlauf boten Gelegenheit dazu.

Prüfung der Fazilitäten

In der ersten Phase der Prüfung im September 2012²³ befanden die Exekutivdirektoren, dass die Reformen von 2009 weithin erfolgreich zur Schaffung einer schlankeren Architektur der Fazilitäten geführt hätten, die nun besser auf den Bedarf von einkommensschwachen Ländern zugeschnitten sind. Sie merkten an, dass die zentrale Aufgabe der Zukunft in der Sicherung der

Fähigkeit des IWF liege, diesen Ländern finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wenn es nach 2014 zu einem voraussichtlich starken Abfall seiner Kapazität für konzessionäre Finanzierung kommt.²⁴

Nach Feststellung der Exekutivdirektoren waren die Zugangsgrenzen zum Zeitpunkt der Erörterung allgemein angemessen; sie sprachen sich daher überwiegend dafür aus, den Zugang in Bezug auf die Sonderziehungsrechte (SZR) (special drawing right – SDR) unverändert zu lassen, wenn die Vierzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung in Kraft tritt, was einem quotenanteiligen Rückgang des Zugangs entspricht.²⁵ Die Exekutivdirektoren erkannten an, dass der Zugang in Zukunft auf der Grundlage sorgfältiger Bewertungen des künftigen Mittelbedarfs und der verfügbaren Ressourcen erhöht werden müsse, wenn der Finanzierungsbedarf steigt. Obwohl die Ausgestaltung der Finanzierungsvereinbarungen im Rahmen des PRGT im Allgemeinen das richtige Verhältnis zwischen Konzessionalität und Finanzierungskapazität traf, sprachen sich die meisten Exekutivdirektoren für eine stärkere Differenzierung der Finanzierungsbedingungen aus, insbesondere durch ein stärkeres „blending“ (Verbindung) nichtkonzessionärer mit konzessionärer Finanzierung.

Die Exekutivdirektoren befürworteten generell, nach Verbesserungen zu suchen, die den bestehenden Instrumenten größere Flexibilität für die Bereitstellung von kontingenter Finanzierung und Unterstützung von Politikmaßnahmen für einkommensschwache Länder verleihen, statt ein neues Instrument zu schaffen. Sie sahen generell auch Raum für Verbesserungen an bestimmten Ausgestaltungsaspekten der Fazilitäten – darunter die gezieltere Ausrichtung der Poverty Reduction Strategy (Strategie für Armutsbekämpfung) auf Inhalt statt Verfahrensweise – in Rücksprache mit der Weltbank.

In der zweiten Prüfungsphase im April 2013²⁶ untersuchte das Direktorium spezifische Verbesserungen in den Bereichen „blending“ und Zugang, vorsorgliche Unterstützung, das Regelwerk „Policy Support Instrument“ (Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)²⁷ und Vereinbarungen unter der Standby Credit Facility (Bereitschaftskreditfazilität) und Extended Credit Facility (Fazilität für erweiterten Kredit). Die meisten Exekutivdirektoren befürworteten eine Verstärkung der Verbindungsmaßnahmen (blending policy) nach den Vorgaben des ersten Ansatzes, der im entsprechenden Politikpapier aufgezeigt wurde. Danach soll das „blending“ schrittweise erfolgen, während die bestehenden Regeln im Allgemeinen beibehalten werden, um festzustellen, welche Länder für das „blending“ infrage kommen.²⁸ Die meisten von ihnen hielten die Zugangsnormen und -grenzen, die 2009 verdoppelt wurden, nominell allgemein für angemessen.

Dementsprechend – und unter Berücksichtigung der Art und Knappheit der konzessionären Mittel des IWF – kamen diese Exekutivdirektoren überein, dass die Zugangsnormen und -grenzen als Prozentsatz der Quote und die Quotenlevel, die die Anwendung verfahrenstechnischer Schutzvorkehrungen bestimmen,

Kasten 3.3**Aufruf zu mehr Zusammenarbeit für die globale Entwicklung**

Die UN Millennium Development Goals (Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen) wollen Armut und Hunger beenden, den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung verbessern, mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern herbeiführen und Nachhaltigkeit in Umweltfragen sicherstellen. Um die Notwendigkeit koordinierter Maßnahmen auf dem Weg zu diesen Zielen zu unterstreichen, gaben die Führung von IWF, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbankgruppe im Februar 2013 ein Statement heraus, in dem sie enge Zusammenarbeit zur Unterstützung von Entwicklung und Wachstum zusicherten.^a Dieses Statement traf zeitlich mit der Eröffnung der Konferenz zu den Millennium-Entwicklungszielen in Bogotá, Kolumbien, zusammen.

Die Führungskräfte verpflichteten sich auch zu starker Unterstützung für den und Zusammenarbeit im VN-geführten Prozess,

den Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 zu definieren, und befürworteten einen Ansatz, der wirtschaftliche, soziale und umweltrelevante Nachhaltigkeit integriert. Sie sprachen sich für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung langfristiger Investitionsoptionen aus, um die Wachstumsgrundlagen zu stärken; sie forderten auch eine neue Ausrichtung auf entwicklungsorientierte Mittelvergabe – mit höherer Fremdfinanzierung der offiziellen Entwicklungshilfe und Investitionen aus dem Privatsektor – sowie bessere Mobilisierung und Steuerung einheimischer Ressourcen und stärkere Institutionen. Sie versprachen, die analytische Kapazität ihrer Institutionen und deren Macht, Menschen zu einem gemeinsamen Zweck zu vereinen, einzusetzen, um Lösungen zu Fragen wie sozial inklusives Wachstum, Umwelt Nachhaltigkeit und langfristige Finanzierung zu finden.

^a Siehe Pressemitteilung Nr. 13/60, „International Financial Institutions Call for More Coordination on Global Development“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1360).

halbiert werden sollten, sobald die Quotenerhöhung nach der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung in Kraft tritt. Nach Ansicht der Exekutivdirektoren müssen diese Grenzen angesichts des wechselnden Finanzierungsbedarfs einkommensschwacher Länder regelmäßig geprüft werden. Sie befürworteten die vorgeschlagene Erhöhung der kumulativen Zugangsgrenze unter der Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität).

Die Exekutivdirektoren begrüßten allgemein die Vorschläge zur Erhöhung des Zugangs zwischen den planmäßigen Prüfungen für ordnungsgemäß verlaufende Vereinbarungen unter der Extended Credit Facility und der Standby Credit Facility, falls die zugrunde liegenden Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds akut ansteigen und nicht bis zur nächsten planmäßigen Prüfung gewartet werden kann. Sie sprachen sich für eine Lockerung der Regeln unter der

Links: Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Min Zhu spricht bei der Jahresversammlung 2012 auf einem Seminar für die Pazifikinseln mit dem Titel „Global Shocks, Near-Term Challenges and Sustainable Growth“ **Rechts:** Ein Bauer auf einem Traktor bestellt das Land in der Nähe von Port-au-Prince, Haiti



Standby Credit Facility aus, um sie vermehrt als vorsorgliches Mittel einzusetzen; dazu gehören auch die Möglichkeit, einen größeren Anteil der Unterstützungsgelder zu Beginn der Laufzeit auszus zahlen, sowie eine Lockerung der Fristen für die wiederholte Inanspruchnahme von Vereinbarungen, die als vorsorglich gelten. Man war der Ansicht, dass eine Lockerung der Auflagen zu Dokumentation, Herausgabeterminen der Stabsberichte und Prüfungsplänen sowie eine Verlängerung der anfänglich vereinbarten Laufzeit die Attraktivität des Policy Support Instrument erhöhen könnte.

Die Exekutivdirektoren befürworteten Verbesserungsvorschläge zu den Vereinbarungen unter der Extended Credit Facility, um eine längere Laufzeit und mehr Flexibilität bei den Überprüfungs-terminen zu ermöglichen. Sie begrüßten auch weitere Vorschläge zur operationellen Verschlinkung. Sie verwiesen darauf, dass die zeitnahe Beendigung gelöschter Vereinbarungen unter der Extended Credit Facility PRGT-Mittel freimachen könnte, die ansonsten zugesagt blieben.²⁹ Die meisten Exekutivdirektoren sprachen sich auch für eine Lockerung der verfahrenstechnischen Auflagen im Zusammenhang mit der Poverty Reduction Strategy aus.

Die Exekutivdirektoren vereinbarten die nächste Prüfung der Fazilitäten für einkommensschwache Länder nach dem üblichen Fünfjahreszyklus, wiesen aber darauf hin, dass die Prüfung bei Bedarf vorgezogen werden könne; Zugangsnormen und -grenzen würden bedarfsweise geprüft, im Hinblick auf regelmäßige Aktualisierungen der Verwendung von PRGT-Mitteln und des erwarteten Bedarfs sowie auf künftige Quotenerhöhungen.

Prüfung des Anspruchs auf konzessionäre Mittel

Im April 2013 prüfte das Exekutivdirektorium auch das Regelwerk des IWF, mit dem die Ansprüche auf konzessionäre Mittel festgelegt werden, darunter die Kriterien für PRGT-Anspruch und die Liste der PRGT-berechtigten Länder. Die Exekutivdirektoren befürworteten weithin diese Vorschläge wie auch Übergangsvereinbarungen.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Notwendigkeit, einen transparenten und regelbasierten Rahmen für die PRGT-Berechtigung beizubehalten, der die Gleichbehandlung von Mitgliedern in ähnlichen Umständen sicherstellt. Des Weiteren bekräftigten sie die Bedeutung, die zum einen der Wahrung der knappen konzessionären Mittel des IWF für Mitglieder mit niedrigem Einkommen und Anfälligkeiten und zum anderen der engen Anpassung der Anspruchsberechtigung an die Ziele des PRGT und die Praktiken bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (International Development Association) zukommt. Sie begrüßten allgemein die vorgeschlagenen Sonderregelungen für sehr kleine Länder (Mikrostaaten) innerhalb des Regelwerks zur Anspruchsberechtigung auf PRGT,³⁰ angesichts der außergewöhnlichen Herausforderungen, denen diese Staaten gegenüberstehen.

Die Exekutivdirektoren vereinbarten die nächste Prüfung der PRGT-Berechtigung für 2015 und merkten an, dass das Regelwerk auch zwischenzeitliche Aktualisierungen zulasse, wenn die Umstände dies erforderten.

Vulnerability Exercise for Low-Income Countries

2011 erarbeitete der IWF ein analytisches Regelwerk zur Bewertung von Anfälligkeiten und aufkeimenden Risiken in einkommensschwachen Ländern. Anhand dieses Regelwerks führt der IWF jährlich ein Vulnerability Exercise for Low-Income Countries (Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder) durch.

Im November 2012 kam das Exekutivdirektorium zu einer Besprechung des Ergebnisberichts zur Übung von 2012 zusammen.³¹ Die Exekutivdirektoren hielten den Fokus des Berichts für zeitnah und angemessen, konzentrierte er sich doch auf Risiken für einkommensschwache Länder infolge des rapiden weltweiten Wachstumsrückgangs, der längerfristigen Verlangsamung des globalen Wachstums und der sprunghaft angestiegenen Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise. Sie stimmten den Politikempfehlungen des IWF-Stabs zu, betonten aber gleichzeitig, dass es bei der Analyse wichtig sei, zwischen einzelnen Ländern oder Regionen noch mehr zu unterscheiden. Sie forderten den Stab auf, konkrete Schritte zur Einbettung dieser Empfehlungen in Überwachung, Finanzierungsprogramme und Technical Assistance des IWF zu unternehmen.

Die Exekutivdirektoren forderten einkommensschwache Länder dazu auf, den Aufbau von „policy buffers“ fortzusetzen und die Haushaltsanpassung im ausgewogenen Verhältnis zur Notwendigkeit vorzunehmen, das Wachstum beizubehalten oder zu steigern und vorrangige Ausgaben weiterzuführen. Sie stellten mehrere weit gefasste Prioritäten zur Ankurbelung interner Wachstumsmotoren auf, die einen Ersatz für die schwächere globale Nachfrage bieten und die Auswirkung externer Schocks dämpfen können: vertiefte Entwicklung des Finanzsektors, Entwicklung inländischer Rentenmärkte, Stärkung der Finanzregulierung und Finanzaufsicht, Verbesserung des Geschäftsklimas und gezieltere Investitionen in die Infrastruktur, um Produktivität und langfristiges, sozial inklusives Wachstum zu fördern.

Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass Länder mit ausreichendem fiskalischem Spielraum bestrebt sein sollten, wachstumsfreundliche Ausgaben, insbesondere für die Infrastruktur, aufrechtzuerhalten, um eine Verschlimmerung der negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eines rapiden globalen Wachstumsschwunds zu vermeiden. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass für einige einkommensschwache Länder die Finanzierung steigender Defizite angesichts knapp bemessener Gebermittel schwierig werden könnte und dass eine gewisse Haushaltsanpassung wohl angemessen und unvermeidbar

sei. Die Exekutivdirektoren betonten, dass die Auswirkungen eines ausgedehnten Konjunkturrückgangs weltweit mittelfristig stärker sein würden wegen möglicher nicht rückgängig zu machender Produktionsverluste, die im Lauf der Zeit anwachsen.

Die Exekutivdirektoren wiesen darauf hin, dass viele einkommensschwache Länder nach wie vor stark anfällig gegenüber globalen Schocks bei den Rohstoffpreisen sind. Sie merkten an, dass die Haushalte wesentlich weniger Rohstoffpreisschocks ausgesetzt wären, wenn inländische Preiskontrollen für Nahrungsmittel und Treibstoff abgeschafft und gleichzeitig wirksame soziale Sicherheitsnetze aufgebaut würden. Nach Ansicht der Exekutivdirektoren sollte die Geldpolitik rasch auf solche Schocks reagieren, um eine zweite Runde von Inflationsdruck einzudämmen.

Die Exekutivdirektoren wiesen darauf hin, dass die Möglichkeit einer stärkeren Nachfrage nach IWF-Mitteln besteht, wenn diese Risiken eintreten. Sie betonten in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es für die Institution sei, über ausreichende konzessionäre Mittel zu verfügen (siehe „Poverty Reduction and Growth Trust“ in Kapitel 4).

Verstärkte Überwachung des Finanzsektors in einkommensschwachen Ländern

Das Exekutivdirektorium befasste sich bei einer informellen Sitzung im Mai 2012 mit einem Politikpapier zur verstärkten Überwachung des Finanzsektors in einkommensschwachen Ländern. Das Papier spricht sich für eine verstärkte Berücksichtigung des Wechselspiels zwischen der Vertiefung der Finanzkapazität und makrofinanzieller Stabilität bei der Überwachung durch den IWF aus, wie im Triennial Surveillance Review 2011 empfohlen worden war.³² Die Analyse identifiziert politische und institutionelle Hürden in einkommensschwachen Ländern, die sich auf die Wirksamkeit makroökonomischer Politikmaßnahmen, auf makrofinanzielle Stabilität und Wachstum auswirken, und konzentriert sich auf die Rolle wirtschaftspolitischer Maßnahmen bei der Schaffung einer nachhaltigen Vertiefung der Finanzkapazität.

Das Papier verweist auf ein ausgewogenes Verhältnis von erstens marktfreundlichen Maßnahmen, zweitens geeigneter makroprudenzieller Aufsicht, um zu vermeiden, dass neue Quellen der Instabilität geschaffen werden, und drittens sorgfältig kalibrierten Politikinterventionen. Das Papier hebt die Aspekte der Finanzsysteme hervor, die bei der Formulierung makroökonomischer Politikberatung berücksichtigt werden müssen, und macht damit einen ersten Schritt in Richtung eines Ansatzes zur Finanzüberwachung in einkommensschwachen Ländern, der nicht nur institutionelle Solvenz und effektive Marktinfrastruktur, sondern auch Dimensionen für die Vertiefung der Finanzkapazität berücksichtigt.

Initiative für hochverschuldete arme Länder/ Multilaterale Entschuldungsinitiative

IWF und Weltbank führten 1996 im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zum Schuldenabbau die Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC – Initiative für die hochverschuldeten armen Länder) ein, um sicherzustellen, dass kein armes Land mit einer Schuldenlast konfrontiert ist, die es nicht tragen kann. Ein Land muss bestimmte Kriterien erfüllen, um Hilfe im Rahmen dieser Initiative zu bekommen.³³ Schuldenerleichterung wird in einem zweistufigen Prozess gewährt: vorübergehende Schuldenerleichterung in der Anfangsphase, die als Entscheidungszeitpunkt bezeichnet wird, und wenn ein Land seine Zusagen erfüllt, volle Entschuldung am Abschlusszeitpunkt. In diesem Geschäftsjahr erreichten keine weiteren Länder ihren Entscheidungszeitpunkt, aber drei Länder – Côte d'Ivoire, Guinea und Komoren – erreichten ihren Abschlusszeitpunkt unter der Initiative.

Mit Stand vom 30. April 2013 hatten von den 39 Ländern, die Anspruch oder potenziell Anspruch auf Hilfe unter der HIPC-Initiative haben, 36 ihren Entscheidungszeitpunkt und 35 davon den Abschlusszeitpunkt erreicht. Insgesamt wurde für diese Länder im Rahmen der HIPC-Initiative Schuldenerleichterung in Höhe von 2,6 Mrd. SZR bereitgestellt.³⁴

2005 wurde die HIPC-Initiative durch die Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI – Multilaterale Entschuldungsinitiative) ergänzt, um die Arbeit an den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen weiter voranzubringen. MDRI-Hilfe deckt die gesamten Schulden gegenüber dem IWF zum Ende 2004, die zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Land für diese Hilfe qualifiziert, noch ausstehen. Der IWF gewährte unter der MDRI Schuldenerleichterung in Höhe von 2,3 Mrd. SZR (3,4 Mrd. US\$), unter anderem auch für zwei Länder, die nicht als hochverschuldete arme Länder gelten. Obwohl Afghanistan, Haiti, Komoren und Togo den Abschlusszeitpunkt nach der HIPC-Initiative erreicht haben, verfügten sie über keine Schulden beim IWF, die für MDRI infrage kamen, und erhielten deshalb im Rahmen dieser Initiative keine Schuldenerleichterung des IWF. Des Weiteren hatten Côte d'Ivoire und Guinea ihre MDRI-berechtigten Schulden bei Erreichen des Abschlusszeitpunkts vollständig zurückgezahlt und erhielten deshalb ebenfalls keine MDRI-Schuldenerleichterung vom IWF.³⁵

KLEINSTAATEN

Die kleinsten Mitgliedsländer des IWF besitzen gewisse Besonderheiten, die sich zu einer Reihe gemeinsamer Herausforderungen für ihre Entwicklung zusammenfassen lassen. Aufgrund ihrer kleinen Größe haben sie höhere feste und variable Kosten und wenig Möglichkeit, von Größenvorteilen zu profitieren. Auf dem öffentlichen Sektor führt dies zu höheren Kosten und einem geringeren Volumen an Dienstleistungen; auf dem Privatsektor kommt es zu einer konzentrierten Marktstruktur und mangelnder Diversifizierung,

während der Handel mit hohen Transportkosten konfrontiert wird (die für die entlegensten Kleinstaaten besonders gravierend ausfallen). Geringe Größe beeinflusst auch den Finanzsektor und die Art und Weise, wie Kleinstaaten ihr Risiko gegenüber Naturkatastrophen steuern. Das Exekutivdirektorium erörterte Fragen, die Kleinstaaten betreffen, anlässlich eines informellen Briefings im Dezember 2012 und einer formellen Besprechung im März 2013; es war dies die erste umfassende Untersuchung seit 2000.

Makroökonomische Fragen in Kleinstaaten und Auswirkungen auf die Arbeit des IWF

Bei seiner Sitzung im März 2013 besprach das Exekutivdirektorium ein Politikpapier zu makroökonomischen Fragen in Kleinstaaten und den Auswirkungen auf die Arbeit des IWF.³⁶ Das Papier untersucht die makroökonomischen Herausforderungen, die ausschließlich Mikrostaaten betreffen, beurteilt die Arbeit des IWF in Kleinstaaten und unterbreitet Vorschläge zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit.

Die Exekutivdirektoren vermerkten, dass Kleinstaaten seit Ende der 1990er-Jahre nicht mehr an die verbesserte Wirtschaftsleistung größerer Länder anknüpfen konnten. Aufgrund eines Wachstums, das langsamer und schwankender war als das in größeren Ländern und wegen der höheren Staatsausgaben in diesem Zeitraum sahen sich eine Anzahl von Kleinstaaten einer hohen Schuldenlast und geschwächten „policy buffers“ gegenüber. Die Fähigkeit der Kleinstaaten, mit wirtschaftlichen Schocks umzugehen, wurde zudem von ihren schwachen Finanzsystemen beeinträchtigt. Mikrostaaten standen vor besonderen Herausforderungen, insofern als Wachstum und Außenwirtschaftsbilanz volatiler und Bankdienstleistungen teurer waren.

Die Situation zeige, wie die Exekutivdirektoren anmerkten, dass die Kleinstaaten im Allgemeinen gut mit der Überwachung, Technical Assistance und den Finanzierungsfazilitäten des IWF bedient seien, insbesondere seit den Reformen von 2009 zu den IWF-Fazilitäten für einkommensschwache Länder. Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass die Politikberatung des IWF Kleinstaaten insoweit möglich beim Wiederaufbau der „policy buffers“ und bei der Stärkung von Institutionen und Governance helfen sollte. Viele Exekutivdirektoren regten eine vermehrte Kontaktpflege mit dem IWF-Stab zwischen den Artikel-IV-Konsultationen an sowie die Möglichkeit, die Häufigkeit der Konsultationen zu erhöhen. Nach Vorschlag der Exekutivdirektoren könnte auch eine Leitlinie für die Arbeit des IWF mit Kleinstaaten oder ein entsprechender Anhang zur bestehenden Leitlinie zu den Artikel-IV-Konsultationen ausgearbeitet werden.

Nach allgemeiner Auffassung der Exekutivdirektoren sollten eine starke analytische Agenda sowie ein aktiver Dialog mit Kleinstaatengemeinschaften in die Politikberatung des IWF für Kleinstaaten einfließen und die Ausgestaltung und Wirksamkeit

wirtschaftlicher Anpassungsprogramme stärken helfen. Sie forderten den IWF-Stab zur Diskussion seiner Analyse mit Kleinstaaten und verbundenen Entwicklungspartnern auf. Im Anschluss an diese Informationsarbeit erwarteten die Exekutivdirektoren in Zukunft eine Erörterung feiner abgestimmter operationeller Schlussfolgerungen mit Implikationen für Mittelbeschaffung.

PROGRAMMGESTALTUNG

Ein IWF-gestütztes Programm ist ein Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen, das im Verbund mit gebilligten Krediten spezielle Ziele erreichen soll, wie eine geordnete außenwirtschaftliche Anpassung, breit aufgestelltes, sozial inklusives Wachstum und Armutsbekämpfung. Programme werden von Ländern in Rücksprache mit dem IWF formuliert und in den meisten Fällen durch eine vom Exekutivdirektorium gebilligte Finanzierungsvereinbarung gestützt.

Das Exekutivdirektorium untersuchte im Lauf des Jahres bei mehreren Gelegenheiten Aspekte der IWF-Programmgestaltung. Neben der im nächsten Abschnitt behandelten Prüfung der Konditionalität in IWF-Programmen besprach das Direktorium im Juli 2012 informell krisenbezogene IWF-Programme sowie die Politik des IWF zu Schuldengrenzen in IWF-gestützten Programmen (siehe Kapitel 4).

Prüfung der Konditionalität von 2011

Konditionalität betrifft sowohl die Gestaltung IWF-gestützter Programme – d.h. die zugrunde liegenden makroökonomischen und strukturellen Politiken – als auch die spezifischen Methoden zur Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zu den von den Programmländern genannten Zielen. Darüber hinaus trägt die Konditionalität zur Schaffung von Schutzvorkehrungen für den vorübergehenden Gebrauch von IWF-Ressourcen bei. Der IWF prüft die Konditionalität regelmäßig im Rahmen seiner Bestrebungen, die Politiken zu bewerten und sich an ein wechselndes Umfeld anzupassen. Die letzte Prüfung fand in den Jahren 2004/2005 statt.

Im September 2012 erörterte das Exekutivdirektorium eine Reihe von Politikpapieren zur Prüfung von Konditionalität, Ausgestaltung und Auswirkungen IWF-gestützter Programme im Zeitraum von 2002 bis September 2011.³⁷ Die Exekutivdirektoren waren der allgemeinen Auffassung, dass die Guidelines on Conditionality (Richtlinien zur Konditionalität) weithin angemessen blieben, ihre Umsetzung jedoch in mehreren Bereichen verbessert werden könnte. Sie befürworteten allgemein die gezielten Vorschläge, die in den Papieren gemacht wurden, und begrüßten die Absicht, die Operational Guidance Note on Conditionality (Operationelle Leitlinie zur Konditionalität) angesichts der während des Treffens erzielten Schlussfolgerungen zu ändern, bei gleichzeitig laufenden

Bestrebungen zur Verbesserung der Analyse der Schuldentragfähigkeit.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Notwendigkeit, sich bei der Festsetzung der Konditionalität streng an das Kriterium der makroökonomischen Angemessenheit zu halten und eine außerhalb der Kernverantwortungsbereiche des IWF liegende Konditionalität genauestens zu untersuchen. Sie unterstützten die Suche nach einem besseren Ansatz zur Risikodiagnose für einen breiten Dimensionsbereich und die Entwicklung von Tests zur Robustheit aufgrund dieser Risikoeinschätzung. Zudem sahen sie noch Spielraum, die Diskussion über Risiken systemischer Art und Ansteckungsrisiken bei Programmen mit außergewöhnlichem Zugang zu stärken, insbesondere dort, wo diese Risiken sich auf die Robustheit der Schuldentragfähigkeit auswirken.

Die Exekutivdirektoren forderten zu mehr Analyse der sozialen Auswirkungen von Politikmaßnahmen in den Programmen auf, die in enger Zusammenarbeit mit Länderbehörden und institu-

tionellen Partnern durchzuführen sei. Sie unterstützten auch, wo dies machbar und angemessen ist, die Aufnahme von Politikmaßnahmen insbesondere in Programme mit hohen Risiken und großen Haushaltsanpassungen, um negative kurzfristige Auswirkungen auf die anfälligsten Gruppen abzufedern.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Bedeutung von Koordination und Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen und gegebenenfalls mit Gebern, damit adäquate Mittel und einheitliche Konditionalität gewährleistet sind und gleichzeitig doppelte Arbeit vermieden werden kann.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass bei einer Umsetzung der in der Prüfung genannten Empfehlungen mit Auswirkungen auf das Budget zu rechnen sei. Sie erwarteten im Rahmen der Budgeterörterung einen umfassenden Kostenvoranschlag, der sich auf die Gespräche des Direktoriums und die Befunde der Working Group on Jobs and Inclusive Growth (Arbeitsgruppe zu Arbeitsplätzen und sozial inklusivem Wachstum) des IWF-Stabs stützt.³⁸

4 DER ANHALTENDEN GLOBALEN KRISE BEGEGNEN



DER ANHALTENDEN GLOBALEN KRISE BEGEGNEN



DIE GESCHÄFTSFÜHRENDE DIREKTORIN LEGT GLOBAL POLICY AGENDA VOR

Im Oktober 2012 legte die Geschäftsführende Direktorin im Rahmen der Jahresversammlung dem IMFC ihre erste *Global Policy Agenda* vor. Die Agenda umriss eine Reihe von Maßnahmen für die Mitgliedschaft, die die Erholung von der anhaltenden globalen Krise sichern und das Fundament legen sollten für eine robustere globale Finanzarchitektur.³⁹ Die Agenda beschrieb auch in Einzelheiten die Rolle, die der IWF bei der Unterstützung seiner Mitglieder im Umgang mit diesen gewaltigen Aufgaben spielt, indem er die geplanten Reformen zur Stärkung des Regelwerks der Institution weiterführt.

Das Kommuniqué des IMFC⁴⁰ begrüßte die in der Agenda genannten Leitlinien, denn auch der IMFC sieht die Bekämpfung der globalen Krise und den Aufbau eines starken Fundaments für künftiges Wachstum als vordringliche Aufgaben. Maßnahmen für Arbeitsplätze und Wachstum, Schuldentragfähigkeit, Wiederherstellung von Finanzsystemen und den Abbau globaler Ungleichgewichte wurden als entscheidende Prioritäten genannt. Die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sollen bei der nächsten Tagung des Ausschusses geprüft werden.

Bei der Überprüfung der Fortschritte anlässlich der Frühjahrstagung im April 2013 begrüßte der IMFC die *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin vom April 2013.⁴¹ Diese

Agenda rief die politisch Verantwortlichen dazu auf, die Erholung zu unterstützen, die von der Krise beschädigten Systeme wiederherzustellen, Schutzmaßnahmen gegen eine Wiederholung der Krise zu stärken und neue Herausforderungen frühzeitig aus den globalen Wirtschaftstrends abzulesen. Die Agenda warnte davor, dass in einer stark vernetzten Welt schleppende Politik an einigen wenigen Stellen sich schon bald auf alle auswirken könne.

Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum

Das IWF-Übereinkommen verpflichtet den IWF zur „Förderung und Erhaltung eines hohen Niveaus der Beschäftigungszahlen und des Realeinkommens“. Im Nachhinein der weltweiten Krise erreichte die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern eine bis jetzt unerreichte Höhe und machte die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und sozial inklusivem Wachstum herbeizuführen, noch viel dringlicher.

Aus diesem Grund förderte der IWF bereits zu Beginn der Krise eine Reihe von Maßnahmen, um entsprechend den landesspezifischen Umständen die Nachfrage – und damit Arbeitsplätze – zu fördern, so u.a. durch vorübergehende Konjunkturspritzen und Lockerung der Zinspolitik. Auf längere Sicht erfordert die Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung möglicherweise Änderungen in einem breiteren Bereich von Politikmaßnahmen

Kasten 4.1**Ein ausgewogenes Verhältnis von Wachstum und Haushaltskonsolidierung schaffen**

Mit dem Fortdauern der Krise wurden die Zwillingsprobleme von niedrigem Wachstum und hoher Verschuldung dringlicher, und sie sind jetzt zunehmend miteinander verknüpft. In diesem Zusammenhang war das Tempo der fiskalischen Anpassung ein heiß diskutiertes Thema, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Der IWF hat stets betont, dass es nicht einfach um eine Entscheidung zwischen Sparsamkeit und Wachstum gehe, sondern darum, das richtige Gleichgewicht zwischen beiden zu finden.

Viele fortgeschrittene Volkswirtschaften haben ihre Haushaltsdefizite kontinuierlich abgebaut, und einige haben beinahe schon Primärüberschüsse erreicht, die die Schuldenquoten stabilisieren. Selbst wenn sie stabil sind, reduzieren große Defizite und hohe Schulden das Wachstumspotenzial und machen Volkswirtschaften anfällig für Schocks. Deshalb ist eine Fortsetzung der fiskalischen Anpassung notwendig. Gleichzeitig bleiben die Aussichten für Beschäftigung und Wachstum besorgniserregend.^a

Vor diesem Hintergrund untersuchte der World Economic Outlook vom Oktober 2012 frühere Phasen hoher Staatsverschuldung und kam in der Hauptsache zu drei Schlussfolgerungen: Erstens, der Abbau von Staatsschulden benötigt Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit einem schwachen externen Umfeld. Zweitens, erfolgreicher Schuldenabbau erfordert Haushaltskonsolidierung und einen Korb von wachstumsfördernden Politikmaßnahmen. Drittens, die Haushaltskonsolidierung muss dauerhaften Strukturreformen an den Staatsfinanzen gegenüber zeitweiligen oder kurzlebigen fiskalischen Maßnahmen den Vorzug geben.^b

Daraus ergaben sich verschiedene, breit angelegte Grundsätze, auf denen die wirtschaftspolitische Beratung des IWF zu diesem Thema aufbaut.^c

- Das wichtigste Element ist die Verabschiedung eines klaren und spezifischen mittelfristigen Plans zum Schuldenabbau.
- Das Tempo der Anpassung muss landesspezifisch kalibriert werden – wenn es die Finanzierung erlaubt, mehr auf das Ende

der Laufzeit ausgerichtet, jedoch stärker auf den Beginn konzentriert, wenn ein Land unter Marktdruck steht –, damit das Wachstum so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.

- Die Mischung aus Ausgaben- und Steuerreformen soll die anfälligsten Gruppen möglichst schonen und sicherstellen, dass die Fiskalpolitik auf längere Sicht stärker auf Wachstumsförderung ausgelegt ist.
- Fiskalpolitik muss Teil eines umfassenden Politikpakets sein, einschließlich Geld- und Strukturpolitiken, womit das Wachstum unterstützt werden kann, während sich die Defizite verringern.

Gemäß diesen Grundsätzen wurde die fiskalische Beratung des IWF an seine Mitgliedsländer – einschließlich der Länder mit IWF-gestützten Programmen – ständig überprüft und bedarfsweise angepasst. Zum Beispiel erachteten die Exekutivdirektoren in der Artikel-IV-Konsultation 2012 mit Portugal die Haushaltsziele der Behörden als angemessen, solange die wirtschaftliche Entwicklung den Erwartungen entspreche. Sie wiesen jedoch gleichzeitig darauf hin, dass es wichtig sei, das richtige Gleichgewicht zwischen Haushaltskonsolidierung und wachstumsfördernden Maßnahmen zu finden.^d Dieser pragmatische Ansatz ist unabdingbar, um die unterschiedlichen Erfordernisse der Mitgliedsländer und der im Zeitverlauf sich ändernden Umstände anzugehen, besonders auch in Fällen, in denen die Auswirkungen der Konsolidierung bei einem Konjunkturrückgang schlimmer ausfallen.^e

^a Siehe die *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin vom April 2013 (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/042013.pdf) und die Ausgabe des *Fiscal Monitor* vom April 2013 (www.imf.org/external/pubs/ft/fm/2013/01/pdf/fm1301.pdf).

^b Siehe Kapitel 3 des World Economic Outlook vom Oktober 2012 (www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/pdf/c3.pdf). Der *Fiscal Monitor* vom April 2013 (www.imf.org/external/pubs/ft/fm/2013/01/pdf/fm1301.pdf) kommt im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

^c Siehe Anhang 8 des Politikpapiers „Jobs and Growth: Analytical and Operational Considerations for the Fund“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031413.pdf), die Ausgabe vom April 2013 des World Economic Outlook (www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/pdf/text.pdf) und PR Nr. 13/129, „Communiqué of the Twenty-Seventh Meeting of the International Monetary and Financial Committee“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13129.htm).

^d Siehe PIN Nr. 13/07, „IMF Executive Board Concludes Article IV Consultation with Portugal“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1307.htm).

^e World Economic Outlook Oktober 2012 (www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/pdf/text.pdf).

und Institutionen, durch die die Funktionsweise von Arbeitsmärkten und die Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze beeinflusst wird.

Im erörterte das Exekutivdirektorium die analytischen und operationellen Erwägungen im Zusammenhang mit der Aufgabe des IWF, Politikberatung zu Arbeitsplätzen und Wachstum bereitzustellen, wie auch seiner Arbeit an Fiskalpolitiken und

Beschäftigung in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften.

Arbeitsplätze und Wachstum: analytische und operationelle Erwägungen

Im März 2013 erörterte das Exekutivdirektorium informell ein Politikpapier zur Rolle, die der IWF bei der Unterstützung der

Länder spielen kann, wenn es um die Ausarbeitung von Strategien zu den miteinander verknüpften Aufgaben geht, Arbeitsplätze zu schaffen und Wachstum zu fördern.⁴² Der IWF prüft den theoretischen und empirischen Stand der maßgeblichen politischen Forschung und versucht auf dieser Basis, den Ländern die bestmögliche nachweisbasierte Beratung zu bieten. Das wichtigste Ergebnis des Papiers ist, dass es weder eine Strategie mit Wunderwaffe für ein einzelnes Land, noch ein Einheitsrezept für alle Länder gibt. Dennoch, so das Papier, herrscht weitgehend Einvernehmen darüber, dass makroökonomische Stabilität – niedrige Inflation und geringe Produktionsschwankungen – die entscheidende Grundlage für jede Wachstumsstrategie bildet.

Das Papier untersucht die Länder- und Politikarbeit des IWF und sieht Spielraum, Analyse und Politikberatung zu verbessern, wo dies notwendig und im Rahmen des IWF-Mandats möglich ist:

- Systematischere Analyse der Herausforderungen bei Wachstum und Beschäftigung sowie Identifikation der größten Hindernisse auf dem Weg zu sozial inklusivem Wachstum und Arbeitsplätzen.
- Systematischere Integration der Politikberatung zu Reformen der Steuer- und Ausgabenpolitik, sodass Bedingungen geschaffen werden, die zum Eintritt in die Arbeitswelt ermutigen, auch was die Frauen anbetrifft; darüber hinaus eine robustere Schaffung von Arbeitsplätzen, eine gerechtere

Einkommensverteilung und mehr Schutz für die anfälligsten Gruppen.

- Verstärkte Beratung zur Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage aktueller empirischer Gegebenheiten und vermehrte Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen.

Fiskalpolitik und Beschäftigung in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften

Das Exekutivdirektorium erörterte im Juli 2012 ein Politikpapier zu Fiskalpolitik und Beschäftigung in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften.⁴³ Das Papier zeigt die wichtigsten Strukturschwächen am Arbeitsmarkt dieser Volkswirtschaften auf und erörtert die Auswirkungen der Fiskalpolitik auf die Beschäftigung; gleichzeitig nennt es eine Reihe von steuer- und ausgabenpolitischen Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigung. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften, so das Papier, könnten besser ausgestaltete Steuer- und Ausgabenpolitiken deutlich mehr Arbeitsplätze schaffen. In aufstrebenden Märkten sind dem Papier zufolge Strukturreformen auf den Arbeits-, Kapital- und Produktmärkten oft wichtiger als fiskalische Reformen, wenn es um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

Die Wirksamkeit von Reformen kann, so das Papier, von einer Volkswirtschaft zur nächsten stark schwanken und hängt von den Arbeitsmarktinstitutionen, der Art der Arbeitslosigkeit und den Verwaltungskapazitäten ab. Das Papier räumt ein, dass beschäftigungsfördernde Politik bisweilen Kompromisse mit anderen Zielen

Kasten 4.2

Fiskalisch tragfähige und gerechte Rentensysteme für Asien

Weltweit führende Fachleute zu Rentenfragen trafen sich im Januar 2013 in Tokio mit Politikern aus 16 Ländern Asiens zu einer zweitägigen Konferenz mit dem Titel „Designing Fiscally Sustainable and Equitable Pension Systems in Asia in the Post-crisis World“ (Gestaltung fiskalisch tragfähiger und gerechter Rentensysteme in Asien in der Zeit nach der Krise).^a Die Konferenz wurde mit Unterstützung der japanischen Regierung von der Abteilung Fiskalpolitik und dem Regionalbüro für Asien und Pazifikraum des IWF organisiert.

Die Herausforderung liegt für fortgeschrittene Volkswirtschaften darin, das Anwachsen staatlicher Rentensysteme bei zunehmender Alterung der Bevölkerung zu bremsen; aufstrebende Volkswirtschaften dagegen müssen ihr Rentensystem auf fiskalisch tragfähige Weise ausdehnen, während ihre Bevölkerung rasch altert. Die Konferenz widmet sich auch Fragen der Gerechtigkeit, insbesondere den Auswirkungen unterschiedlicher Rentenreformoptionen auf die Gerechtigkeit innerhalb einer Generation und über mehrere Generationen hinweg.

Eine zentrale Botschaft lautete, dass Rentensysteme angemessene Einkommensunterstützung für arme alte Menschen bieten, gleichzeitig aber fiskalisch vertretbar und nachhaltig sein müssen. Die Teilnehmer besprachen die Erhöhung des Rentenalters, um einerseits die Tragfähigkeit von Rentensystemen zu verbessern und andererseits das Wirtschaftswachstum durch mehr verfügbare Arbeitskräfte zu stärken. Vor allem in den Schwellenländern Asiens ist es wichtig, den Anteil der älteren Bevölkerung, der Renten erhält, zu erhöhen und das Management privater Rentenfonds zu verbessern. Rentenreformen können nur wirksam sein, wenn sie als gerecht gelten und nach ihrer Implementierung nicht wieder aufgehoben werden.

^a Siehe Pressemitteilung Nr. 13/08, „IMF Gathers Experts to Discuss Design of Fiscally Sustainable and Equitable Pension Systems in Asia“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1308.htm).



Links: Ein Händler auf dem Parkett der Terminbörse in Chicago
Rechts: Ein Fischer im Bunfi Port von Conakry, Guinea, knüpft ein neues Netz

der öffentlichen Politik erfordert und im Hinblick auf fiskalische Zwänge zu beurteilen ist.

Schulden Tragfähigkeit

Die Staatsverschuldung ist seit 2008 fortlaufend angestiegen, vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo sie ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Der resultierende Schuldenüberhang stellt eine Gefährdung für Finanzstabilität und Wirtschaftswachstum dar. Vor diesem Hintergrund bildeten Themen im Zusammenhang mit der Bewertung von Schulden Tragfähigkeit und dem Abbau von durch hohe Verschuldung bedingten Anfälligkeiten einen zentralen Punkt der IWF-Arbeit im Verlauf des Geschäftsjahres.

Überprüfung der Regelung zu Schuldengrenzen in IWF-gestützten Programmen

Im März 2013 überprüfte das Exekutivdirektorium die Regelung des IWF zu Schuldengrenzen⁴⁴, die 2009 eingeführt wurde, um sicherzustellen, dass IWF-gestützte Programme einkommensschwachen Ländern weiterhin helfen, das geeignete Verhältnis zwischen Schulden Tragfähigkeit einerseits und Spielraum für Darlehen für produktive, wachstumsfördernde Investitionen andererseits zu finden. Da der Fokus überwiegend auf einkommensschwachen Ländern lag, blieben die Regelungen zu Schuldengrenzen für die übrigen Mitgliedsländer im Großen und Ganzen unverändert. Das Politikpapier, das für die Direktoriumsitzung verfasst wurde, stellte die erste Phase der Überprüfung dar; ein zweites Papier mit gezielten Vorschlägen wird für Anfang 2014 erwartet.

Die meisten Exekutivdirektoren pflichteten dem Ergebnis aus der Prüfung der Umsetzung der Reform von 2009 bei und akzeptierten die Schlussfolgerung, dass weitere Änderungen an

der Regelung notwendig seien, um uneinheitliche Ergebnisse abzubauen und die Komplexität und das durch die Regelung entstehende Potenzial für Verzerrungen von Investitions- und Finanzierungsentscheidungen anzugehen. Nach Auffassung der meisten Direktoren könnte die Ausarbeitung eines einheitlichen Rahmenwerks zu Schuldengrenzen, das den Geltungsbereich der Politikmaßnahme zu Schuldengrenzen auf alle Kredite ungeachtet der jeweiligen Konditionen ausdehnt, stärkere Schutzmechanismen für Schulden Tragfähigkeit herbeiführen, ohne dass die Länder dadurch übermäßig eingeschränkt werden in ihrer Fähigkeit, angemessene externe Finanzierung zur Stützung ihrer Entwicklungsziele zu sichern.

Die Exekutivdirektoren stellten heraus, wie wichtig es sei, Anreize beizubehalten, sodass einkommensschwache Länder konzessionäre Kredite aufnehmen und Kreditgeber diese Mittel nach Möglichkeit bereitstellen. Viele Direktoren fanden, dass mit dem angestrebten Richtwert für die durchschnittliche Konzessionalität neuer Kredite, der im Politikpapier vorgeschlagen wird, im Verbund mit der vorgeschlagenen Obergrenze für Kreditaufnahmen insgesamt dieses Ziel erfüllt würde; sie begrüßten die erhöhte Flexibilität, die die vorgeschlagene Reform einkommensschwachen Ländern bei der Verfolgung ihrer Kreditaufnahmepolitiken gewährt.

Die meisten Exekutivdirektoren stimmten darin überein, dass die Schuldengrenzen in IWF-gestützten Programmen, die über das General Resources Account (GRA – Konto für allgemeine Ressourcen) finanziert werden, keiner Veränderung bedürfen.

Die Exekutivdirektoren forderten den IWF-Stab auf, die Meinung wichtiger Gruppen, wie Länderbehörden, Kreditgeber und andere Entwicklungspartner, zur Ausgestaltung des endgültigen Reformvorschlags einzuholen.

Leitlinie zur Analyse der Tragfähigkeit von Staatsschulden für Länder mit Marktzugang

Vor dem Hintergrund zunehmender Bedenken über die Tragfähigkeit von Staatsschulden in fortgeschrittenen Volkswirtschaften überprüfte das Exekutivdirektorium im August 2011 das Regelwerk des IWF zur Fiskalpolitik und Tragfähigkeitsanalyse von Staatsschulden in Ländern mit Marktzugang.⁴⁵ Die Überprüfung deckte eine Anzahl von Bereichen auf, in denen Schuldentragfähigkeitsanalysen für Länder mit Marktzugang verbessert werden könnten. Dazu gehören u.a. realistischere Grundannahmen, mit dem Schuldenprofil einhergehende Risiken, Analyse makrofiskalischer Risiken, Anfälligkeiten im Verhältnis zur Staatsverschuldung und Deckung aggregierter fiskalischer und öffentlicher Schulden.

Der Stab des IWF entwickelte daraufhin auf dieser Überprüfung beruhende Richtlinien, und das Direktorium erhielt im April 2013 ein Briefing über die Leitlinie zur Analyse der Tragfähigkeit von Staatsschulden für Länder mit Marktzugang (Guidance Note on Public Debt Sustainability Analysis for Market Access Countries).⁴⁶ Gemäß der Direktoriumpfung vom August 2011 und des Triennial Surveillance Review 2011 führt die Leitlinie einen risikobasierten Ansatz ein; d.h., in Ländern mit höherem Risiko ist mehr Analyse und in Ländern mit geringerem Risiko weniger Analyse notwendig. Die Leitlinie behandelt Datendeckung und weitere Fragen der Ausgestaltung, präsentiert die Elemente einer grundlegenden Schuldentragfähigkeitsanalyse, erörtert die Module, die für eine tiefer greifende Analyse heranzuziehen sind, und legt die Berichts- und Verfahrenserfordernisse für Schuldentragfähigkeitsanalysen dar.

Stärkung der Finanzsysteme

Angesichts der Rolle, die schwache Finanzinstitutionen, unzureichende Regulierung und Aufsicht sowie der Mangel an Transparenz gespielt haben, ist in der Folge der weltweiten Krise die Stärkung der Finanzsysteme eine vorrangige Aufgabe des IWF. Die Gefahr einer Untergrabung der Wirksamkeit der Geldpolitik, die die Konjunkturerholung unterstützen soll, unterstreicht einmal mehr den Bedarf an Fortschritten in diesem Bereich.

Neben der in den folgenden Unterabschnitten beschriebenen Arbeit erhielt das Exekutivdirektorium im Dezember 2012 ein informelles Briefing zu den Fortschritten bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Reform des Finanzsektors, der aus den Bemühungen erwachsen ist, aus der Krise zu lernen und Schritte zu unternehmen, um eine weitere Krise zu vermeiden. Das Direktorium hielt auch ein informelles Gespräch zu verstärkter Überwachung des Finanzsektors einkommensschwacher Länder in Bezug auf eine Vertiefung der Finanzwirtschaft und Makrostabilität (siehe Kapitel 3).

Key Attributes of Effective Resolution Regimes für Finanzinstitute

Im Oktober 2012 erhielt das Exekutivdirektorium ein informelles Briefing zu den internationalen Bestrebungen, gute Praktiken bei Abwicklungsmethoden für Finanzinstitute zu identifizieren. Die Key Attributes of Effective Resolution Regimes (Kernelemente wirksamer Abwicklungsmethoden), ein Standard, der vom FSB übernommen und von der G20 als unverbindlicher internationaler Standard befürwortet wurde, identifizieren ein wirksames Regelwerk für die Abwicklung grenzüberschreitender Finanzinstitute. Die Key Attributes nennen maßgebliche Merkmale, die auf nationaler wie internationaler Ebene Teil des Abwicklungsrahmens sein sollten, damit die Abwicklung ohne schwerwiegende systemische Störungen und ohne Verluste für die Steuerzahler erfolgen kann. Diese Merkmale sind ein umfassendes Instrumentarium an Abwicklungsvollmachten für Länderbehörden: die Übernahme der Kontrolle von Management und Eigentümern, Verkauf oder Fusionierung der Bank, Übertragung ihrer Aktiva und Passiva an Dritte oder einseitige Umschuldung sowie Unterstützung der Abwicklung durch die vorübergehende Aussetzung vorgezogener Kündigungsrechte auf Finanzverträge. Dem Politikpapier zufolge, das dem Exekutivdirektorium zum Briefing vorgelegt wurde, nimmt der IWF-Stab aktiv an der Arbeit des FSB zur Umsetzung der Key Attributes teil; nach Abschluss dieser Arbeit wird der Stab die nach den Governance-Vorschriften des IWF notwendige Genehmigung einholen, damit die Key Attributes als neuer Standard unter dem Programm der Reports on the Observance of Standards and Codes (ROSC – Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes) verwendet werden können.⁴⁷

Überarbeitung der Guidelines for Foreign Exchange Management

Im Februar 2013 billigte das Exekutivdirektorium überarbeitete Guidelines for Foreign Exchange Management (Richtlinien zum Management von Devisenreserven), die vom IWF-Stab in Zusammenarbeit mit einer kleinen Arbeitsgruppe aus Zentralbanken und Währungsbehörden einer Anzahl von Ländern, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ausgearbeitet worden waren.⁴⁸ Die Überarbeitung der Richtlinien war notwendig geworden, da zugrunde liegende strukturelle Veränderungen im Aufbau von Reserven und im Umgang mit den Reserven in Reaktion auf die laufenden Entwicklungen an den Finanzmärkten und auf die globale Krise beobachtet worden waren. Die Überarbeitung konzentriert sich auf Ziele und Strategien des Reservenmanagements, Transparenz und Rechenschaftspflicht, Fragen zum Regelwerk auf Institutions- wie Organisationsebene und das Regelwerk zum Risikomanagement.

Es wird erwartet, dass die Anwendung dieser überarbeiteten Richtlinien die internationale Finanzarchitektur stärken, stabi-

litäts- und transparenzfördernde Politiken und Praktiken im Finanzsektor fördern und die externen Anfälligkeiten der Länder reduzieren wird. Die überarbeiteten Richtlinien werden vom Stab als Rahmen für die Technical Assistance und für Gespräche im Zusammenhang mit der IWF-Überwachung eingesetzt werden.

Globale Ungleichgewichte und Spillovers

Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, ist der IWF ein Forum für den Dialog unter Mitgliedsländern über die regionalen und internationalen Konsequenzen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Fortschritte, die im Jahresverlauf zu den Kernelementen der IWF-Arbeit in diesem Bereich erzielt wurden – zum Beispiel der Pilot External Sector Report und der Spillover Report – wurden an früherer Stelle erörtert. Mehrere Prioritäten, die im Triennial Surveillance Review 2011 identifiziert wurden – insbesondere Vernetztheit, Risiken und außenwirtschaftliche Stabilität – haben direkten Einfluss auf globale Ungleichgewichte und Spillovers.

Die Volatilität der Kapitalströme kann sowohl für einzelne Länder als auch global zu ernsthaften Risiken für die Stabilität führen, und die Frage, wann, wie stark und wie schnell Kapitalströme liberalisiert werden sollen, ist schon seit Jahrzehnten einer der am heißesten diskutierten Streitpunkte in der weltwirtschaftlichen Debatte. Im Verlauf des Jahres befürwortete das Exekutivdirektorium eine institutionelle Position zur Steuerung globaler Kapitalströme, um Ländern klare und einheitliche Beratung zu ihrer Wirtschaftspolitik bieten zu können (siehe „Liberalisierung und Steuerung der Kapitalströme“ in Kapitel 3).

Die Arbeit zu den Auswirkungen der Vernetztheit für Politik und Überwachung dauert an. Insbesondere wurde die Analyse der Konsistenz multilateraler Politiken und grenzüberschreitender Spillovers auf der Grundlage des gestärkten Überwachungsrahmens gestärkt.

POVERTY REDUCTION AND GROWTH TRUST

Bei der Vergabe konzessionärer Mittel an Mitglieder mit niedrigem Einkommen bedient sich der IWF der Ressourcen, die für diese Art der Kreditvergabe im PRGT bereitstehen. Die Institution stellt fest, welche Mitgliedsländer Anspruch auf konzessionäre Mittel unter dem PRGT haben, auf ein Regelwerk zurückgreifend, das 2010 eigens für diesen Zweck entwickelt worden war. Dieses Regelwerk, das alle zwei Jahre überprüft wird (für die Ergebnisse der letzten Überprüfung siehe „Prüfung des Anspruchs auf konzessionäre Mittel“, Kapitel 3), gibt dem Exekutivdirektorium transparente Kriterien für seine Entscheidungen zur Aufnahme in die und zur Verabschiedung von der Liste anspruchsberechtigter Länder an die Hand.⁴⁹ Das Regelwerk umfasst auch spezielle Zugangs- und Neueinstufungskriterien für Klein- und Mikrostaaten, die wegen der höheren Anfälligkeiten dieser Länder das Pro-Kopf-Einkommen weniger streng berücksichtigen.

Im August 2012 nahm das Exekutivdirektorium den Südsudan, das jüngste Mitglied im IWF, in die Liste der Länder auf, die Anspruch auf die konzessionäre Mittelvergabe durch den IWF haben.⁵⁰ Die überarbeitete Fassung des Regelwerks zu PRGT-Ansprüchen wurde im April 2013 gebilligt (siehe „Prüfung des Anspruchs auf konzessionäre Mittel“ in Kapitel 3) und die Exekutivdirektoren befürworteten die vorgeschlagene

Links: Fabrikarbeiter in Ayutthaya, Thailand **Rechts:** Ein Bauer in Divo, Côte d'Ivoire, schneidet eine Kakaofrucht auf



Tabelle 4.1**Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF**

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Zweck	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
KREDITTRANCHEN UND EXTENDED FUND FACILITY³			
Stand-By Arrangement (SBA) (1952) (Breitschaftskredit-Vereinbarung)	Mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen.	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können.	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen.
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Extended Arrangement) (Erweiterte Fondsfazilität) (Erweiterte Kreditvereinbarung)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, die langfristige Zahlungsbilanzprobleme aufgreifen.	Verabschiedung eines Programms mit bis zu vier Jahren Laufzeit mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate.	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
Flexible Credit Line (FCL) (2009) (Flexible Kreditlinie)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf aufgreift.	Ex ante sehr stark in Bezug auf makroökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischen Leistungsnachweis.	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbjahrüberprüfung nach einem Jahr.
Precautionary and Liquidity Line (PLL) (2011) (Vorsorge- und Liquiditäts-Linie)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und soliden Politiken.	Stark in Bezug auf politische Regelwerke, Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors.	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL).
SONDERFAZILITÄTEN			
Rapid Financing Instrument (RFI) (2011) (Instrument für schnelle Finanzierung)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf.	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen).	Direkte Käufe ohne ein voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen.
FAZILITÄTEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE MITGLIEDER IM RAHMEN DES POVERTY REDUCTION AND GROWTH TRUST			
Extended Credit Facility (ECF) (2010) ⁵ (Fazilität für erweiterten Kredit)	Mittelfristige Unterstützung zur Bewältigung von andauernden Zahlungsbilanzschwierigkeiten.	Annahme von 3- bis 4-jährigen ECF-Vereinbarungen. ECF-gestützte Programme basieren auf Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs), die von den Ländern in einem partizipatorischen Prozess erarbeitet werden und makroökonomische, strukturelle und armutsbekämpfende Maßnahmen umfassen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen.
Standby Credit Facility (SCF) (2010) (Bereitschaftskreditfazilität)	Bedienung eines kurzfristigen Bedarfs hinsichtlich Zahlungsbilanz und Vorsorge.	Verabschiedung 12- bis 24-monatiger SCF-Vereinbarungen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen (bei Ziehung).
Rapid Credit Facility (RCF) (2010) (Schnellkreditfazilität)	Schnelle Unterstützung für dringenden Zahlungsbilanzbedarf; für die Fälle, in denen ein Programm von der Qualität der oberen Kredittranche nicht notwendig oder nicht durchführbar ist.	Kein auf Überprüfungen beruhendes Programm notwendig; keine Ex-post-Konditionalität.	In der Regel eine einzige Auszahlung.

¹ Mit Ausnahme der über den Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT – Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum) finanzierten Fazilität wird die Kreditvergabe des IWF hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen oder SZR kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft. Die konzessionäre Kreditvergabe unter den Fazilitäten ECF, RCF und SCF wird über den separaten Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum finanziert. Für die Kreditvergabe unter dem PRGT kam das Exekutivdirektorium im April 2013 überein, dass die Zugangsnormen und -grenzen in Relation zur Quote halbiert werden sollen, sobald die Quotenerhöhung nach der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung in Kraft tritt (siehe Kapitel 5).

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom General Resources Account (GRA – Konto für allgemeine Ressourcen) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den Tagessaldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge zwischen 200 und 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge von über 1.000 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angerechnet, der in jeder (jährlichen) Periode gezogen werden kann unter einer Stand-By, Flexible Credit Line, Precautionary and Liquidity Line oder einem Extended Arrangement; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen. Für Fazilitäten für einkommensschwache Länder im Rahmen des PRGT wurde 2009 ein Zinsmechanismus eingeführt, der die konzessionären Zinssätze mit dem SZR-Zinssatz und regelmäßigen Überprüfungen verknüpft. Bei diesen Überprüfungen werden die anzuwendenden Zinssätze wie folgt festgelegt: Wenn der in den letzten 12 Monaten beobachtete durchschnittliche SZR-Zinssatz unter 2 Prozent liegt, dann wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0 Prozent

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 200% der Quote; kumulativ: 600% der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300% der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 200% der Quote; kumulativ: 600% der Quote.	Wie oben.	4½–10	Halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
250% der Quote für sechs Monate; 500% der Quote verfügbar bei Billigung von 1- bis 2-jährigen Vereinbarungen; insgesamt 1.000% der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 50% der Quote; kumulativ: 100% der Quote.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote.	0% bis Ende 2014.	5½–10	Halbjährlich
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote; Vorsorge: jährlich 75% der Quote und durchschnittlich jährlich 50% der Quote.	Wie oben.	4–8	Halbjährlich
Jährlich: 25% („shocks window“, 50% der Quote); kumulativ (netto planmäßiger Tilgungen): 100% („shocks window“, 125% der Quote).	Wie oben.	5½–10	Halbjährlich

pro Jahr und für SCF-Darlehen auf 0,25 Prozent pro Jahr festgelegt; wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz 2 Prozent oder mehr, bis 5 Prozent, beträgt, wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0,25 Prozent pro Jahr und für SCF-Darlehen auf 0,5 Prozent pro Jahr festgelegt. Wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz über 5 Prozent beträgt, wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0,5 Prozent jährlich und für SCF-Darlehen auf 0,75 Prozent jährlich festgelegt. Eine vorsorgliche Vereinbarung unter der SCF wird mit einer Bereitstellungsgebühr von 15 Basispunkten pro Jahr auf den nicht in Anspruch genommenen Anteil der Beträge belegt, die während eines jeden Sechsmonatszeitraums gezogen werden können. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise verabschiedete das Direktorium im Dezember 2012 eine Ausnahmeregelung zur vorübergehenden Aussetzung der Zinsen für konzessionäre Darlehen bis Ende Dezember 2014.

³ Der Ausdruck *Kredittranchen* bezieht sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der *ersten* Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen von über 25 Prozent werden als Ziehungen in den *oberen* Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁴ Ein Aufschlag, der im November 2000 eingeführt wurde. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, das den vorangegangenen Plan ersetzte, der folgendermaßen strukturiert war: 100 Basispunkte über den Gebührensatz hinaus bei einem Volumen von über 200 Prozent der Quote und 200 Basispunkte bei einem Volumen von über 300 Prozent der Quote. Ein Mitglied, das am 1. August 2009 ausstehende Kredite in den Kredittranchen oder unter der Extended Fund Facility hatte oder das vor diesem Datum eine gebilligte effektive Vereinbarung hatte, konnte sich wahlweise für das neue oder das alte Aufschlagsystem entscheiden.

⁵ Die ECF hatte früher den Namen Poverty Reduction and Growth Facility (Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität).

Aufnahme der Marshallinseln, Mikronesiens und Tuvalu in die Liste der Länder mit PRGT-Anspruch sowie die vorgeschlagene Neueinstufung von Armenien und Georgien. Nach diesen Entscheidungen haben nun 73 einkommensschwache Länder Anspruch auf konzessionäre Mittel.

Zum Zeitpunkt der 2009 vom IWF durchgeführten Reform der Kreditfazilitäten für einkommensschwache Länder wurde eine Nachfrage nach PRGT-Krediten in Höhe von 11,3 Mrd. SZR (17 Mrd. US\$) für den Zeitraum 2009–2014 prognostiziert. Um weitere Ressourcen für Kredite an einkommensschwache Länder verfügbar zu machen, billigte das Direktorium im Februar 2012 eine Auszahlung an die Mitglieder des IWF in Höhe von 700 Mio. SZR (1,1 Mrd. US\$) aus den allgemeinen Reserven des IWF, ein Teil des unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf. Diese Auszahlung erfolgte im Oktober 2012 (siehe „Goldverkäufe“ in Kapitel 5).

Auszahlung des verbleibenden unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf

Im Rahmen der Strategie, die Tragfähigkeit des PRGT längerfristig zu sichern, billigten die Exekutivdirektoren im September 2012 proportional zum Quotenanteil der Mitglieder die Auszahlung aus den allgemeinen Reserven von 1,75 Mrd. SZR (2,7 Mrd. US\$), die auf den verbleibenden unerwarteten Gewinn aus dem Goldverkauf zurückgehen (siehe Kapitel 5). Voraussetzung für die Auszahlung sind zufriedenstellende Zusicherungen vonseiten der Mitglieder, dass mindestens 90 Prozent der Auszahlung (1,575 Mrd. SZR oder 2,43 Mrd. US\$) dem PRGT zur Verfügung gestellt werden. Zum 30. April 2013 lagen Zusicherungen der Mitglieder vor, dass als Teil der gesamten Auszahlung 1,3 Mrd. SZR (2,0 Mrd. US\$) an neuen Subventionsbeiträgen für den PRGT bereitgestellt würden.

Das Exekutivdirektorium billigte auch einen Stabsvorschlag zu einer Strategie für den Aufbau eines tragfähigen PRGT; mit dieser Strategie soll sichergestellt werden, dass die Institution über ausreichende Ressourcen verfügt, um die projizierte Nachfrage nach ihren konzessionären Mitteln längerfristig zu erfüllen. Die Strategie ruht auf den folgenden Säulen:

- Eine Grundausrüstung von rund 1,25 Mrd. SZR (1,93 Mrd. US\$) an jährlicher Finanzierungskapazität, ein Betrag, von dem erwartet wird, dass er in normalen Zeiten zur Deckung des konzessionären Finanzierungsbedarfs ausreicht.
- Eventualmaßnahmen, einschließlich bilateraler Mittelbeschaffung und zeitweiliger Aussetzung der Rückzahlung von Verwaltungsausgaben des PRGT an das GRA, die ergriffen werden können, wenn der durchschnittliche Finanzierungsbedarf die Grundausrüstung über einen längeren Zeitraum

hinweg erheblich übersteigt.

- Das Prinzip der finanziellen Autonomie (self-sustainability), sodass bei etwaigen künftigen Änderungen an Kreditfazilitäten für einkommensschwache Länder die Erwartung bestehen würde, dass die Nachfrage nach konzessionären Mitteln des IWF unter verschiedenen plausiblen Szenarien mit den Ressourcen der ersten beiden Säulen dieser Strategie erfüllt werden kann.⁵¹

Während der Erörterung dieser Entscheidung⁵² äußerten einige Exekutivdirektoren Bedenken, dass die Umsetzung des Regelwerks den Zugang zu und/oder den Anspruch auf Fazilitäten für einkommensschwache Länder einschränken könnte, und betonten, dass Entscheidungen zu diesen Aspekten unter sorgfältiger Berücksichtigung des Finanzierungsbedarfs dieser Länder erfolgen sollten. Eine Reihe von Exekutivdirektoren betonten, dass Fundraising von einem breiten Geberspektrum dazu beitragen würde, die langfristige Tragfähigkeit des PRGT zu sichern.

Verlängerung des vorübergehenden Zinsaufschubs für einkommensschwache Länder

2009 befürwortete das Exekutivdirektorium einen vorübergehenden Aufschub der Zinszahlungen auf alle ausstehenden konzessionären Kredite für PRGT-berechtigte Länder und verzichtete auf alle Zinszahlungen auf PRGT-Kredite bis einschließlich Dezember 2011. Dieser Aufschub wurde später bis Dezember 2012 verlängert.

Im Dezember 2012 billigte das Direktorium angesichts der anhaltenden weltweiten Krise eine Verlängerung der Ausnahmeregelung um zwei Jahre bis Ende Dezember 2014.⁵³ Es billigte auch eine Verschiebung der nächsten Prüfung der PRGT-Zinssätze um ein Jahr auf Ende 2014.

FINANZIERUNG

Nichtkonzessionäre Finanzierungen im Jahresverlauf

Das Exekutivdirektorium billigte während des Geschäftsjahres fünf neue Vereinbarungen unter den nichtkonzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF, die sich insgesamt auf 75,1 Mrd. SZR (111,3 Mrd. US\$) beliefen.⁵⁴ Mehr als 90 Prozent der neuen Bruttozusagen (69,3 Mrd. SZR bzw. 104,6 Mrd. US\$) entfielen auf zwei Folgevereinbarungen unter der Flexible Credit Line für Mexiko und Polen. Es wurden auch zwei Stand-By Arrangements (für Jordanien und Bosnien und Herzegowina) mit insgesamt 1,7 Mrd. SZR (2,6 Mrd. US\$) genehmigt. Darüber hinaus wurde eine neue Vereinbarung unter der Precautionary and Liquidity Line für Marokko in Höhe von 4,1 Mrd. SZR (6,2 Mrd. US\$)

Tabelle 4.2**Im GJ 2013 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen**

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Bosnien und Herzegowina	24-monatige Stand-By	26. September 2012	338,2
Jordanien	36-monatige Stand-By	3. August 2012	1.364,0
Marokko	24-monatige Precautionary and Liquidity Line	3. August 2012	4.117,4
Mexiko	24-monatige Flexible Credit Line	30. November 2012	47.292,0
Polen	24-monatige Flexible Credit Line	18. Januar 2013	22.000,0
Insgesamt			75.111,6

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Kasten 4.3**Sicherungsbewertung: Politiken und Informationsarbeit**

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Mittel bereitstellt, wird eine Sicherungsbewertung durchgeführt, mit der festgestellt werden soll, ob die Zentralbank des Landes die Mittel des IWF adäquat verwalten und verlässliche Daten bereitstellen kann. Eine Sicherungsbewertung ist die Untersuchung des Governance- und Kontrollrahmens von Zentralbanken und ergänzt die anderen Schutzvorkehrungen des IWF wie Zugangsgrenzen, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen im Fall von Falschangaben sowie Monitoring nach Abschluss des Programms. Die Bewertungen werden unabhängig von anderen IWF-Maßnahmen wie Überwachung, Programmggespräche und Technical Assistance durchgeführt. Bis heute wurden 249 Bewertungen vorgenommen, 11 in diesem Jahr. Die Sicherungsregel wird regelmäßig vom Exekutivdirektorium geprüft; die letzte Prüfung fand 2010 zum zehnjährigen Bestehen dieser Regel statt.

Gemäß einer Empfehlung aus der Prüfung 2010, die Zusammenarbeit mit Partnern zu vertiefen, veranstaltete der IWF im März 2013 in Dubai ein ranghohes Forum zu Zentralbank-Governance. Daran nahmen mehr als 90 Personen, leitende

Vertreter von Zentralbanken und externe Wirtschaftsprüfer aus Afrika, Europa und dem Nahen Osten teil. Das Forum konzentrierte sich auf zwei Funktionen, die Governance in Zentralbanken stützen: Aufsicht über Audits, die für Rechenschaftspflicht und Transparenz entscheidend ist, sowie Risikomanagement. Der regionsübergreifende Dialog widmete sich den Herausforderungen und wichtigsten Praktiken, die von Sicherungsbewertungen in diesen Bereichen identifiziert wurden. Die Teilnehmer legten großen Wert darauf, diese Gelegenheit zu haben, um von anderen zu lernen, und wiesen darauf hin, dass es für Zentralbanken keine Einheitslösung gibt und dass die Stärkung der Governance ein fortlaufender Prozess ist. Das Forum ergänzte die reguläre Reihe von Sicherungsseminaren des IWF, bei denen die Teilnehmer ihre Erfahrungen mit der Stärkung von Governance, Risikomanagement und Transparenz in ihren Zentralbanken austauschen können. Im vergangenen Jahr wurde das Programm der Sicherungsseminare in den Katalog des neu errichteten IMF–Middle East Center for Economics and Finance aufgenommen.

genehmigt, die von den Behörden als vorsorglich eingestuft wurde.

Insgesamt erreichten Ende April 2013 die Käufe⁵⁵ aus dem GRA 10,6 Mrd. SZR (16 Mrd. US\$), wobei 90 Prozent der Gesamtsumme auf Käufe der drei Euro-Länder Griechenland, Irland und Portugal entfielen. Rückkäufe für den Zeitraum lagen bei 14,6 Mrd. SZR (22,0 Mrd. US\$). Tabelle 4.1 liefert allgemeine Informationen über die Finanzierungsinstrumente und -fazilitäten des IWF, und Tabelle 4.2 sowie Schaubild 4.1 stellen die Vereinbarungen, die

im Lauf des Geschäftsjahres gebilligt wurden, detailliert dar; Schaubild 4.2 gibt Auskunft zu den ausstehenden Finanzierungsbeträgen der letzten zehn Jahre.

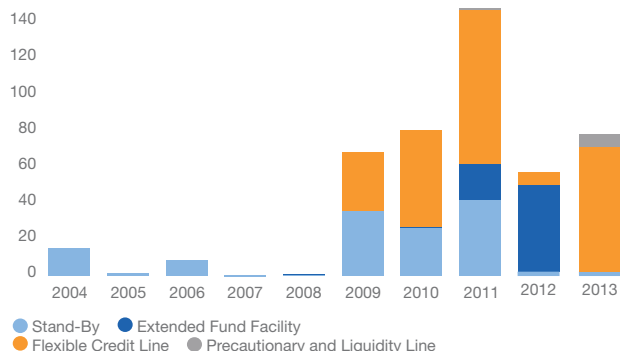
Vergabe konzessionärer Mittel im Jahresverlauf

Der IWF machte im Geschäftsjahr für seine einkommensschwachen Länder unter dem PRGT Zusagen für Darlehen in Höhe von

Schaubild 4.1

In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2004–2013 gebilligte Vereinbarungen

(Milliarden SZR)

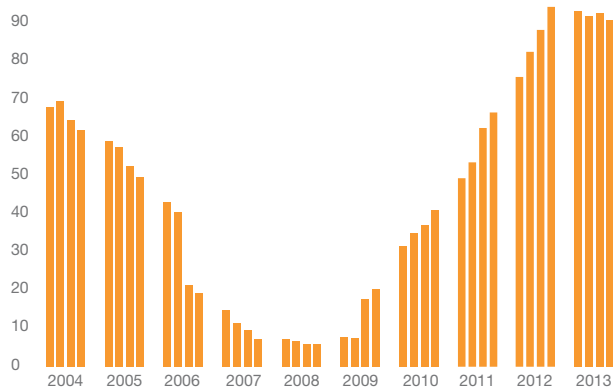


Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 4.2

Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen, GJ 2004–2013

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

0,4 Mrd. SZR (0,6 Mrd. US\$). Die Gesamtsumme der ausstehenden konzessionären Kredite für 62 Mitglieder belief sich zum 30. April 2013 auf 5,9 Mrd. SZR (8,9 Mrd. US\$). Tabelle 4.3 enthält ausführliche Informationen zu neuen Vereinbarungen und zu Zugangserhöhungen unter den konzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF. Schaubild 4.3 zeigt die ausstehenden konzessionären Kredite des letzten Jahrzehnts.

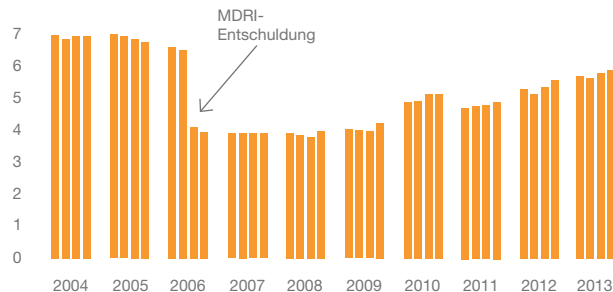
Der IWF gewährt auch weiterhin Schuldenerleichterung für anspruchsberechtigte Länder unter der HIPC-Initiative und MDRI (siehe Kapitel 3).

Im Rahmen des Post-Catastrophe Debt Relief Trust (Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen) wurde im Verlauf des Jahres keine Unterstützung gewährt. Dieser Treuhandfonds

Schaubild 4.3

Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2004–2013

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: MDRI: Multilateral Debt Relief Initiative.

wurde im Juni 2010 eingerichtet, damit der IWF sich an internationalen Maßnahmen zur Schuldenerleichterung beteiligen kann, wenn ein armes Land von einer besonders schweren Naturkatastrophe heimgesucht wird.

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ORGANISATIONEN

Der IWF arbeitet mit einer Anzahl von anderen Organisationen zusammen, die weltwirtschaftliche Fragen in ihrem besonderen Verantwortungsbereich und Spezialgebiet behandeln.

Europäische Kommission und Europäische Zentralbank

Die Beteiligung des IWF zu Beginn der weltweiten Krise an der finanziellen Unterstützung für EU-Mitglieder, die mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten konfrontiert waren, führte zu einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Institutionen der EU, insbesondere der Europäischen Kommission (EC) und der Europäischen Zentralbank (EZB) im späteren Verlauf der Krise, als Euro-Länder Unterstützung vom IWF beantragten (siehe Kasten 3.1). Dadurch kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit der sogenannten Troika aus IWF, EC und EZB in Programmländern. Obwohl der IWF seine Arbeit eng mit den anderen Mitgliedern der Troika koordiniert, werden die Entscheidungen zu Finanzierungen und Politikberatung letzten Endes vom Exekutivdirektorium getroffen. Der IWF arbeitet auch eng mit der EC zusammen bei Belangen, die einkommensschwache Länder betreffen, einschließlich der Finanzierung von Kapazitätsentwicklung.

Gruppe der Zwanzig

Die Zusammenarbeit des IWF mit der G20 ist seit dem Beginn der globalen Krise noch enger geworden. Auf Antrag der Staats- und Regierungschefs der G20 stellt der IWF die fachliche Analyse zur Unterstützung des Mutual Assessment Process (MAP – Verfahren

Tabelle 4.3

Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen während des GJ 2013 (Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE DREIJÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Gambia	25. Mai 2012	18,7
Liberia	19. November 2012	51,7
Malawi	23. Juli 2012	104,1
Salomonen	7. Dezember 2012	1,0
São Tomé und Príncipe	20. Juli 2012	2,6
Zentralafrikanische Republik	25. Juni 2012	41,8
Zwischensumme		219,8
AUFSTOCKUNG EINER VEREINBARUNG UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY²		
Burkina Faso	8. Juni 2012	36,1
Zwischensumme		36,1
NEUE VEREINBARUNG UNTER DER STANDBY CREDIT FACILITY		
Tansania	6. Juli 2012	149,2
Zwischensumme		149,2
AUSZAHLUNG UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Mali	5. Februar 2013	12,0
Zwischensumme		12,0
Insgesamt		417,1

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Früher Poverty Reduction and Growth Facility.

² Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

der gegenseitigen Bewertung) der G20 bereit. Der IWF-Stab – mit Beiträgen von anderen internationalen Institutionen – wurde ursprünglich mit der Untersuchung der Frage beauftragt, ob die von den einzelnen Ländern der G20 verfolgten Politiken insgesamt mit den Wachstumszielen der G20 vereinbar waren. In den letzten Jahren wurde der Stab auch gebeten, bei der Entwicklung von Richtlinien mitzuwirken, die alle zwei Jahre große Ungleichgewichte unter den Mitgliedern aufdecken und evaluieren sollten. Die Zusammenarbeit mit der G20 reicht über das MAP hinaus in andere Bereiche, wie etwa die Data Gaps Initiative der G20, mit der durch die globale Krise zutage getretene Datenlücken angegangen werden sollen.

Das Exekutivdirektorium erhielt im November 2012 von der Geschäftsführenden Direktorin ein informelles Briefing über die Arbeit des IWF mit der G20; es wird auch regelmäßig über die Teilnahme der IWF-Geschäftsführung an den Treffen der G20 unterrichtet. Auch über MAP und die Beteiligung des IWF daran erhält das Direktorium regelmäßig Briefings.

Financial Stability Board

Der FSB bringt Regierungsbeamte, die für die Finanzstabilität in den wichtigsten internationalen Finanzzentren verantwortlich sind, internationale Standard setzende Organisationen, Ausschüsse von Zentralbankexperten und internationale Finanzinstitutionen zusammen.

Der IWF trat dem FSB im September 2010 formell bei. Nach der Anerkennung des FSB als Vereinigung nach Schweizer Recht im Januar 2013 lud der FSB alle seine Mitglieder ein, der neuen Vereinigung beizutreten; das Exekutivdirektorium billigte die Mitgliedschaft des IWF im FSB als Vereinigung nach Schweizer Recht im März 2013.⁵⁶ Die Exekutivdirektoren merkten an, dass die Zusammenarbeit zwischen IWF und FSB auch weiterhin vom jeweiligen Mandat der Institutionen geleitet werde, wobei der IWF bei der Überwachung des globalen Finanzsystems und der FSB bei Fragen zu Regulierung und Aufsicht die Führung übernehmen wird. Sie wiesen darauf hin, dass die Mitgliedschaft des IWF im FSB keine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit des IWF darstelle und dass der IWF nach Schweizer Recht stets durch seine eigenen Vorrechte und Immunitäten geschützt sei. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Mitgliedschaft in der Vereinigung keine besonderen rechtlichen Pflichten für den IWF schaffe, obwohl die Mitglieder natürlich zum redlichen Umgang mit der Vereinigung verpflichtet sind.

Als die Exekutivdirektoren den Beitritt des IWF zum FSB billigten, unterstrichen sie Folgendes: Der IWF wird (1) sich innerhalb seines rechtlichen Regel- und Normenwerks an der Vereinigung beteiligen, (2) sich das Recht vorbehalten, sich nicht an der Entscheidungsfindung der Vereinigung zu Politikentscheidungen und ähnlichen Tätigkeiten zu beteiligen oder diese als nicht verbindlich zu sehen, wenn eine solche Beteiligung dem rechtlichen Regel- und Normenwerk des IWF zuwiderlaufen sollte, und (3) eine Entscheidung der Vereinigung zu Politikmaßnahmen nur insoweit unterstützen, als sie dem rechtlichen Regel- und Normenwerk des IWF entspricht.

Der IWF arbeitet auch im Rahmen der Frühwarnübung und der Frühwarnliste zweimal jährlich mit dem FSB zusammen (siehe „Joint IMF-Financial Stability Board Early Warning Exercise“ in Kapitel 3). Er ist im Lenkungsausschuss des FSB vertreten. Der IWF nimmt regelmäßig an verschiedenen Arbeitsgruppen teil und arbeitet mit dem FSB im Rahmen der Datenlückeninitiative der G20 zusammen; darüber hinaus wirkte er an einem gemeinsamen Bericht von FSB, IWF und Weltbank an die G20 über die Auswirkungen regulatorischer Reformen auf aufstrebende Volkswirtschaften und Entwicklungsländer mit.

Weltbankgruppe

IWF und Weltbank arbeiten eng bei der Unterstützung der Länder und Politikthemen, die für beide relevant sind, zusammen. Die Bewertungen des IWF über die allgemeine Wirtschaftslage eines Landes und seiner Politik fließen in die Bewertungen der Weltbank zu potenziellen Entwicklungsprojekten oder Reformen ein. Umgekehrt werden die Ratschläge der Weltbank zu Struktur- und Sektorreformen bei der Politikberatung durch den IWF berücksichtigt. Im Rahmen des Joint Management Action Plan on World Bank–IMF Collaboration erörtern die Länderteams der beiden Organisationen ihre auf die Landesebene



Links: Ein Junge verkauft Brot an einem Stand in Bangui, Zentralafrikanische Republik **Rechts:** Die Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Nemat Shafik und der Finanzminister von Ghana, The Honorable Seth Terkper, bei der Frühjahrstagung 2013 nach der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Errichtung eines neuen Africa Regional Technical Assistance Center (AFRITAC West 2)

ausgerichteten Arbeitsprogramme, die auf Sektoren bezogene makroökonomische Fragen, die Arbeitsteilung und die für das kommende Jahr von jeder der beiden Institutionen benötigten Beiträge identifizieren.

Mit der HIPC-Initiative und MDRI (siehe Kapitel 3) arbeiten IWF und Weltbankgruppe gemeinsam am Abbau der externen Schuldenlast der am stärksten verschuldeten armen Länder. Nach dem Ansatz des Poverty Reduction Strategy Paper (Papier zur Strategie für Armutsbekämpfung) arbeiten beide Institutionen gemeinsam an der Linderung von Armut; bei diesem Ansatz ist das betroffene Land federführend in der Verknüpfung von nationalen Politiken, Geberunterstützung und den Entwicklungsergebnissen, die für die Bekämpfung der Armut in einkommensschwachen Ländern notwendig sind. Der von Weltbank und IWF kollaborativ erstellte *Global Monitoring Report* bewertet die Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen; in der Ausgabe von 2013 war die Dynamik zwischen Stadt und Land ein zentrales Thema. Die beiden Institutionen arbeiten im Rahmen des FSAP auch gemeinsam daran, die Finanzsektoren der Mitgliedsländer zu stärken und mit wirksamer Regulierung zu versehen.

Vereinte Nationen

Der IWF hat einen Sondervertreter bei den Vereinten Nationen und unterhält ein Büro in New York. Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und den Vereinten Nationen betrifft Bereiche von gegenseitigem Interesse, einschließlich Zusammenarbeit bei Steuerfragen und Statistikdiensten der beiden Organisationen, sowie wechselseitige Teilnahme an regelmäßigen Meetings und bestimmten Konferenzen und Veranstaltungen. 2012 spielte der IWF eine aktive Rolle bei der VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (UN Conference on Sustainable Development), die im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfand. Stabsmitarbeiter

des IWF gehören auch einem UN System Task Team an, das eingerichtet wurde, um den mitgliedergesteuerten Prozess, der als Folgemaßnahme zu den auf der Konferenz gemachten Zusagen in Gang gesetzt wurde, mit fachlicher Beratung und Analysen zu unterstützen. Bei diesem mitgliedergesteuerten Prozess geht es darum, die Entwicklungsagenda der VN nach 2015 (Post-2015 UN Development Agenda), einschließlich nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) für die Zeit nach dem Außerkrafttreten der Millenniums-Entwicklungsziele zu definieren.

Deauville-Partnerschaft

Der IWF beteiligt sich an der Deauville Partnership with Arab Countries in Transition, die im Mai 2011 ins Leben gerufen wurde und regionale Partnerländer, die Gruppe der Acht sowie regionale und internationale Finanzinstitutionen einschließt. Über eine eigene Deauville Partnership Coordination Platform stellen die der Partnerschaft angehörenden regionalen und internationalen Finanzinstitutionen die wirksame Unterstützung der Partnerländer sicher: Sie fördern den Informationsaustausch, das gegenseitige Verständnis und den operationellen Dialog mit den Partnerländern, sie koordinieren Monitoring und Berichterstattung zu gemeinsamen Maßnahmen zur Unterstützung der Partnerschaft und sie zeigen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei Finanzhilfe, Technical Assistance und der Arbeit an Politikmaßnahmen und Analysen. Zum Beispiel erhielten Marokko und Tunesien im Verlauf des Jahres Technical Assistance zur Entwicklung von Kapitalmärkten in Landeswährung; diese Hilfe wurde durch die Zusammenarbeit des Afrikanischen Entwicklungsfonds (African Development Fund), des Arabischen Währungsfonds (Arab Monetary Fund), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development), der Europäischen Investitionsbank (European Investment Bank), IWF und Weltbank ermöglicht.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Kapazitätsentwicklung – die Übermittlung von Fachwissen und Best Practices – ist eine Kernaufgabe des IWF und mit Überwachung und Kreditvergabe integriert. Die vom IWF vermittelte Technical Assistance und Ausbildung hilft Mitgliedsländern beim Erwerb des Rüstzeugs, das zur Gestaltung und Steuerung von nachhaltig wachstumsfördernden Politiken notwendig ist.

Zur Stärkung seines strategischen Ansatzes zur Kapazitätsentwicklung führte der IWF im Mai 2012 das IWF-Institut und das Büro für das Management der technischen Hilfe zum Institut für Kapazitätsentwicklung (Institute for Capacity Development – ICD) zusammen. Zu den wichtigsten Leistungen des ICD im ersten Jahr seines Bestehens gehörte Folgendes:

- Es wurde eine Vereinbarung zur Errichtung eines Regional Training Center (RTC), des Africa Training Institute (ATI) in Mauritius, getroffen, das die Länder Afrikas südlich der Sahara bedienen soll.⁵⁷ Das ATI wird die Ausbildung durch den IWF auf die wachsenden und speziellen Bedürfnisse der Länder südlich der Sahara ausrichten und damit das Ausbildungsvolumen der Region auf das Niveau anderer Regionen anheben. Am selben Standort wie das Africa Regional Technical Assistance Center (AFRITAC) South, wird das ATI eine engere Integration von Technical Assistance und Ausbildung ermöglichen und Verwaltungskosten sparen.
- Es wurden Vorarbeiten für ein neues regionales Zentrum für Technical Assistance (RTAC) in Ghana geleistet.⁵⁸ AFRITAC West 2 wird die vier anderen AFRITACs (in Côte d'Ivoire, Gabun, Mauritius und Tansania) ergänzen. Es soll Ende 2013 eröffnet werden und Gambia, Ghana, Kap Verde, Liberia, Nigeria und Sierra Leone bedienen. Es reiht sich als neuntes Zentrum in das weltweite Netz von RTACs ein, die eng mit den Mitgliedsländern zusammenarbeiten und durch Partnerschaften mit Gebern, den bedienten Ländern und dem IWF finanziert werden. Dank der Unterstützung vonseiten der Geber und Empfängerländer konnte die Lehrtätigkeit im Jahresverlauf in vielen RTACs intensiviert werden.
- Ein Seminar, das im Juli 2012 gemeinsam von der Österreichischen Nationalbank, Österreichs Bundesministerium für Finanzen und dem IWF veranstaltet wurde, brachte Politiker, Wissenschaftler und Vertreter internationaler Institutionen zusammen, damit sie die Lektionen der globalen Krise, einschließlich zu neuen Ausrichtungen in der Kapazitätsentwicklung, erörtern konnten. Das Seminar wurde anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Joint Vienna Institute⁵⁹ veranstaltet, das 1992 vom IWF, vier weiteren internationalen Organisationen und den österreichischen Behörden gegründet worden war.

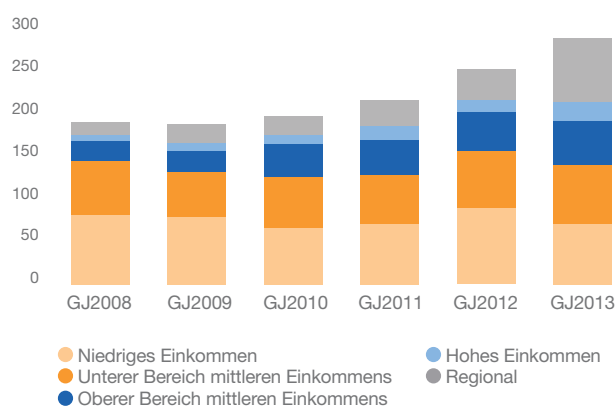
Initiativen zur Technical Assistance

Um steigendem Bedarf zu entsprechen, hat der IWF die Bereitstellung von Technical Assistance, die gemeinsam mit Gebern finanziert wird, erhöht; er will damit seinen Mitgliedsländern helfen, besser auf die globale Krise zu reagieren und institutionelle Kapazitäten zu entwickeln. Vier IWF-Abteilungen – Fiskalpolitik, Recht, Geld- und Kapitalmärkte und Statistik – sind vorrangig für die Bereitstellung der Technical Assistance verantwortlich. Die Hauptempfänger von Technical Assistance im Verlauf des Jahres waren Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (siehe Schaubild 4.4).⁶⁰

Technical Assistance für Länder, die sich für IWF-gestützte Programme qualifiziert oder annähernd qualifiziert haben, ist seit Beginn der weltweiten Krise angestiegen (siehe Schaubild 4.5). Dies kam Ländern wie Griechenland und Portugal in Form von Beratung zu Bankenabwicklung und Bankenaufsicht zugute. In Bezug auf Staatsfinanzen beriet der IWF Länder wie Zypern zur Reform der Fiskalpolitik und der Institutionen in Bereichen wie Verwaltung der Einkünfte, Steuerpolitik, Management der öffentlichen Finanzen und Ausgabenkontrolle. Er reagierte auch rasch auf neu entstandenen Bedarf, z.B. durch Beratung Griechenlands zur Rentenverwaltung und Portugals zur Rationalisierung seiner Ausgaben.

Ein Großteil der Kapazitätsentwicklung konzentriert sich auf fiskalische Fragen und die Stärkung des Finanzsektors. Die Technical Assistance für Fiskalisches besteht aus Beratungsleistungen zu fiskalischen Reformstrategien und Unterstützung wichtiger Reformen in Fiskalpolitik, Management und Institutionen. Sie ist auch auf neu entstandene fiskalische Fragen eingegangen, wie die Gestaltung fiskalischer Regeln, die Stärkung fiskalischen Risikomanagements, internationale Besteuerung (wie Festsetzung des

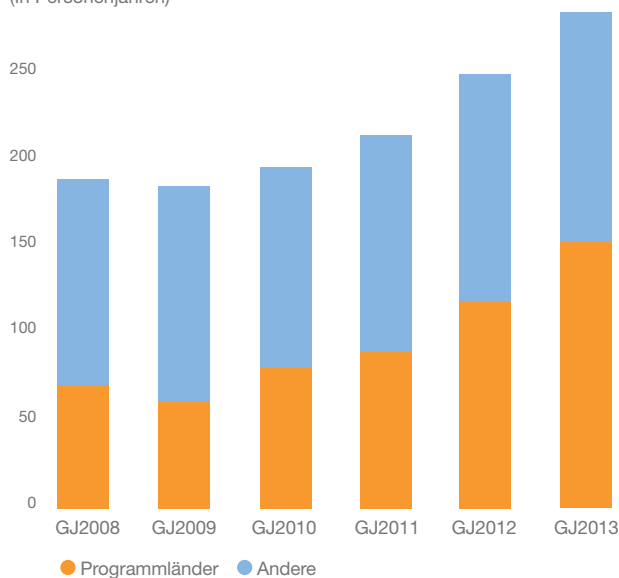
Schaubild 4.4
Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in den GJ 2008–2013 nach Länder-Einkommen
(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung mit Daten von den Abteilungen Fiskalpolitik, Recht, Geld- und Kapitalmärkte sowie Statistik.

Schaubild 4.5**Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in den GJ 2008–2013 nach Länder-Status**

(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung mit Daten von den Abteilungen Fiskalpolitik, Recht, Geld- und Kapitalmärkte sowie Statistik.

Transferpreises, Aushöhlung der Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung) sowie Management der fiskalischen Aspekte von Rohstoffregimen; der letztgenannte Bereich erfuhr einen besonders starken Anstieg der Nachfrage. Die Technical Assistance zum Finanzsektor befasst sich mit einschlägiger Beratung zu Finanzsektor, Geldpolitik, Zentralbankwesen und Schuldenmanagement. In diesem Zusammenhang wurde das Exekutivdirektorium im Lauf des Jahres über die Bestrebungen informiert, Entwicklungsländer beim Management von Staatsschulden zu unterstützen, wozu die Umsetzung des Programms des IWF zur Entwicklung der Kapazität für eine Strategie des Managements von mittelfristigen Schulden gehört. Dieses Programm führte zu einer Reihe spürbarer Ergebnisse, einschließlich der Erstellung förmlicher und expliziter Schuldenmanagementstrategien in einer Anzahl von Ländern wie Ghana, Kap Verde, Kenia, Malawi, Moldau, Mosambik und Tansania. Materielle Ergebnisse aus den Maßnahmen der Technischen Hilfe im fiskalischen Bereich sind erhöhte Steuereinkünfte (z.B. in Äthiopien, Mosambik, Peru und Uruguay) und geringere Ausgabenüberschreitungen und Rückstände (auch in Krisenländern).

Technical Assistance hat auch in der Statistik spürbare Ergebnisse gebracht, wie die erstmalige Veröffentlichung von Preisstatistiken (Bhutan und Malediven), vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Ghana, Ruanda und Uganda) sowie nationale Datenzusammenfassungen (Botswana, Mauritius, Mosambik, Tansania und Uganda). Infolge der Technical Assistance berichten mehr Länder Indikatoren zur Finanzsolidität, monetäre Daten in Standardformat sowie Daten über den Zugang zu Finanzdienst-

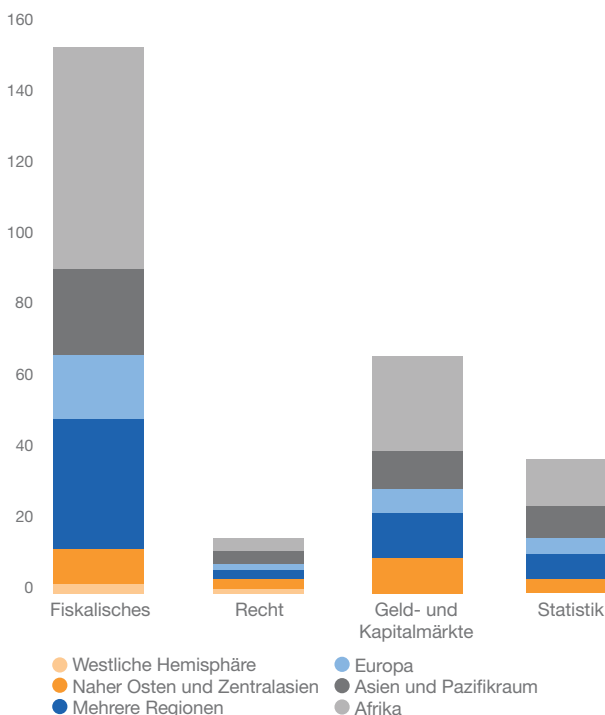
leistungen. Darüber hinaus konnten im Jahresverlauf dank der Technical Assistance sechs Länder an den GDDS teilnehmen (siehe „Standards für die Datenweitergabe“ weiter unten in diesem Kapitel).

Mitglieder ersuchen den IWF oft um Rat bei Regulierungs- und Aufsichtsfragen. Als Folge der globalen Krise leistete der IWF Beratungsdienste für krisengeschüttelte Länder zu makroprudenzieller Politik, Abwicklung von Banken und Krisenmanagement. Es besteht auch zunehmendes Interesse an der Einrichtung einer Finanzstabilitätsfunktion mit Stabilitätsberichten, Stresstests und Frühwarnsystemen. Darüber hinaus besteht Nachfrage nach Beratung zu rechtlichen Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Gesetze zu Besteuerung, Haushalt, Firmeninsolvenz und Insolvenz von Privathaushalten sowie die Effizienz der Gerichtsbarkeit waren ebenfalls Gegenstand der Beratungsleistung des IWF. Weitere Beratungsthemen waren Justizreform und Antigeldwäsche-Maßnahmen gegen Geldwäsche zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Im Lauf des Jahres leistete der IWF Technical Assistance in mehreren neuen Bereichen. Damit eine nachhaltig vertiefte Finanzkapazität – insbesondere in einkommensschwachen Ländern – möglich

Schaubild 4.6**Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort im GJ 2013 nach Fächern und Regionen**

(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung mit Daten von den Abteilungen Fiskalpolitik, Recht, Geld- und Kapitalmärkte sowie Statistik.

wird, wurde anhand von Pilotmissionen untersucht, wie schwach entwickelte Finanzsysteme sich negativ auf makroökonomische Ergebnisse sowie auf die Geldpolitik und andere Politiken auswirken können. Der IWF nutzte erstmals auch neue Analyseinstrumente, so etwa das Revenue Administration Fiscal Information Tool (RA-FIT), Diagnoseinstrumente für die Verwaltung von Einkünften sowie einen Analyserahmen für Steuerlücken (RA-GAP), der zunächst auf Mehrwertsteuern angewendet wurde. Darüber hinaus wird ein neues Capability Assessment Program (Kompetenzbewertungsprogramm) erprobt, das die institutionelle Kapazität zur Formulierung und Umsetzung solider Geld- und Fiskalpolitiken bewerten soll.

Schaubilder 4.6, 4.7 und 4.8 enthalten Daten zur Bereitstellung der Technical Assistance vor Ort nach Fächern und Regionen, zur vermehrten Unterstützung durch Geber und zur Bereitstellung der Technical Assistance vor Ort nach Fächern und Thematik.

Ausbildung

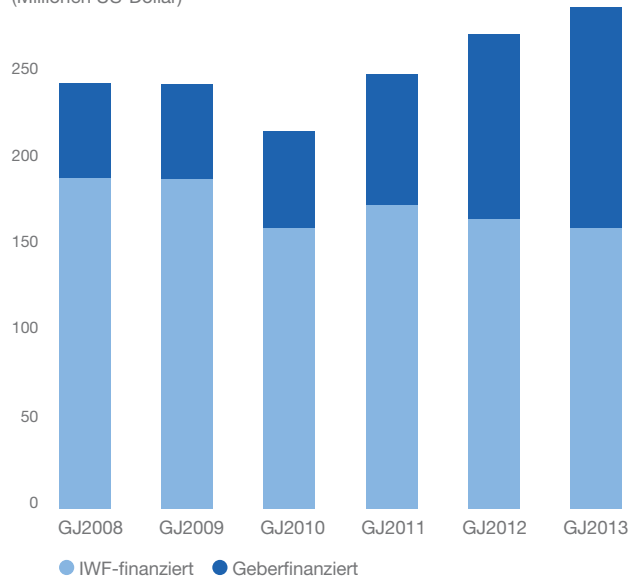
Lehrgänge und Seminare für Beamte der Mitgliedsländer sind integraler Bestandteil des IWF-Programms der Kapazitätsentwicklung. Der IWF-Stab teilt sein Fachwissen und seine Erfahrung mit zu Themen, die für wirksame makroökonomische und Finanzmarkt-Analyse und die Erstellung von Politiken von entscheidender Bedeutung sind. Die Ausbildung wird vom ICD in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen organisiert und am Hauptquartier des IWF, in den RTCs, im Rahmen regionaler Programme und in den RTACs in aller Welt sowie durch Fernlehrgänge erteilt (Schaubilder 4.9 und 4.10).

Der IWF hat zunehmend nach Möglichkeiten gesucht, die Synergien zwischen Technical Assistance und Ausbildung zu verstärken.

Schaubild 4.7

Ausweitung der Kapazitätsentwicklung mithilfe der Unterstützung von Gebern

(Millionen US-Dollar)



Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung sowie Institut für Kapazitätsentwicklung.

Ein jüngeres Beispiel hierfür ist die koordinierte Bereitstellung von Technical Assistance und Ausbildung in Afrika südlich der Sahara, die eine Modernisierung der Rahmenwerke zur Geldpolitik bringen soll.

Mit der Unterstützung externer Geber und Ausbildungspartner bot der IWF im Lauf des Jahres Ausbildung gleichbedeutend mit

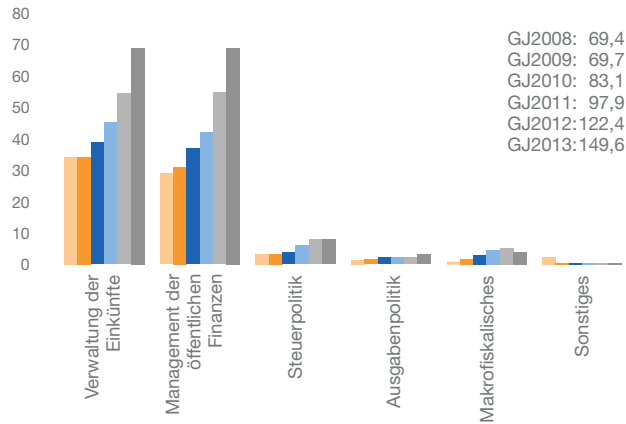
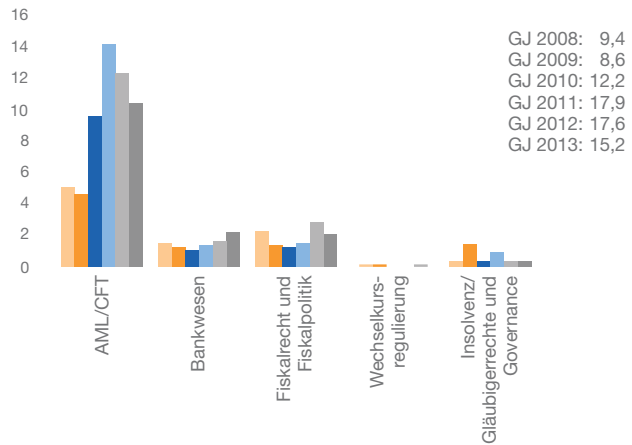
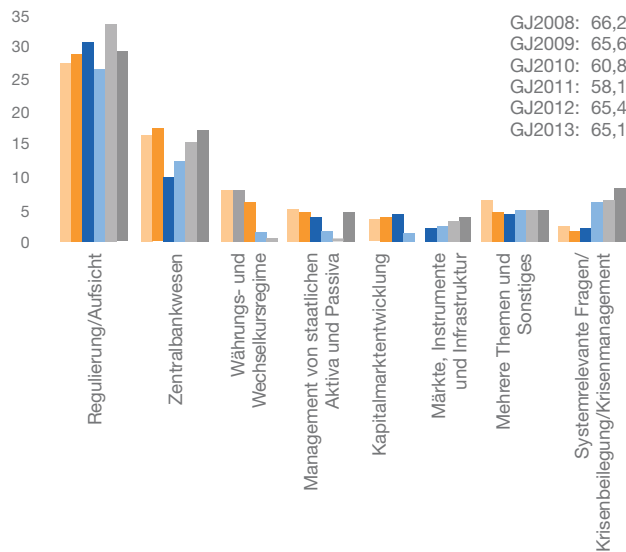
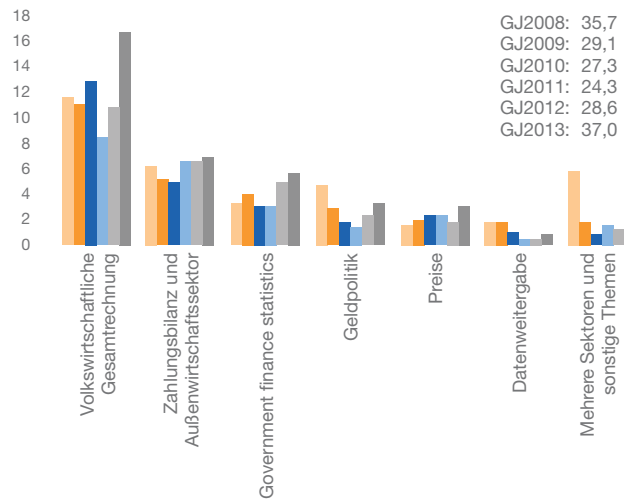
Links: Ein Grubenarbeiter in Breza, Bosnien, misst die Lufttemperatur in 450 Meter Tiefe **Rechts:** Konzentrierte Aufmerksamkeit bei einem Ausbildungsprogramm des Instituts für Kapazitätsentwicklung des IWF in Washington, D.C.



Schaubild 4.8**Bereitstellung von Technical Assistance vor Ort in den GJ 2008–2013 nach Fächern und Thematik**

(In Personenjahren)

■ GJ2008
 ■ GJ2009
 ■ GJ2010
 ■ GJ2011
 ■ GJ2012
 ■ GJ2013

Fiskalisches**Recht****Geld- und Kapitalmärkte****Statistik**

Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Hinweis: AML/CFT: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.



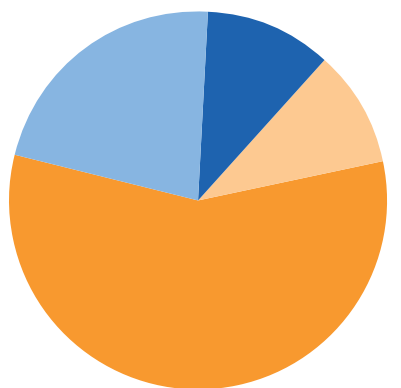
Links: Verkäuferinnen an einem Stand auf einem Gemüsemarkt in Mutsamudu, Komoren **Rechts:** Hafenarbeiter verladen von Vietnam importierte Reissäcke auf einen Lastwagen in Dili, Timor-Leste

etwas mehr als 12.000 Teilnehmerwochen an, und mehr als 7.700 Beamte nahmen an Ausbildung teil (im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr).⁶¹ Länder mit mittlerem Einkommen erhielten das größte Maß an IWF-Ausbildung mit ungefähr zwei Dritteln der gesamten im Verlauf des Jahres bereitgestellten Ausbildung (Schaubild 4.11). Auf Grund einer Zunahme der Ausbildung in der Region Naher Osten und Zentralasien in den letzten Jahren war das Ausbildungsvolumen, was die regionale

Verteilung anbetrifft, in dieser Region vergleichbar mit dem in Afrika und der Region Asien und Pazifik (Schaubild 4.12).

Die Ausbildungsinhalte des IWF werden ständig an die wechselnden Bedürfnisse der Mitgliedsländer und die Prioritäten der Institution angepasst. Zur Ergänzung seines präsenzbasierten Unterrichts bietet der IWF nunmehr auch online Lernmodule an, um mehr Teilnehmer zu erreichen und auf die starke Nachfrage

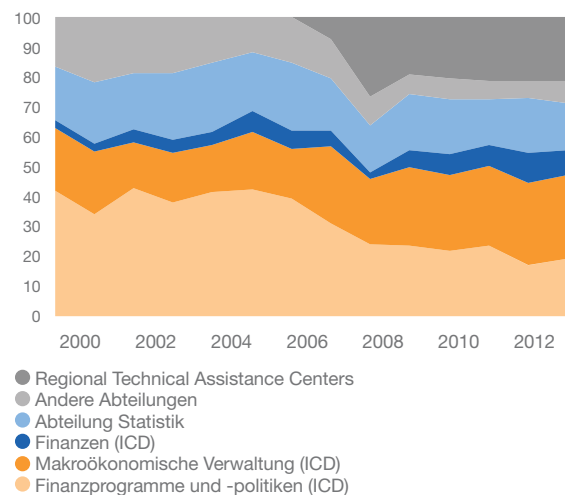
Schaubild 4.9
Ausbildung nach Abteilung, GJ 2013
(Prozentsatz der Teilnehmerwochen insgesamt)



● Institut für Kapazitätsentwicklung (57%)
● Abteilung Statistik (22%)
● Regional Technical Assistance Centers (11%)
● Andere Abteilungen (10%)

Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

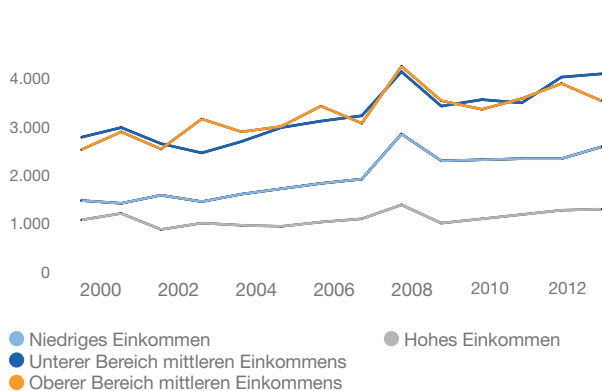
Schaubild 4.10
Ausbildung nach Anbieter, GJ 2000–2013
(Prozentsatz der Teilnehmerwochen insgesamt)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung (ICD).

Schaubild 4.11**Ausbildung nach Länder-Einkommensgruppe, GJ 2000–2013**

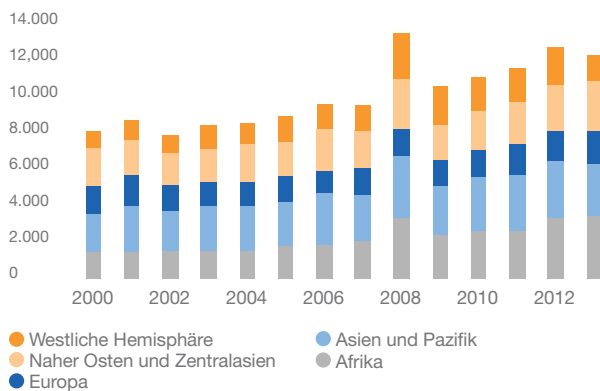
(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung

Schaubild 4.12**Ausbildung nach Region, GJ 2000–2013**

(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

zu reagieren. Dabei arbeitet der IWF mit edX zusammen, einer Non-Profit-Organisation, die vom Massachusetts Institute of Technology und der Harvard University gegründet wurde.

Externe Unterstützung

Die Unterstützung von Gebern hat es dem IWF erlaubt, die gestiegene Nachfrage nach Kapazitätsentwicklung angemessen zu befriedigen. Geber finanzierten im Lauf des Jahres Maßnahmen im Wert von mehr als 125 Mio. US\$ und damit 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Die wichtigsten Geber für die Tätigkeit der Technical Assistance waren seit 1990 Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich, die Schweiz und die Europäische Union. Der IWF nutzt die externe Unterstützung für Kapazitätsentwicklung beim Einsatz von RTACs, RTCs und regionalen Programmen, thematischen Treuhandfonds und bilateralen Partnerschaften.

RTACs ermöglichen es dem IWF, seine Technical Assistance auf den spezifischen Bedarf einer Region abzustimmen, sich enger mit anderen Dienstleistern abzusprechen und rasch auf neue Bedürfnisse zu reagieren. Es gibt acht RTACs, von denen sich vier in Afrika befinden und je eines in der Karibik, in Mittelamerika, im Nahen Osten und in der Pazifikregion. Wie bereits erwähnt soll ein neuntes RTAC in Ghana Ende 2013 seinen Betrieb aufnehmen.

Unlängst durchgeführte unabhängige Evaluierungen der Zentren in Ost- und Westafrika und in der Karibik haben bestätigt, dass die RTACs dringend benötigte Beratungsdienste in ihren jeweiligen Regionen leisten. Die Prüfer bewerteten die Leistung der Zentren in Afrika in allen Kriterien mit hervorragend bis gut und die Leistungen des Zentrums in der Karibik mit hervorragend und sehr gut. Fundraising-Kampagnen, die die RTACs mit notwendigen Ressourcen ausstatten, sodass sie die große Nachfrage

nach Technical Assistance befriedigen können, waren erfolgreich, und die meisten RTACs sind jetzt in der Lage, ihr Angebot zu erweitern.

RTCs helfen dabei, die Ausbildung auf die jeweiligen örtlichen Bedürfnisse auszurichten, und ergänzen insofern die Ausbildung am Hauptquartier des IWF. Mit dem ATI bedient das Netz aus RTCs jetzt die Regionen Afrika (einschließlich der Joint Partnership for Africa in Tunesien), Asien und Pazifikraum (IMF-Singapore Regional Training Institute und Joint China-IMF Training Program), Europa und Zentralasien (Joint Vienna Institute), den Nahen Osten (IMF-Middle East Center for Economics and Finance, mit Sitz in Kuwait) und die westliche Hemisphäre (Joint Regional Training Center for Latin America, mit Sitz in Brasilia). Die sieben RTCs werden jeweils zum Großteil vom Gastgeberland finanziert, einige erhalten jedoch auch Beiträge von anderen Gebern wie Australien, China und Japan.

Thematische Treuhandfonds steigerten ihre Tätigkeit im Verlauf des Jahres. Die „Managing Natural Resource Wealth, Tax Policy und Administration Topical Trust Funds“ unterhalten Projekte in 28 Ländern sowie eine Anzahl von regionalen Projekten und Forschungsprojekten, die weiteren IWF-Mitgliedern nützen. Ein Forschungsprojekt zum RA-FIT war hilfreich für die Erstellung einer Datenbank mit Informationen in Bezug auf Steuerverwaltung, und der „Managing Natural Resource Wealth Topical Trust Fund“ hielt Workshops zur Verwaltung von Einkünften für seit Kurzem Erdöl fördernde Länder. Die Prioritäten des South Sudan Topical Trust Fund, der im September 2012 eingerichtet wurde, sind die Kapazitätsentwicklung in der Bank of South Sudan und die Stärkung der Haushaltsaufstellung. Eine unlängst durchgeführte externe Evaluierung des thematischen Treuhandfonds „Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“

(Anti-Money Laundering/Combating the Financing of Terrorism Topical Trust Fund) verzeichnete in den ersten fünf Jahren seines Bestehens beachtliche Erfolge, insofern als 59 Projekte in 33 Ländern verwirklicht werden konnten.

Der IWF vertiefte in diesem Jahr seine bilateralen Partnerschaften mit Japan, Kanada, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, der Europäischen Union, Norwegen und Belgien, wobei jeder dieser Partner sowohl landesspezifische als auch länderübergreifende Projekte finanziert hat. Die Arbeit zur Vertiefung der Partnerschaften mit China und Korea schreitet planmäßig voran.

Japan hat seit 1990 fast die Hälfte der externen Mittel für die Technical Assistance des IWF beigesteuert. Laufende von Japan finanzierte Projekte der Technical Assistance beliefen sich im letzten Jahr auf rund 113 Mio. US\$ und bedienten 69 Länder. Kanada, der zweitgrößte Geber, unterstützte in der Karibik und in Nordafrika während des Jahres vier neue Projekte der Technical Assistance, die sich auf Bankenaufsicht und Regulierung sowie Schuldenmanagement konzentrierten. Das Vereinigte Königreich unterstützt den IWF bei der Entwicklung des Capability Assessment Program, vorläufig noch ein Pilotprogramm, das freiwillig teilnehmende Länder auf ihre Fähigkeit prüft, solide Geld- und Fiskalpolitiken zu formulieren und wirksam umzusetzen. Die Schweiz unterstützt 14 Projekte in 12 Ländern, und es laufen Gespräche zu einem neuen Hilfsprojekt in Tunesien. Die Unterstützung vonseiten der Europäischen Union hat sich als äußerst wichtig für RTACs, Topical Trust Funds und eine Reihe hauptsächlich fiskalischer Projekte erwiesen, und es wurden erhebliche Fortschritte bei der Festigung einer langfristigen strategischen Partnerschaft erzielt, die sowohl engen Dialog zu Politikmaßnahmen als auch nachhaltige Kapazitätsentwicklung in aller Welt impliziert.

Der IWF leistete im Verlauf des Jahres weiterhin gemeinsam mit der Weltbank Technical Assistance zu Finanzsektorfragen und Management der öffentlichen Finanzen. Dieser Einsatz der Technical Assistance bietet Ländern umfassende Hilfe, indem das komplementäre Fachwissen der beiden Institutionen zur Wirkung kommt.

Um auf die Kapazitätsentwicklung durch den IWF und die Geberbeiträge aufmerksam zu machen, organisierte der IWF in Zusammenarbeit mit Japan während der Jahresversammlung 2012 das Seminar „Developing Capacity: A Partnership for Sustainable Growth“. Darüber hinaus sponserte die japanische Regierung ein Video mit dem Titel „Partnerships for Change: Japan and the IMF“, das die entscheidende Rolle Japans als wichtigster Geber für die Kapazitätsentwicklung durch den IWF am Beispiel der Arbeit in Kambodscha, Kosovo und Timor-Leste darstellt. Mit der Unterstützung Japans veröffentlichte der IWF *Building Capacity: The Japan-IMF Partnership—Country Success Stories*, um die große Bandbreite an erfolgreichen Maßnahmen

der von Japan unterstützten Technical Assistance des IWF in 18 Ländern rund um die Welt zu illustrieren.

INITIATIVEN ZU DATEN UND DATENSTANDARDS

Für eine erfolgreiche Überwachung durch den IWF ist die Qualität der Daten, die die Mitgliedsländer entsprechend dem IWF-Übereinkommen bereitstellen, von größter Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang erörterte das Exekutivdirektorium im November 2012 die Bereitstellung von Daten an den IWF zu Überwachungszwecken (siehe Kapitel 3).

Standards für die Datenweitergabe

Standards für die Datenweitergabe tragen dazu bei, dass die für die Verfolgung solider makroökonomischer Politiken unverzichtbaren zeitnahen und umfassenden Statistiken verfügbar sind. Der IWF hat mehrere wichtige Schritte zur Erhöhung von Transparenz und Offenheit unternommen, so etwa die Aufstellung der freiwilligen Standards zur Weitergabe von Wirtschafts- und Finanzdaten.

Der Special Data Dissemination Standard (SDDS – spezieller Datenweitergabestandard) wurde im März 1996 aufgestellt; er gibt Mitgliedern Anleitung zur Bereitstellung ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten an die Öffentlichkeit. Das General Data Dissemination System (GDDS – Allgemeines Datenweitergabesystem) wurde im Jahr darauf eingerichtet; es gibt den Ländern ein Regelwerk an die Hand, mithilfe dessen sie ihre Bedürfnisse evaluieren und Prioritäten für die Verbesserung ihrer Statistiksysteme setzen können.⁶² 2012 wurde SDDS Plus geschaffen, um während der globalen Krise identifizierte Datenlücken anzugehen; es enthält die Standards für neun zusätzliche Datenkategorien, deren Einhaltung ein interessiertes Land bis Ende 2019 zusichert.

Der SDDS erhielt während des Geschäftsjahres keine neuen Mitglieder, sodass die Zahl der teilnehmenden Volkswirtschaften zum Jahresende unverändert bei 71 blieb. Mit der finanziellen Unterstützung Japans startete der IWF Projekte, um Entwicklungsländern in Asien, den Pazifikinseln, dem Nahen Osten und Zentralasien sowie südosteuropäischen Ländern bei der Teilnahme am GDDS zu helfen. Bislang haben die Projekte dazu geführt, dass Bosnien und Herzegowina, die Islamische Republik Iran, Komoren, Samoa, Timor-Leste und Tuvalu in diesem Jahr ihre Teilnahme am GDDS aufgenommen haben.⁶³ Zum Jahresende wurden im GDDS 108 Teilnehmerstaaten gezählt (ausgenommen Volkswirtschaften, die vom GDDS in den SDDS aufgerückt sind).⁶⁴ Heute nehmen mehr als 90 Prozent der Mitgliedsländer des IWF an GDDS oder SDDS teil.

Im Rahmen der Bestrebungen, die ersten Teilnehmer in den SDDS Plus aufzunehmen, wurde im September 2012 ein Workshop für SDDS-Teilnehmer mit systemrelevanten Finanzsektoren veranstaltet. Der Workshop befasste sich mit den Erfordernissen des

SDDS Plus in Bezug auf die neun Datenkategorien, wobei Deckung, Periodizität und Aktualität im Blickpunkt standen.

Sonstige datenbezogene Maßnahmen

Auf früheren Maßnahmen aufbauend, die seit Beginn der weltweiten Krise intensiviert wurden, arbeitete der IWF im Jahresverlauf weiterhin an der Verbesserung der Qualität der von den Mitgliedern gelieferten Daten und an der Erleichterung des Zugangs zu den von ihm produzierten und verwalteten Daten.

Neue und überarbeitete Publikationen und Datenbanken

Aktualisierung des *Government Finance Statistics Manual 2001*

Im Mai 2012 berief der IWF ein Meeting des Government Finance Statistics Advisory Committee⁶⁵ ein; dieser Ausschuss von Experten aus 14 Ländern und acht internationalen Organisationen arbeitet zusammen mit dem IWF an der Aktualisierung des *Government Finance Statistics Manual 2001* (GFSM 2001), das den Rahmen für die Kompilierung von für die Analyse relevanten Fiskalstatistiken bildet. Die Aktualisierung soll das GFSM 2001 an das System of National Accounts 2008, den internationalen Standard für die Kompilierung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, angleichen, damit eine Vereinheitlichung der makroökonomischen Datensätze erreicht werden kann. Entwürfe der überarbeiteten Kapitel wurden im Februar 2013 auf der Website des IWF zur Stellungnahme veröffentlicht. Der Eingabezeitraum endete Mitte April, und die Veröffentlichung des überarbeiteten Handbuchs ist Ende 2013 geplant.

Handbook on Securities Statistics

BIZ, EZB und IWF gaben im November 2012 gemeinsam den dritten und letzten Teil des *Handbook on Securities Statistics* heraus, in dem Aktienemissionen und -bestände behandelt werden.⁶⁶ Der erste Teil des *Handbook*, bei dem es um Emissionen von Schuldtiteln geht, wurde im Mai 2009 veröffentlicht und der zweite Teil, der Bestände an Schuldtiteln behandelt, im September 2010. Es ist das Ziel des *Handbook*, nationale und internationale Behörden bei der Erstellung relevanter, stimmiger und international vergleichbarer Wertpapierstatistiken zu unterstützen, damit diese zur Formulierung von Geldpolitik und zur Analyse der Finanzstabilität eingesetzt werden können. Das *Handbook* kann von den Websites von BIZ, EZB und IWF heruntergeladen werden.

Überarbeitung der International Financial Statistics und der Datenbank Balance of Payments Statistics

Im August 2012 veröffentlichte der IWF revidierte Fassungen seiner *International Financial Statistics* (IFS) und der Online-Datenbank Balance of Payments Statistics (BOPS).⁶⁷ Die Ausgaben für die Jahre 2005–2011 (für die jährliche Serie) haben erstmals Daten zur Zahlungsbilanz und zur internationalen Investitionposition eingeschlossen, die auf der Grundlage der sechsten Auflage des *Balance of Payments and International Investment Position Manual* (BPM6) des IWF präsentiert werden.

Herausgabe aktualisierter Umfrageergebnisse

Während des Geschäftsjahres wurden aktualisierte Daten für eine Reihe laufender IWF-Umfragen herausgegeben. Im Juni und Dezember 2012 veröffentlichte der IWF die überarbeiteten Ergebnisse für 2009 und 2010 und vorläufige Ergebnisse von 2011 des Coordinated Direct Investment Survey (CDIS).⁶⁸ Der CDIS ist die globale Erhebung des IWF zu bilateralen ausländischen Direktinvestitionspositionen⁶⁹, die seit 2009 jährlich durchgeführt wird. Im September 2012 hat der IWF auch die Ergebnisse des dritten jährlichen Financial Access Survey (FAS)⁷⁰ herausgegeben. Der FAS ist die einzige angebotsorientierte Quelle vergleichbarer geografischer und demografischer Daten über Zugang zu und Nutzung der üblichsten Finanzdienstleistungen für Verbraucher vonseiten der Haushalte und Unternehmen in der ganzen Welt.⁷¹ Im November 2012 veröffentlichte der IWF schließlich die vorläufigen Ergebnisse des Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIS) 2011⁷², der einzigen weltweiten Erhebung zu Beständen an Portfolioinvestitionen. Der CPIS sammelt Informationen zur Bestandsgröße von grenzüberschreitenden Aktien und lang- und kurzfristigen Schuldtiteln, aufgegliedert nach Sitzland des Emittenten.

Einführung von ArabStat

Im April 2013 billigte der Council of Arab Ministers formell die Einführung von ArabStat, einer regionalen Statistikinitiative, die einen wichtigen Schritt darstellt in Richtung auf eine Stärkung statistischer Systeme im Nahen Osten und Nordafrika. Auf Grund der Empfehlung der Middle East Regional Advisory Group des IWF soll ArabStat laufende Bestrebungen zum Ausbau der statistischen Kapazitäten und Systeme stärken und neue, inländische Initiativen zur Verbesserung von Datenkompilation und Datenweitergabe unterstützen. Die Einführung von ArabStat war das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen dem IWF und Behörden der Region mit dem Ziel, die Qualität der Daten zu verbessern und statistische Systeme weiterzuentwickeln.⁷³

5 FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



QUOTEN- UND GOVERNANCE-REFORM

Der IWF bestreitet seine Mittel hauptsächlich aus Quotenzeichnungen (siehe Web Box 5.1). Der Gouverneursrat führt in regelmäßigen Abständen (mindestens alle fünf Jahre) allgemeine Quotenüberprüfungen durch; damit kann der IWF die Angemessenheit der Quoten in Bezug auf den Finanzierungsbedarf seiner Mitglieder bewerten und die Quoten der Mitglieder ändern, um Veränderungen in ihrer relativen Stellung in der Weltwirtschaft Rechnung zu tragen. Quotenüberprüfungen sollen sicherstellen, dass der IWF seine Mitglieder und die wechselnde Struktur der Weltwirtschaft angemessen widerspiegelt. Die jüngste dieser Prüfungen, die Vierzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung (Fourteenth General Review of Quotas), wurde im Dezember 2010 abgeschlossen, aber die vorgeschlagenen Reformen sind noch nicht in Kraft getreten.

Fortschritte bei den Quoten- und Governance-Reformen von 2010

Mit Abschluss der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung billigte der Gouverneursrat die Quoten- und Governance-Reformen, einschließlich eines Änderungsvorschlags zum IWF-Übereinkommen in Bezug auf die Reform des Exekutivdirektoriums.

Mit Inkrafttreten der Reformen werden die Quoten auf ungefähr 477 Mrd. SZR verdoppelt, mehr als 6 Prozent der Quotenanteile auf dynamische aufstrebende Volkswirtschaften und Entwicklung-

sländer und von überrepräsentierten auf unterrepräsentierte Länder verlagert und die Quotenanteile und Stimmrechte der ärmsten Mitglieder geschützt. Darüber hinaus werden die Reformen von 2010 zu einem ausschließlich gewählten Exekutivdirektorium führen, und die gemeinsame Vertretung fortgeschrittener europäischer Volkswirtschaften in dem 24-köpfigen Direktorium wird zugunsten der aufstrebenden Volkswirtschaften um zwei Posten verringert; im Hinblick auf eine angemessenere Vertretung von Mehrländergruppen wird es zusätzliche Möglichkeiten für die Ernennung zweiter Stellvertretender Exekutivdirektoren geben.

Eine Tabelle zum Vergleich der Quotenanteile vor und nach der Umsetzung der Reformen kann auf der Website des IWF eingesehen werden.⁷⁴ Nach dem Beschluss des Gouverneursrats, der die Quotenerhöhungen unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung billigte, können die Quotenerhöhungen für die Mitglieder erst dann in Kraft treten, wenn drei allgemeine Voraussetzungen erfüllt sind: (1) Mitglieder mit insgesamt nicht weniger als 70 Prozent der Quoten mit Stand vom 5. November 2010 müssen den Quotenerhöhungen zugestimmt haben, (2) das Amendment on Voice and Participation von 2008 (oder das „Sixth Amendment“ (der „Sechste Zusatz“) zum IWF-Übereinkommen) muss in Kraft getreten sein, und (3) der 2010 vorgeschlagene Zusatz zur Reform des Exekutivdirektoriums muss ebenfalls in Kraft getreten sein.

Im Juni, September und Dezember 2012 und im April 2013 prüfte das Exekutivdirektorium die Fortschritte bei der Umset-

zung des Quoten- und Governance-Reformpakets von 2010.⁷⁵ Mit Stand vom 30. April 2013 hatten 149 Mitglieder, die insgesamt über 77,42 Prozent der IWF-Quoten (mit Stand vom 5. November 2010) verfügen, ihren vorgeschlagenen Quotenerhöhungen zugestimmt. Die erste Voraussetzung ist hiermit erfüllt. Die zweite Voraussetzung wurde im März 2011 mit Inkrafttreten des Sechsten Zusatzes im Rahmen der Quoten- und Stimmrechtsreform (Quota and Voice Reform) von 2008 erfüllt. (Dieser Zusatz führte praktisch zu einer Verdreifachung der Basisstimmen der IWF-Mitglieder und schuf einen Mechanismus, nach dem das Verhältnis von Basisstimmen zu Gesamtstimmen gleich bleibt; er sieht auch die Ernennung eines zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektors für Stimmrechtsgruppen mit einer Vielzahl an Ländern vor.⁷⁶) Die dritte Voraussetzung verlangt die Verabschiedung des Zusatzes zur Reform des Exekutivdirektoriums durch drei Fünftel der Mitglieder, die insgesamt über 85 Prozent der Stimmen verfügen. Mit Stand vom 30. April 2013 hatten 136 Mitglieder mit insgesamt 71,31 Prozent der Stimmen den Änderungsvorschlag verabschiedet, und somit ist die dritte Voraussetzung noch nicht erfüllt.

Wahl des Exekutivdirektoriums 2012

Ein neues Exekutivdirektorium des IWF trat nach der Wahl der derzeit 19 gewählten Sitze im November 2012 seine zweijährige Amtszeit an.⁷⁷ Sieben neue Exekutivdirektoren und eine Anzahl neuer Stellvertretender Exekutivdirektoren traten dem Direktorium bei, das bis zur nächsten turnusmäßigen Wahl der Exekutivdirektoren im Oktober 2014 dient.

Die Wahl markierte den Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte des Exekutivdirektoriums. Eine Anzahl europäischer

Mitglieder konsolidierte in Erwartung des Inkrafttretens der Quoten- und Governance-Reformen von 2010 ihre Vertretung im Direktorium. Belgien und Luxemburg sowie die Mitglieder des ehemaligen holländischen Sitzes bildeten einen neuen Sitz. Damit schufen Belgien und die Niederlande Raum für einen weiteren Sitz der aufstrebenden Volkswirtschaften. Dieser Sitz wurde von einem neuen Posten für Zentraleuropa belegt, dem unter anderem Österreich, die Tschechische Republik, die Türkei und Ungarn angehören. Polen und die Schweiz erklärten sich mit der Rotation eines Sitzes einverstanden, ebenso die Mitglieder der Stimmrechtsgruppe Nordeuropa-Baltikum.

Zur Leitung des Wahlverfahrens richtete das Direktorium einen Ausschuss ein. Seine Aufgabe war es, das richtige Verhältnis zu finden zwischen einer ausreichenden Änderung der Regeln, die die Konsolidierung der Mitglieder aus den fortgeschrittenen Ländern Europas ermöglicht, einerseits und der Wahrung einer angemessenen Verteilung der Stimmrechte über das ganze Direktorium andererseits. Das Exekutivdirektorium und der Gouverneursrat billigten die Empfehlungen des Ausschusses zu neuen Stimmrechtsgrenzen für Mehrländergruppen und zum Zeitplan der Wahl.

Überprüfung der Quotenformel

Jedes Mitgliedsland des IWF erhält nach der Quotenformel eine Quote zugewiesen, die seiner relativen Stellung in der Weltwirtschaft entspricht.⁷⁸ Die Quoten bestimmen die finanziellen Zusagen eines Landes an den IWF, bieten eine Entscheidungsgrundlage für den Zugang der Mitglieder zu IWF-Mitteln, legen die Anteile der Mitglieder bei allgemeinen SZR-Zuteilungen fest und sind eng mit dem Stimmengewicht der Mitglieder verknüpft.

Links: Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Naoyuki Shinohara mit der African Consultative Group bei der Frühjahrstagung 2013 **Rechts:** Der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor David Lipton spricht bei der Frühjahrstagung 2013 zur Eröffnung des Fiscal Forum



Die Quoten- und Governance-Reformen 2010 forderten eine umfassende Überprüfung der Quotenformel bis Januar 2013. Die erste formelle Direktoriumsaussprache zu dieser umfassenden Überprüfung fand im März 2012 statt.⁷⁹ Das Direktorium führte im Juli, September und November 2012 weitere formelle Gespräche zur umfassenden Überprüfung sowie ein Abschlussgespräch im Januar 2013.⁸⁰ Im Juni 2012 fand auch eine informelle Direktoriumsaussprache statt. Bei Abschluss der Überprüfung im Januar 2013 legte das Exekutivdirektorium seine Ergebnisse dem Gouverneursrat in einem Prüfbericht vor.⁸¹

Das Exekutivdirektorium stellte in seinem Bericht fest, dass bei der Benennung von Kernelementen, die die Grundlage für eine abschließende Vereinbarung zu einer neuen Quotenformel bilden könnten, wichtige Fortschritte erzielt worden seien. Man war der einhelligen Meinung, dass breiter Konsens über eine neue Formel am besten im Zusammenhang mit der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung statt in einer gesonderten Aktion erzielt werden könnte.

Der Bericht nannte Bereiche, in denen Übereinstimmung herrschte, sowie Bereiche, in denen die Direktoriumsmitglieder unterschiedlicher Ansicht waren und die deshalb weiterer Gespräche bedürften. Die Direktoriumsaussprachen deckten ein breites Themenspektrum ab. Darunter waren zum Beispiel die Leitprinzipien für die Überprüfung, die Rolle und Messung der bestehenden Variablen in der Quotenformel, das relative Gewicht der Variablen, der Spielraum zur weiteren Vereinfachung der Formel sowie der potenzielle Nutzen, der durch Hinzufügen neuer Variablen erreicht werden könnte. Eingeflossen in die Erörterungen waren eine große Vielfalt simulierter Reformalternativen sowie umfangreiche Expertenarbeit vonseiten des IWF-Stabs, u.a. zu der Frage, wie der potenzielle Bedarf an IWF-Ressourcen, wie Offenheit und Vernetzung, untersucht werden können, alternative Werte für finanzielle Offenheit sowie die Messung der Finanzbeiträge der Mitgliedsländer an die Institution erfasst werden können.

Es herrschte Einvernehmen darüber, dass die Prinzipien, die der Quoten- und Stimmrechtsreform⁸² von 2008 zugrunde lagen, eine gültige Richtlinie für die Überprüfung der Quotenformel bildeten. Die Formel sollte deshalb einfach und transparent sein, den vielfältigen Aufgaben der Quoten gerecht werden, für die Mitglieder weithin annehmbare Ergebnisse erzielen und statistisch umsetzbar sein, auf aktuellen, hochwertigen und allgemein verfügbaren Daten beruhend. Es wurde allgemein befürwortet, dass das BIP die wichtigste Variable bleiben sollte – mit dem stärksten Gewicht in der Formel und Spielraum, dieses Gewicht weiter zu erhöhen. Ein Großteil der Exekutivdirektoren sprach sich für die Erhöhung seines Gewichts aus, insbesondere bei Senkung des Gewichts der Variabilität (siehe unten); andere Exekutivdirektoren bevorzugten jedoch entweder die Beibehaltung des aktuellen Gewichts oder ein unverändertes Verhältnis von BIP und Offenheit. Man werde, so wurde angemerkt, auch

überlegen, ob die Gewichtung des nach Kaufkraftparität konvertierten BIP in der BIP-Mischvariablen angepasst werden soll.

Allgemein waren die Exekutivdirektoren auch der Auffassung, dass Offenheit, mit der die Integration eines Mitglieds in die Weltwirtschaft erfasst wird, weiterhin eine wichtige Rolle in der Formel spielen sollte und dass Bedenken zu dieser Variablen sorgfältig untersucht und angegangen werden müssten. Die Rolle der Variabilität, die den potenziellen Bedarf an IWF-Mitteln eines Mitglieds zu erfassen sucht, wurde eingehend erörtert, und viele Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, die Variabilität aus der Formel zu nehmen. Einige Exekutivdirektoren machten ihre Unterstützung für diesen Schritt abhängig von anderen Elementen eines integrierten Reformpakets, so etwa der Frage, wie ihr Gewicht umverteilt wird und ob die Maßnahmen zum Schutz der ärmsten Mitglieder angemessen sind. Manche Exekutivdirektoren sahen weiterhin einen Zweck für die Variabilität.

Das Exekutivdirektorium nahm das Ergebnis des Stabs zur Kenntnis, dass es für eine Beziehung zwischen Variabilität und tatsächlicher Nachfrage nach IWF-Mitteln wenig empirische Nachweise gebe, und dass die Benennung eines übergeordneten Wertes schwierig sei. Es gab breite Unterstützung für den Beibehalt der Reserven-Variablen mit ihrem aktuellen Gewicht, die einen Indikator für die Finanzstärke eines Mitglieds und seine Fähigkeit, Beiträge zu den Mitteln des IWF zu leisten, liefert.

Man erörterte Optionen zur Aufnahme eines neuen Wertes zu finanziellen Beiträgen in die Formel, und es gab Argumente für und gegen eine solche Reform. Man kam überein, im Rahmen der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung zu überlegen, ob und wie beträchtliche freiwillige Finanzbeiträge durch Ad-hoc-Berichtigungen berücksichtigt werden könnten.

Es herrschte allgemeines Einvernehmen darüber, dass die Formel nach wie vor einen Kompressionsfaktor enthalten sollte, der den Einfluss von Größe in der Quotenformel mäßigen hilft. Man war auch einhelliger Meinung darüber, dass Maßnahmen zum Schutz der Mitsprache und Vertretung der ärmsten Mitglieder ergriffen werden sollten.

Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung

Die nächste turnusmäßige Quotenüberprüfung des IWF – die Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung – wurde um etwa zwei Jahre auf Januar 2014 vorverlegt. Die Arbeit des Exekutivdirektoriums im Verlauf des Jahres zur Überprüfung der Quotenformel (siehe vorherigen Unterabschnitt) wird die Grundlage für das Direktorium bilden, im Rahmen der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung eine neue Quotenformel zu verabschieden. Veränderungen an den Quoten müssen vom Gouverneursrat mit einer 85-prozentigen Mehrheit der gesamten Stimmrechte gebilligt werden; außerdem kann die Quote eines Mitglieds nicht ohne seine Zustimmung geändert werden.⁸³



Links: Voll besetzte Pressekonferenz bei der Jahrestagung 2012

Rechts: Der japanische Finanzminister Koriki Jojima (links), Weltbankpräsident Jim Yong Kim (Mitte) und die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde (rechts) besuchen im Oktober 2012 die vom Erdbeben beschädigte Stadt Sendai in Japan

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Ressourcen für die Vergabe von Mitteln an Mitglieder

Der IWF kann seine quotenfinanzierten Währungsbestände finanziell starker Volkswirtschaften heranziehen, um seinen Mitgliedern Mittel bereitzustellen. Das Exekutivdirektorium wählt diese Währungen alle drei Monate auf der Grundlage der Zahlungsbilanz- und Reservenpositionen seiner Mitglieder aus. Die meisten kommen von fortgeschrittenen Volkswirtschaften, aber es finden sich auch Währungen aufstrebender Volkswirtschaften und in einigen Fällen einkommensschwacher Länder auf der Liste. Die Bestände des IWF in diesen Währungen sowie seine eigenen SZR-Bestände ergeben zusammen die verwendbaren Mittel. Bei Bedarf kann der IWF diese Ressourcen vorübergehend durch die Aufnahme von Krediten ergänzen – durch seine ständigen Kreditvereinbarungen und durch bilaterale Vereinbarungen.

Kreditvereinbarungen

Der IWF unterhält zwei ständige Kreditlinien, die General Arrangements to Borrow (GAB – Allgemeine Kreditvereinbarungen) von 1962 sowie die New Arrangements to Borrow (NAB – Neue Kreditvereinbarungen) von 1998. Diesen Vereinbarungen zufolge stehen eine Anzahl von Mitgliedsländern oder ihre Institutionen bereit, dem IWF durch Aktivierung der Vereinbarungen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die NAB sind ein Satz von Kreditvereinbarungen zwischen dem IWF und 38 Mitgliedsländern und Institutionen,⁸⁴ einschließlich einer Anzahl von aufstrebenden Volkswirtschaften. Sie wurden im März 2011 um neue Teilnehmer erweitert, um die vorhandenen Ressourcen zur Mittelvergabe aufzustocken. Gleichzeitig wurde die für jedes Darlehen getrennt bestimmte Aktivierung unter

den ursprünglichen NAB durch allgemeine Aktivierungsperioden von bis zu sechs Monaten ersetzt. Einmal aktiviert, können die NAB bis zu 366,5 Mrd. SZR (553 Mrd. US\$) an zusätzlichen Mitteln bereitstellen.

Die erweiterten NAB traten im März 2011 in Kraft und wurden erstmals im April 2011 aktiviert. Die NAB wurden während des Geschäftsjahres zweimal für den längstmöglichen Zeitraum von sechs Monaten aktiviert: im Oktober 2012 und April 2013.

Die GAB ermöglichen dem IWF die Entleiher bestimmter Beträge an Währungen von elf fortgeschrittenen Volkswirtschaften (oder ihren Zentralbanken). Ein Antrag unter den GAB darf aber nur dann gestellt werden, wenn ein Gesuch um eine Aktivierungsperiode unter den NAB von den NAB-Teilnehmern abgelehnt wird.

Die GAB und eine entsprechende Kreditvereinbarung mit Saudi-Arabien wurden für eine Laufzeit von fünf Jahren ab dem 26. Dezember 2013 ohne Veränderung verlängert. Die potenzielle Kreditsumme, die dem IWF unter den GAB zur Verfügung steht, beläuft sich auf 17 Mrd. SZR (26 Mrd. US\$), und weitere 1,5 Mrd. SZR (2,3 Mrd. US\$) sind unter der entsprechenden Vereinbarung mit Saudi-Arabien abrufbar. Die GAB wurden zehnmal, zuletzt 1998 aktiviert.

Bilaterale Kreditvereinbarungen

Seit Beginn der globalen Krise unterzeichnete der IWF eine Anzahl bilateraler Vereinbarungen mit öffentlichen Kreditgebern zu Darlehen und Kauf von Schuldtiteln, um seine Quotenmittel und ständigen Kreditvereinbarungen zu ergänzen. Die erste Runde bilateraler Kredite wurde in den Jahren 2009/2010 aufgenommen; diese Mittel wurden zur Finanzierung von Zusagen unter IWF-gestützten Vereinbarungen verwendet, die vor der ersten Aktivierung der erweiterten NAB gebilligt worden

waren. Die Verwendung der bilateralen Kreditmittel von 2009/2010 wurde im April 2013 eingestellt, und die restlichen nicht gezogenen, aber zugesagten Beträge, die ursprünglich über diese Kredite finanziert werden sollten, werden stattdessen mit Quotenmitteln bestritten.

Im Juni 2012 billigte das Exekutivdirektorium Modalitäten für die bilaterale Kreditaufnahme des IWF.⁸⁵ Vorbild waren die Modalitäten für die bilaterale Kreditaufnahme in den Jahren 2009/2010 und für die erweiterten NAB. Sie sehen vor, dass der IWF neue Vereinbarungen erst dann nutzt, wenn er die bestehenden Mittel, die ihm durch Quoten oder NAB zur Verfügung stehen, fast vollständig zugesagt hat. Die Ansprüche der Mitglieder gegenüber dem IWF unter den Vereinbarungen können als Teil ihrer internationalen Reserven gerechnet werden, und der IWF wird gezogene Beträge mit Zinsen zurückzahlen.

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Wirtschafts- und Finanzlage im Euroraum sagten während des Jahres 38 Länder eine Aufstockung der IWF-Ressourcen um 461 Mrd. US\$ durch bilaterale Kreditvereinbarungen zu.⁸⁶ Das Exekutivdirektorium billigte Vereinbarungen im Oktober 2012 sowie im Januar, Februar und April 2013. Mit Stand vom 30. April 2013 hatte das Exekutivdirektorium 21 dieser Vereinbarungen gebilligt, von denen 18 abgeschlossen und in Kraft getreten sind; ihr Gesamtvolumen beträgt 350 Mrd. US\$.

Vereinbarungen zur Unterstützung der Kreditvergabe an einkommensschwache Länder

Nach der Reform seiner konzessionären Kreditfazilitäten 2009 startete der IWF eine Fundraising-Kampagne, um weitere bilaterale Kreditmittel und Subventionsbeiträge zur Stützung der konzessionären Mittelvergabe unter dem PRGT zu beschaffen. Mit 13 Mitgliedern wurden zu diesem Zweck Kreditvereinbarungen (loan agreements) oder Anleihenabkommen (note purchase agreements) unterzeichnet. Der IWF schloss während des Jahres eine weitere bilaterale Kreditvereinbarung (borrowing agreement) mit der Belgischen Nationalbank; danach verpflichtet sich Belgien, den PRGT mit bis zu 350 Mio. SZR (540 Mio. US\$) an neuen Kreditmitteln für einkommensschwache Länder auszustatten.⁸⁷ Damit stiegen die zusätzlichen Ressourcen für die konzessionäre Mittelvergabe auf insgesamt 9,81 Mrd. SZR (14,81 Mrd. US\$) mit Stand vom 30. April 2013.

Der Goldverkauf und das neue Einkommensmodell

Goldverkauf

Das Einkommensmodell für den IWF, das 2008 gebilligt worden war, umfasst die Einrichtung einer Dotation auf dem Investment Account des IWF, das mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände der Institution finanziert wird.

Ziel des Kontos ist es, diese Ressourcen zu investieren und mit dem erwirtschafteten Einkommen zur Unterstützung des IWF-Haushalts beizutragen und gleichzeitig den langfristigen Realwert der Dotation aufrechtzuerhalten. Das Exekutivdirektorium kam im Juli 2009 überein, dass der Erlös aus dem Goldverkauf teilweise auch für eine Aufstockung der Ressourcen des IWF zur konzessionären Kreditvergabe an einkommensschwache Länder eingesetzt werden sollte.

Das Direktorium billigte im September 2009 den Verkauf von 403,3 Tonnen Gold, was einem Achtel der gesamten Goldbestände des IWF entsprach. Die Goldverkäufe, die im Oktober 2009 aufgenommen und im Dezember 2010 abgeschlossen wurden, erzielten einen Gesamterlös von 9,54 Mrd. SZR. Davon entfallen 2,69 Mrd. SZR auf den Buchwert des Goldes und 6,85 Mrd. SZR auf den Gewinn. Alle Verkäufe basierten auf Marktpreisen, die über den 2008 veranschlagten 850 US\$ pro Unze lagen, als das Exekutivdirektorium das überarbeitete Einkommensmodell billigte. Der tatsächliche Verkaufspreis lag im Durchschnitt bei 1.144 US\$ pro Unze, was zu einem unerwarteten Mehr („Windfall“) an Gewinn führte. Das Exekutivdirektorium beschloss, von den 6,85 Mrd. SZR Gewinn aus dem Goldverkauf 4,4 Mrd. SZR in die Sonderrücklage des IWF einzugliedern; die verbleibenden 2,45 Mrd. SZR des Windfall-Gewinns wurden den allgemeinen Reserven zugeschlagen, bis über ihre letztendliche Verfügung entschieden wird.

Im Rahmen eines Finanzierungspakets für einkommensschwache Länder für den Zeitraum 2009–2014 billigte das Exekutivdirektorium im Februar 2012 die Auszahlung von 700 Mio. SZR (1,1 Mrd. US\$) der 2,45 Mrd. SZR an seine Mitglieder. Die Auszahlung soll erst dann in Kraft treten, wenn zufriedenstellende Zusicherungen vonseiten der Mitglieder eingehen, dass mindestens 90 Prozent des ausgezahlten Betrags – d.h. 630 Mrd. SZR (978 Mio. US\$) – dem PRGT zur Verfügung gestellt werden.⁸⁸ Diese Schwelle wurde im Oktober 2012 erreicht, und die Auszahlung erfolgte noch im selben Monat.⁸⁹ Der IWF sucht weitere Beiträge von den restlichen Mitgliedern, um seine Kapazitäten für die konzessionäre Kreditvergabe zu maximieren.

Das Direktorium erörterte 2011 bei verschiedenen Anlässen die Verwendung des restlichen Teils des Windfall-Gewinns aus dem Goldverkauf von 1,75 Mrd. SZR (2,7 Mrd. US\$). Die Exekutivdirektoren besprachen drei wesentliche Optionen: die Erleichterung von Beiträgen zur Aufstockung der konzessionären Kreditvergabekapazität für einkommensschwache Länder, Erhöhung der Risikorücklagen des IWF und Erhöhung der Gold-Dotation. Im September 2012 billigte das Direktorium die Auszahlung des restlichen Windfall-Gewinns, um zur Nachhaltigkeit des PRGT beizutragen (siehe Kapitel 4).

Neue Regeln und Vorschriften für das Investment Account

Wie im vorhergehenden Abschnitt erläutert, enthielt das 2008 gebilligte Einkommensmodell für den IWF die Einrichtung einer Dotation auf dem Investment Account des IWF, was eine Ausweitung der Investitionsbefugnis des IWF erforderte. Der fünfte Zusatz

zum IWF-Übereinkommen, der im Februar 2011 in Kraft trat, billigte diese Ausweitung. Nach einer Reihe von Gesprächen zur Ausweitung des Investitionsmandats (u.a. im Juni 2012 und Januar 2013) beschloss das Exekutivdirektorium im Januar 2013 einen Satz neuer Regeln und Vorschriften für das Investment Account.⁹⁰ Sie treten an die Stelle der Regeln, die das Direktorium 2006 verabschiedet hatte, und bilden den rechtlichen Rahmen für die Umsetzung der erweiterten Investitionsbefugnis.

Nach den neuen Regeln und Vorschriften hat das Investment Account drei Unterkonten – Subaccounts für „Fixed Income“, „Endowment“ und „Temporary Profits“ (Unterkonten für festverzinsliche Einkünfte, Dotation und zeitweilige Windfall-Gewinne) –, die jeweils ein unterschiedliches Anlageziel verfolgen. Die Regeln und Vorschriften bieten starken Schutz gegen tatsächliche oder scheinbare Interessenkonflikte, indem sie eine deutliche Aufgabentrennung zwischen Exekutivdirektorium, Geschäftsführung des IWF und externen Managern fordern und bestimmte Investitionstätigkeiten, die aufgrund ihrer Charakteristiken unter Umständen zum Anschein von Interessenkonflikten führen könnten, verbieten.

Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Einkommen

Gebühren

Vorbehaltlich der Investition der in der Dotation (siehe vorhergehenden Unterabschnitt) gehaltenen Ressourcen, die phasenweise über drei Jahre erfolgen soll, ist die Haupteinkommensquelle des IWF nach wie vor seine Kreditvergabebetätigkeit. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag.⁹¹ Der Aufschlag wird nach einer vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel zur Festsetzung des Grundgebührensatzes bestimmt. Die Regel gilt ab dem GJ 2013 und ist ein wichtiger Schritt zur vollständigen Umsetzung des neuen Einkommensmodells; danach wird der Aufschlag so festgelegt, dass er die Vermittlungsgebühren des IWF im Zusammenhang mit der Kreditvergabe deckt und den Aufbau von Reserven ermöglicht. Darüber hinaus enthält die neue Regel eine Gegenprüfung, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz adäquat an die Marktkonditionen für langfristige Kredite angeglichen ist. Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 beschloss das Direktorium, den Aufschlag auf den Gebührensatz bei 100 Basispunkten zu belassen.

Bei großen Kreditsummen (mehr als 300 Prozent der Quote eines Mitglieds) in den Kredittranchen⁹² und unter Erweiterten Kreditvereinbarungen (Extended Arrangements) werden niveaubasierte Aufschläge von 200 Basispunkten erhoben. Der IWF erhebt zudem zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf den Einsatz großer Kreditsummen (mit dem gleichen Grenzwert wie oben), die mehr als 36 Monate überfällig sind.

Neben den regelmäßig fälligen Gebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Bearbeitungsgebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem GRA wird eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie Stand-By Arrangements, Vereinbarungen im Rahmen der Extended Credit Line, der Flexible Credit Line sowie der Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte auf zugesagte Beträge von über 200 Prozent und bis zu 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von über 1.000 Prozent der Quote. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Entsprechend den Elementen des neuen Einkommensmodells beschloss das Direktorium, im GJ 2013 die langjährige Praxis wieder einzuführen, dem GRA die Kosten für die Verwaltung des PRGT zurückzuerstatten..

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Vergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der wiederum dem aktuellen Zinssatz für IWF-Darlehen entspricht.

Wie bereits weiter oben in diesem Kapitel ausgeführt, kann der IWF seine Quotenmittel zeitweilig über ständige Kreditvereinbarungen und bilaterale Vereinbarungen ergänzen. Mit Stand vom 30. April 2013 hielt der IWF Mittel in Höhe von 46 Mrd. SZR (69 Mrd. US\$), die er von Mitgliedern durch bilaterale Kredite und Anleihenabkommen sowie durch die erweiterten NAB entliehen hatte.

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze des IWF werden nach einem Mitte der 1980er-Jahre aufgestellten Lastenteilungsmechanismus angepasst, dem zufolge die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Gläubiger- und Schuldner-Mitgliedern verteilt werden. Vierteljährliche Zinsgebühren, die sechs Monate oder länger überfällig (unbezahlt) sind, werden durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes wieder eingeholt (Lastenausgleichsberichtigungen). Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der überfälligen Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2013 lagen die Anpassungen für überfällige vierteljährliche Zinsgebühren im Durchschnitt unter einem Basispunkt, was den Anstieg der ausstehenden IWF-Kredite infolge der weltweiten Krise und einen ähnlichen Anstieg in den Reservetranchenpositionen der Mitglieder widerspiegelt. Die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze lagen im GJ 2013 bei durchschnittlich 1,09 bzw. 0,09 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF belief sich im GJ 2013 auf 2,0 Mrd. SZR (3,0 Mrd. US\$), was hauptsächlich auf die Einkünfte aus der intensiven Finanzierungstätigkeit und aus den Investitionen im Investment Account zurückzuführen ist.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Im April 2012 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015 Nettoverwaltungs Ausgaben für das GJ 2013 von insgesamt 997 Mio. US\$ sowie eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.159 Mio. US\$ (siehe Tabelle 5.1).⁹³ Darüber hinaus billigte das Exekutivdirektorium im GJ 2013 die Verwendung von 41 Mio. US\$ aus dem Vortrag unangetasteter Mittel aus dem GJ 2012. Es billigte auch Kapitalausgaben in Höhe von 388 Mio. US\$, die in erster Linie

mit einem mehrjährigen Renovierungsprojekt des in die Jahre gekommenen Gebäudes HQ1 am Hauptquartier des IWF zusammenhängen (Kasten 5.1).

Die Arbeit des IWF war im Jahresverlauf weiterhin von der anhaltenden globalen Krise beeinflusst, und der Haushalt zielte darauf ab, die aktive Rolle der Institution bei den globalen Bestrebungen zur Wiederherstellung der Finanzstabilität zu unterstützen. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die realen Ausgaben insgesamt unverändert, abgesehen von einer Sonderzuweisung für die Jahresversammlung 2012, und enthielten nach wie vor eine vorübergehende Zuweisung in Höhe von 53 Mio. US\$ für krisenbedingten Bedarf.

Die tatsächlichen Nettoverwaltungs Ausgaben im GJ 2013 beliefen sich auf 948 Mio. US\$ und fielen damit um 50 Mio. US\$ niedriger aus als veranschlagt; dies ist insbesondere auf geringere Personalausgaben und unangetastete Sonderrücklagen zurückzuführen, die im GJ 2013 aufgrund der erhöhten Risiken und der zu der Zeit besonders ungewissen Aussichten höher angesetzt worden waren. Der tatsächliche Kapitaleinsatz für Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnik (IT) belief sich auf insgesamt 89 Mio. US\$ und entsprach damit weitgehend dem Haushaltsplan. Die wichtigsten Projekte für Gebäudeeinrichtungen waren die Renovierung des Concordia-Gebäudes und die vorbereitenden Maßnahmen für das Renovierungsprojekt am HQ1 (siehe Kasten 5.1). IT-Investitionen konzen-

Tabelle 5.1

Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2012–2016

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2012		GJ 2013		GJ 2014	GJ 2015	GJ 2016
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
VERWALTUNGS AUSGABEN							
Personal	820	799	835	802	862	867	869
Reisekosten ¹	112	105	125	119	123	124	129
Gebäude und sonstige Ausgaben	181	178	181	180	190	192	194
Rücklagen für Eventualfälle	11	—	18	—	12	11	11
HAUSHALTS AUSGABEN INSGESAMT, BRUTTO							
	1.123	1.082	1.159	1.102	1.186	1.195	1.203
Einnahmen ²	–138	–136	–161	–154	–179	–172	–171
HAUSHALTS AUSGABEN INSGESAMT, NETTO							
	985	947	997	948	1.007	1.023	1.032
Vortrag ³	34	—	41	—	42		
HAUSHALTS AUSGABEN INSGESAMT, EINSCHLIESSLICH VORTRAG							
	1.019	947	1.038	948	1.049	1.023	1.032
KAPITAL AUSGABEN							
Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnik	162	44	388	89	41	46	44

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2013 und GJ 2016 enthalten Reisekosten für Jahresversammlungen im Ausland.

² Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.

³ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehenden Regeln.

Kasten 5.1**Gebäuderenovierungen**

HQ1. Die Renovierung des annähernd 40 Jahre alten HQ1-Gebäudes (das ältere der beiden Gebäude am Hauptquartier des IWF in Washington, D.C.) konzentriert sich auf die Erneuerung zentraler Gebäudesysteme, was für Sicherheit und effizientere Energienutzung sorgen soll. Nach der Billigung des Vorhabens durch das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2012 bis 2014 begannen Architekten und Ingenieure mit der Konzeption der Renovierung. Das Konzept, das im April 2011 von der Geschäftsführung des IWF genehmigt wurde, berücksichtigt bei der Verteilung wichtiger Räumlichkeiten und Büros die operationellen Erfordernisse des IWF. Der Bauauftrag wurde im Ausschreibungsverfahren vergeben, und die bereits vom Direktorium genehmigten Mittel wurden zur Durchführung des Vorhabens freigegeben. Die Reparaturen und Renovierungsarbeiten begannen im Frühjahr 2013 und werden im Lauf von vier Jahren ausgeführt.

Concordia. Im November 2011 begann die Renovierung des 46 Jahre alten Concordia-Gebäudes, das hauptsächlich Teilnehmern an den Lehrgängen des Instituts für Kapazitätsentwicklung als Wohneinrichtung dient. Die alternde Infrastruktur des Gebäudes soll modernisiert und ersetzt werden, mit dem Ziel, ein moderneres, energieeffizientes und nachhaltiges Gebäude zu erhalten. Nach seiner Fertigstellung wird das Gebäude die Zertifizierung Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) in Gold für Design und Konstruktion bekommen und soll mit der LEED-Zertifizierung in Platin für laufenden Betrieb und Instandhaltung ausgezeichnet werden. Das Gebäude wurde im April 2013 wiedereröffnet und beherbergt wie früher Teilnehmer an IWF-Lehrgängen.

trierten sich auf die Verbesserung von Stabilität und Verwendbarkeit von Kernsystemen, einschließlich fortlaufender Investitionen in Informations- und Datenmanagementinitiativen sowie IT-Sicherheit.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF in Übereinstimmung mit den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards – IFRS) und nicht nach der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung von Haushaltsausgaben verbucht. Diese Standards verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Sozialleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer

Bewertungen. Tabelle 5.2 enthält einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungshaushalts in Höhe von 948 Mio. US\$ und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 751 Mio. SZR (1.135 Mrd. US\$), die im geprüften Finanzausweis des IWF erscheinen.

Im April 2013 verabschiedete das Direktorium den Haushalt für das GJ 2014 und bewilligte Verwaltungsausgaben von netto 1.007 Mio. US\$ mit einer Obergrenze für Bruttoverwaltungsausgaben bei 1.186 Mio. US\$ sowie bis zu 42 Mio. US\$ Vortrag aus unangetasteten Mitteln des GJ 2013. Zum zweiten Mal in Folge blieb die Obergrenze für Nettoverwaltungsausgaben real

Tabelle 5.2**Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben**

(Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2013	948
Zeitliche Verschiebungen	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	213
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre	47
Nicht im Verwaltungshaushalt enthaltene Beträge	
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß International Financial Reporting Standards verbuchte Posten	8
Rückerstattung an das General Department (von Poverty Reduction and Growth Trust, Post-Catastrophe Debt Relief Trust und Abteilung Sonderziehungsrechte)	-81
IM GEPRÜFTEN ABSCHLUSSBERICHT AUSGEWIESENE VERWALTUNGSAUSGABEN, INSGESAMT	1.135
MERKPOSTEN:	
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	751

Quellen: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen US\$/SZR-Wechselkurs während des GJ 2013 von ungefähr 1,51.

unverändert gegenüber dem Vorjahr. Der Kapitalhaushalt wurde mit 41 Mio. US\$ angesetzt; davon entfallen ungefähr 24 Mio. US\$ auf IT-Investitionen, der Rest ist für Gebäudeeinrichtungen geplant. Das Direktorium billigte darüber hinaus vorläufige Haushalte für die Geschäftsjahre 2015 und 2016.

Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016 wurde innerhalb des strategischen Planungsrahmens des IWF formuliert, der einen allgemeinen Ausgabenrahmen und eine Mittelzuweisung enthält, mit der sichergestellt wird, dass die in der *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin (siehe Kapitel 4) genannten Prioritäten der Institution erfüllt werden. Innerhalb des unveränderten Haushaltsrahmens wurde durch interne Neuausrichtung von Ressourcen neuem Bedarf und neuen Aktivitäten Rechnung getragen, und es wurden Mittel freigemacht – z.B. zu verstärkter Unterstützung für die politischen Veränderungen und Reformen in der Region Naher Osten und Nordafrika sowie für bilaterale Überwachung und Programmarbeit. Diese Umverteilung führte u.a. zu einer gewissen Verschlinkung multilateraler Überwachungsprodukte und anderer Analysearbeiten sowie Einsparungen bei anderen Haushaltsposten, die sich aus jüngsten Veränderungen interner Regeln und Verfahrensweisen ergaben. Die vorübergehenden krisenbezogenen Mittel sind im Haushalt für das GJ 2014 genauso hoch wie im GJ 2013 (53 Mio. US\$); Höhe und Zusammensetzung zeitweiliger Finanzierungen werden im Zusammenhang mit dem Haushaltszyklus für das GJ 2015 neu geprüft.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF (auch als Treuhänder) fielen von 1.301 Mio. SZR (2.017 Mio. US\$) Ende April 2012 auf 1.298 Mio. SZR (1.959 Mio. US\$) Ende April 2013 (Tabelle 5.3). Auf den Sudan entfielen rund 76 Prozent der verbleibenden Rückstände und auf Somalia und Simbabwe 18 bzw. sechs Prozent. Alle Rückstände gegenüber dem IWF mit Stand vom Ende April 2013 waren längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig): Ein Drittel entfiel auf überfällige Tilgung, die anderen beiden Drittel auf überfällige Gebühren und Zinsen. Mehr

als vier Fünftel der Rückstände betrafen den GRA, der Rest betraf den Treuhandfonds und den PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Die allgemeine SZR-Zuteilung im August 2009 machte es möglich, dass alle hartnäckigen Fälle in der SZR-Abteilung mit ihren Zahlungen auf dem Laufenden bleiben konnten.

Unter der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände wurden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um langfristige Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres hatten Somalia und Sudan abermals keine Berechtigung zur Nutzung von Mitteln aus dem GRA. Simbabwe darf erst dann Mittel aus dem GRA in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der Technical Assistance und die Streichung von der Liste PRGT-berechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawbes Rückständen gegenüber dem PRGT weiterhin bestehen. Im Oktober 2012 beschloss das Exekutivdirektorium, die Technical Assistance für Simbabwe in bestimmten Bereichen fortzuführen.

Prüfungsverfahren

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC), der nach der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Das EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsbürger verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen

Tabelle 5.3

Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art, mit Stand vom 30. April 2013

(Millionen SZR)

	Insgesamt	Nach Art		
		Allgemeine Abteilung (einschl. Strukturanpassungsfazität)	Trust Fund	Poverty Reduction and Growth Trust
Simbabwe	82,2	—	—	82,2
Somalia	233,8	225,6	8,2	—
Sudan	982,1	900,6	81,5	—
Insgesamt	1.298,1	1.126,1	89,8	82,2

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.



Links: Der Vorsitzende des IMFC Tharman Shanmugaratnam spricht auf der Frühjahrstagung 2013 **Rechts:** Der Direktor der Abteilung Personalwesen Mark Plant spricht bei einer öffentlichen Diskussionsrunde im März 2013 am Hauptquartier des IWF vor den Mitarbeitern des Stabs

Sektor oder von Universitäten mit. Das EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Es kommt jedes Jahr in Washington, D.C., zusammen, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2013 waren Arfan Ayass (Vorsitz), Gonzalo Ramos und Jian-Xi Wang.

Externe Prüfungsgesellschaft

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Abgabe des Prüfgutachtens über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert das EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme. Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Derzeit ist Deloitte & Touche LLP die externe Prüfungsgesellschaft des IWF. Sie stellte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk über die Finanzausweise des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2013 aus.

Büro für interne Revision und Inspektion

Die interne Revisionsfunktion obliegt dem Office of Internal Audit and Inspection (OIA – Büro für interne Revision und Inspektion), das unabhängig Untersuchungen über die Effektivität der Verfahren

des IWF bei Risikosteuerung, Kontrolle und Governance durchführt. Die Revisionstätigkeit des OIA umfasst den IWF-Stab, das Exekutivdirektorium, die Büros der Geschäftsführenden Direktorin sowie das Unabhängige Evaluierungsbüro und dessen Mitarbeiter.

Im Lauf des Jahres schloss das OIA zehn Audits und Prüfungen ab und machte beträchtliche Fortschritte bei drei weiteren Prüfungen in den folgenden Bereichen: Finanzprüfungen zur Angemessenheit der Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Finanzwerte und Konten des IWF; Prüfungen der Informationstechnik zur Bewertung der Angemessenheit des IT-Managements und der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen; operationelle und Wirksamkeitsprüfungen von Arbeitsprozessen, den damit zusammenhängenden Kontrollmechanismen und der Wirksamkeit der Abläufe zur Verwirklichung der Gesamtziele des Fonds. Darüber hinaus schloss das OIA fünf Beratungsprüfungen ab und wirkte an einer internen Ermittlung mit.

Unabhängig von seiner Funktion als interne Revision dient das OIA auch als Sekretariat to the Advisory Committee on Risk Management (Sekretariat für den Beratungsausschuss zum Risikomanagement). In dieser Kapazität koordiniert das OIA die Erstellung eines jährlichen Risikomanagementberichts an das Direktorium und unterstützt informelle Briefings des Direktoriums zum Risikomanagement.

Nach Maßgabe bestmöglicher Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und an das EAC, womit seine Objektivität und Unabhängigkeit gewährleistet bleiben. Die Qualität der OIA-Tätigkeit wurde im Dezember 2012 von einem unabhängigen Evaluierungsteam des Institute of Internal Auditors bewertet, das dem OIA die Einhaltung aller geltenden professionellen Standards bescheinigte.

Das Direktorium wird über die Arbeit des OIA zweimal pro Jahr mittels eines Tätigkeitsberichts informiert, der Informationen zu den geplanten Audits und Prüfungen des OIA sowie die Ergebnisse

und den Status von Prüfungsempfehlungen enthält, und das Direktorium erhält alle Prüfberichte zur Kenntnisnahme. Das jüngste informelle Direktoriums-Briefing zu diesen Themen mit Stand zum Ende des Geschäftsjahres fand im Januar 2013 statt. Es wurden keine wesentlichen Schwächen aufgedeckt, die irgendeine Auswirkung auf die interne Kontrollstruktur und die Finanzausweise des IWF haben würden. Die Umsetzungsquote für Prüfungsempfehlungen in der ersten Hälfte des GJ 2013 verbesserte sich insgesamt gegenüber GJ 2012, lag aber noch etwas hinter den früheren Jahren zurück.

Risikomanagement

Im Lauf des Jahres wurden die Bestrebungen zur Stärkung des Regelwerks für Risikomanagement fortgeführt, insbesondere auf Grund der Arbeit eines Komitees und einer Arbeitsgruppe, die für dieses Gebiet zuständig waren. Das Advisory Committee on Risk Management unterstützt die Umsetzung des Regelwerks für Risikomanagement des IWF. Wie bereits erwähnt, erstellt der Ausschuss einen Jahresbericht zu den größten Risiken für den IWF und informiert das Exekutivdirektorium informell zu Fragen des Risikomanagements, was während des von diesem Bericht behandelten Geschäftsjahres im Juni 2012 geschah.

Im August 2012 erörterte das Direktorium den vom Komitee erstellten Bericht *Report on Risk Management 2012*. Die Exekutivdirektoren befürworteten allgemein das stärker fokussierte Format des Berichts, dem eine verschlankte Erhebung zur Risikobewertung sowie eine bessere Berichterstattung zu Zwischenfällen zugutekamen. Sie schlugen für künftige Berichte stärker integrierte Risikobewertungen mit größerer Berücksich-

tigung von Strategien zur Abschwächung des Risikos und Überprüfungen früherer Umsetzungsmaßnahmen vor.

Eine Arbeitsgruppe zum Regelwerk für das Risikomanagement des Fonds, die im März 2012 einberufen worden war, schloss ihre Arbeit nach Konsultationen mit externen Fachleuten auf dem öffentlichen und privaten Sektor im Februar 2013 ab und legte ihre Befunde und Empfehlungen der Geschäftsführung des IWF zur Kenntnisnahme vor. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, Vorschläge zu Kernempfehlungen im Bericht eines externen Ausschusses zu machen, der 2010 einberufen worden war, um eine unabhängige und umfassende Überprüfung des Regelwerks für Risikomanagement des IWF durchzuführen. Eine weitere Aufgabe war die Überprüfung der potenziellen Rolle quantitativer Analyse bei der Steuerung von Finanzrisiken durch den IWF.

PERSONALWESEN – POLITIKEN UND ORGANISATION

Die Mitarbeiter des IWF sind die Grundlage seines Erfolgs, und eine effektive Personalverwaltung, die diese wissensbasierte Belegschaft unterstützt, ist für die Relevanz der Institution von zentraler Bedeutung. Die Fähigkeit des IWF, eine hochgebildete, innovative und vielfältige Belegschaft anzuwerben, zu motivieren, an sich zu binden und weiterzubilden, ist entscheidend für den weiteren Erfolg der Institution.

Personalwesen im GJ 2013

Der IWF richtete sein Augenmerk weiterhin auf intensive Anwerbung von Mitarbeitern, auf die Umsetzung wichtiger Personalreformen in Reaktion auf die Personalumfrage von 2010

Links: Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde mit der Präsidentin Liberias Ellen Johnson Sirleaf beim Seminar „Globalization at a Crossroads: From Tokyo to Tokyo“ während der Jahresversammlung 2012 **Rechts:** Arbeiter neben Rohren für die Extraktion von Erdöl in Meta, Kolumbien



und auf die Modernisierung der Lohnnebenleistungen in der gesamten Institution.

Charakteristiken der Belegschaft

Anwerbung und Bindung von Mitarbeitern im Kalenderjahr 2012 waren in erster Linie von den fortlaufenden Anforderungen an den IWF aufgrund der anhaltenden weltweiten Krise gekennzeichnet.⁹⁴ 2012 stellte der IWF 161 neue Stabsmitarbeiter ein. 85 davon waren Wirtschaftswissenschaftler – ein geringer Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die Anwerbung für besondere Laufbahnen übertraf den Durchschnittswert der letzten fünf Jahre: Es wurden 48 neue Mitarbeiter für diese Laufbahnen eingestellt, was einen Anstieg von 37 Prozent gegenüber 2011 bedeutet.

Der IWF braucht hauptsächlich Wirtschaftswissenschaftler mit vielen Jahren Erfahrung in Analyse und dem Entwurf von Wirtschaftspolitik, um Dienstgrade in den Bereichs- und Funktionsabteilungen aufstocken zu können. 2012 wurden insgesamt 56 Ökonomen auf mittlerer Ebene angeworben, elf Prozent weniger als im Vorjahr und 19 Prozent unter dem Durchschnitt von 69 Neueinstellungen in den Jahren 2008 bis 2012. Dieser Rückgang kann auf zwei Veränderungen zurückgeführt werden, die die Einstellung von Ökonomen verlangsamen: einen Einstellungsstopp für nicht spezialisierte leitende Wirtschaftswissenschaftler und eine Entscheidung, alle unbesetzten Stellen für Ökonomen zunächst intern auszuschreiben, bevor sie im Bedarfsfall für externe Bewerber geöffnet werden.

Die Notwendigkeit, tief greifende technische Beratung zu leisten – insbesondere zu Fragen des Finanzsektors und Haushaltsmanagements – führte 2012 zu einem beträchtlichen Anstieg von zeitlich befristeten Mitarbeitern, sodass ihre Zahl um 14 Prozent auf 470 zunahm. Dabei stiegen Langzeitverträge auf fachlicher Ebene um 42 Prozent, hauptsächlich infolge des Bedarfs an Mitarbeitern, die Erfahrung mit Technical Assistance besitzen. Eine weitere Treibkraft für diese Zunahme, ganze 55 Prozent, war die Einstellung von Mitarbeitern mit langfristigen Arbeitsverträgen auf Verwaltungsebene.

Zum 30. April 2013 zählte der IWF 2.061 Fach- und Führungskräfte sowie 457 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter und das Organigramm des IWF sind auf den Seiten 81 und 82 des Berichts zu sehen.

Diversity

Der IWF unternimmt große Anstrengungen, um eine hinsichtlich Nationalität und Geschlecht vielfältige Belegschaft zu haben, und wirbt aktiv Mitarbeiter aus aller Welt an.⁹⁵ Von den 188 Mitgliedstaaten, die der IWF Ende April 2013 zählte, waren 144 in der Belegschaft vertreten. Die Web Tables 5.1–5.3 zeigen die Aufteilung des IWF-Stabs nach Nationalität, Geschlecht und Ländertyp.

Die Institution macht bei der Einstellung einer vielfältigen Belegschaft weiterhin Fortschritte. Die Einstellung von Staatsangehörigen aus Afrika, Ostasien und dem Nahen Osten lag 2012 auf dem oder über dem Niveau der Einstellungen in den letzten Jahren. Obwohl die Einstellung von Staatsbürgern aus europäischen Übergangsländern leicht zurückging, erfüllte ihre Anzahl den Richtwert für 2014. Das Economist Program, das junge Ökonomen anwirbt, bringt nach wie vor regionale und Geschlechtervielfalt in die Belegschaft. Von den 29 Teilnehmern, die 2012 in das Programm aufgenommen wurden, stammte ein Drittel aus unterrepräsentierten Regionen, und der Frauenanteil unter den neu ernannten Programmteilnehmern betrug 48 Prozent. Der Wettbewerb für Berufsanfänger mit Dokortiteln führender Universitäten bleibt stark.

Es wurden Fortschritte bei den meisten Richtwerten zur Vielfalt erzielt, aber sie fielen in Regionen und Gehaltsstufen ungleichmäßig aus. Bei den europäischen Übergangsländern wurde der Richtwert für Fach- und Führungskräfte übertroffen, und der Anteil an Mitarbeitern aus Ostasien hat seinen Richtwert für 2014 fast erreicht. In Bezug auf Afrika wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt (6,8 Prozent im GJ 2013 im Vergleich zu 5,4 im Jahr 2003, als der ursprüngliche Indikator festgelegt wurde), die hinter dem Richtwert von 8 Prozent zurückblieben. Es gestaltete sich besonders schwierig, den Gesamtanteil an Mitarbeitern aus dem Nahen Osten auf Fach- und Führungsebenen zu erhöhen; er lag Ende April 2012 bei 4,5 Prozent, also nicht viel höher als die 4,4 Prozent von 2003 und weit unter dem Richtwert von 8 Prozent. In einigen, aber nicht allen Fällen war es schwierig, nachhaltige Verbesserungen auf der Managementebene zu erzielen, während auf der Fachebene große Veränderungen beobachtet wurden. In anderen Einstellungskategorien traf das Gegenteil zu. Darüber hinaus gehen die Einstellungs- und Bindungstrends auf Faktoren zurück, die Unterschiede über verschiedene Regionen hinweg wie auch zwischen Region und Geschlecht zeigen.

Diversity Annual Report 2011

Der Diversity Annual Report (Jahresbericht zur Vielfalt) wird vom IWF-Büro für personelle Vielfalt in Rücksprache mit dem Diversity Council erstellt, einem IWF-weiten Vertretungsgremium, das der Geschäftsführung des IWF, Abteilungsleitern und Diversity Reference Groups in den Abteilungen Anleitung zu Fragen im Zusammenhang mit der Vielfalt gibt. Der Bericht wird regelmäßig auf der Website des IWF veröffentlicht und beschreibt die Bemühungen der Institution, ein stärker von Vielfalt geprägtes Arbeitsumfeld und Arbeitsklima zu fördern.

Im Juni 2012 erörterte das Exekutivdirektorium den *Diversity Annual Report 2011*.⁹⁶ In ihrer Aussprache betonten die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit, weiter auf den bestehenden Initiativen zur Vielfalt aufzubauen, um die Richtwerte für 2014 zu erreichen und die Diversity-Strategie insgesamt zu stärken,

aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Anwerbung und Karriereentwicklung leistungsbasiert bleiben. Sie merkten an, dass im Hinblick auf demografische Vielfalt Fortschritte in bestimmten Bereichen teilweise von Bewegungen in anderen Bereichen wieder aufgehoben wurden und den Zielen der Institution zur Vielfalt zuwiderliefen. Sie sahen, dass der Anteil an Mitarbeitern aus unterrepräsentierten Regionen auf Fach- und Führungsebene gestiegen war. Während Frauen auf der Fachebene stärker vertreten waren, ging ihr Anteil an Führungspositionen leicht zurück. Die Exekutivdirektoren unterstrichen, wie wichtig die fortlaufenden Bestrebungen zur Erhöhung des Anteils an Frauen und Mitarbeitern aus unterrepräsentierten Regionen auf der Führungsebene seien.

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass das Economist Program von 2012 für mehr regionale und Geschlechtervielfalt gesorgt habe. Sie betonten allerdings, dass der IWF seine Agenda zur Vielfalt mit einer umfassenderen und längerfristigen Perspektive ausstatten müsse, wie etwa innovativen Ansätzen zur Karriereentwicklung und Möglichkeiten der Beförderung von Mitarbeitern mit unterschiedlichem Hintergrund. Viele Exekutivdirektoren sahen deutliche Vorteile, auch für das Economist Program, in größerer Vielfalt bei akademischer Ausbildung und Berufserfahrung, wenn selbstständiges und kreatives Denken gefördert werden soll, und eine Anzahl dieser Exekutivdirektoren sahen die Aufgabe von Mitarbeitern auf der mittleren Fachebene darin, die Vielfalt des Denkens zu fördern. Einige Exekutivdirektoren forderten Ziele und Indikatoren in diesen Bereichen.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Initiativen zur Vielfalt in Reaktion auf die Mitarbeiterbefragung von 2010, insbesondere die Bedeutung, die der klaren Kommunikation der geschäftlichen Argumente für Vielfalt und der vermehrten Einbeziehung aller Mitarbeiter zukommen, bei gleichzeitiger Gewährleistung, dass Anwerbung und Beförderungen von der Leistung abhängig sind. Sie unterstrichen die Bedeutung, die der Stärkung des Regelwerks für Rechenschaftspflicht für hochrangige Führungskräfte und der Einbindung der Agenda in die Verfahren und Praktiken des Personalwesens zukommt, einschließlich der zunehmenden Vielfalt unter den leitenden Personalmanagern. Sie forderten eine sorgfältige Untersuchung über eine gewisse Zeit hinweg von nach Geschlecht und unterrepräsentierten Gruppen aufgegliederten Beförderungsdaten.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass Schritte zur Behandlung der Fragen unternommen wurden, die während der Erörterung des *Diversity Annual Report 2010* durch das Direktorium angesprochen worden waren, insbesondere im Rahmen der Erhebung zu Praktiken in vergleichbaren Institutionen. Die meisten von ihnen begrüßten das Ergebnis, dass die Ansätze des IWF allgemein den wirksamen Praktiken in anderen internationalen Institutionen entsprechen, verwiesen jedoch darauf, dass der IWF gemäß der Empfehlung des Berichts noch mehr für die Vielfalt tun könnte.

Die Exekutivdirektoren bekräftigten auch das IMF Diversity and Inclusion Statement (Statement zu Vielfalt und Einbeziehung) im Bericht.

Gehaltsstruktur der Geschäftsführung

Die Vergütung der Geschäftsführung wird regelmäßig durch das Exekutivdirektorium überprüft; das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird vom Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, D.C., werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Position gliederte sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung mit Stand vom 1. Juli 2012 folgendermaßen:

Geschäftsführende Direktorin	476 360 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	414 220 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	394 510 US\$

Die Vergütung der Exekutivdirektoren betrug 244.350 US\$, und die Vergütung der Stellvertretenden Exekutivdirektoren belief sich auf 211.370 US\$. Web Table 5.4 zeigt die Gehaltsskala für den IWF-Stab.

Reformen im Personalwesen

Personalumfrage

Die infolge der Personalumfrage von 2010 eingeleiteten Vorhaben wurden in diesem Jahr umgesetzt. Es wurde ein neues Regelwerk der Rechenschaftspflicht für Abteilungsleiter eingeführt, um die Ziele der Abteilungen besser in Einklang mit institutionsweiten Zielen zu bringen. Das Regelwerk verlangte eine stärkere Ausrichtung auf Personal- und Haushaltsmanagement und enthält die Erwartung, dass Abteilungsleiter Rechenschaft über die Erfüllung verwandter Indikatoren ablegen. Es wurde ein Statement of Workplace Values (Statement zu Werten am Arbeitsplatz) angekündigt, das für alle IWF-Mitarbeiter wünschenswerte Verhaltensweisen beschreibt. Fortschritte in den Bereichen Mitarbeitermobilität und Entwicklung wurden auch durch die Ausdehnung des externen Mobilitätsprogramms, die Umsetzung interner Mobilitätsmethoden für Mitarbeiter auf Managementebene sowie leitende Makroökonomien und die Einführung einer technischen Laufbahn für leistungsstarke, hoch spezialisierte Einzelpersonen erzielt. Schließlich wird weiterhin an der Stärkung der Führungsqualitäten in der Institution gearbeitet. Leitende Mitarbeiter beteiligten sich während des Jahres aktiv an der Festlegung eines Weges zu einer offeneren Management- und Führungskultur. Dazu gehörte die Identifizierung von Möglichkeiten zum Abbau von Hierarchien und zur Förderung von Innovation und Kreativität. Die wichtigsten Ergebnisse hieraus sind klar definierte Aufgaben und Zuständigkeiten für das Abteilungsmanagement sowie feste Pläne für mehr Zusammenhalt innerhalb der Managementteams.



Links: Endrundenteilnehmer und Gewinner eines Aufsatzwettbewerbs unter Studenten in Japan **Rechts:** Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde mit Studenten nach ihrer Commencement-Ansprache an der Kennedy School of Government in Cambridge, Massachusetts, im Mai 2012

Im Rahmen der aktuellen Strategie, die Mitarbeiter des IWF in regelmäßigen Abständen zu befragen, wurde im März 2013 eine neue Personalumfrage gestartet. Die Teilnahme von 87,6 Prozent der Mitarbeiter zeigte, wie sehr die Belegschaft diese Übungen befürwortet, und übertraf die Teilnahme an der vorangegangenen Umfrage um mehr als 17 Prozentpunkte. Es wurden daraufhin Analysen zu den Fortschritten seit 2010 und zu weiteren Verbesserungsmöglichkeiten unternommen.

Belegschaftsplanung

Das Exekutivdirektorium erhielt im Februar 2013 ein informelles Briefing zur strategischen Belegschaftsplanung. Das für das Briefing erstellte Politikpapier nannte umfassende Vorschläge, u.a. in den Bereichen Beschäftigungsrahmen, Vielfalt, Ausbildung und Personalmanagement. Die zunehmende Ausrichtung auf Belegschaftsplanung auf institutioneller Ebene liefert den Abteilungen erste nützliche Hinweise, wie sie bei der Planung ihrer eigenen Aufgaben Mitarbeiter und Dollarressourcen besser an die Verwirklichung ihrer Geschäftspläne und Arbeitsergebnisse anpassen können.

Modernisierung von Lohnnebenleistungen und Dienstleistungen

Die Abteilung Personalwesen unternahm im Jahresverlauf eine Anzahl von Schritten zur Stärkung von Governance und zur Modernisierung des Pensionsplans des IWF. Dazu gehörten eine Umstrukturierung des Administration Committee of the Staff Retirement Plan (Verwaltungsausschuss für den Angestellten-Pensionsplan), die Stärkung der Governance und formelle Verabschiedung einer Finanzierungsstrategie für das Retired Staff Benefits Investment Account (Anlagekonto für Sozialleistungen für pensionierte Mitarbeiter) und die Ausweitung des Pensionsplans um einen Voluntary Savings Plan (freiwillige Sparbeiträge). Dieser Plan unterstützt die Mobilität der Mitarbeiter, liefert ein

Instrument für zusätzliches Rentensparen und verbessert die Übertragbarkeit von Lohnnebenleistungen.

Der Rahmen für Regelungen und Verfahrensweisen zur Anstellung und Verwaltung von Büros für Vor-Ort-Vertretungen (Resident Representative) und RTACs wurde im Lauf des Jahres gestärkt. Dazu gehörten Maßnahmen wie die Herausgabe eines Handbuchs mit Regeln und Verfahrensweisen für Büroleiter in Übersee, das umfassende Anleitungen für die Einstellung örtlicher Mitarbeiter in allen Überseebüros bietet. Das Handbuch enthält eine verbesserte Vorschrift für Sicherheitseвакуierung, Verbesserungen an der Krankenversicherung, steuerliche Hinweise sowie stark überarbeitete Vorlagen für Anstellungsverträge. Gleichzeitig und parallel dazu wurde erstmals ein Handbuch für örtliche Mitarbeiter veröffentlicht, das transparente und einheitliche Auskünfte zum geltenden Beschäftigungsrahmen enthält. Alle diese Maßnahmen dienen der Integration dieser Mitarbeiter in den allgemeinen Beschäftigungsrahmen des IWF und unterstreichen den Einsatz der Institution für diese äußerst wichtige Gruppe von Mitarbeitern, die die Mission des IWF in aller Welt unterstützt.

Mitgliedschaft

Ende des vergangenen Geschäftsjahres gab es keine schwebenden Anträge auf Mitgliedschaft im IWF, und im Berichtszeitraum wurden keine neuen Anträge auf Mitgliedschaft gestellt. Die Anzahl der Mitgliedsländer im IWF bleibt damit zum Ende des Geschäftsjahres unverändert bei 188.

Anerkennung der Bundesregierung von Somalia

Im April 2013 erkannte der IWF die Bundesregierung von Somalia an und ebnete damit den Weg für eine Wiederaufnahme der Beziehungen nach einer Pause von 22 Jahren.⁹⁷ Somalia ist seit 1962 Mitglied im IWF. Die Anerkennung der Regierung erlaubt dem

IWF, Somalia erneut Technical Assistance und wirtschaftspolitische Beratung zu bieten. Die Entscheidung entspricht der allgemeinen internationalen Unterstützung und Anerkennung, die der somalischen Regierung seit ihrem Amtsantritt im September 2012 zuteil wurden.

Missbilligungserklärung gegenüber Argentinien

Das Exekutivdirektorium kam im Februar 2012 zusammen, um Vorschläge vonseiten der Geschäftsführenden Direktorin zu Korrekturmaßnahmen zu erörtern, die Argentinien umsetzen müsste, um die Qualität der dem IWF gemeldeten offiziellen Daten für den Verbraucherpreisindex für den Großraum Buenos Aires (Consumer Price Index for Greater Buenos Aires) (CPI-GBA) und das BIP Argentiniens zu verbessern.⁹⁸ Zu der Zeit forderte das Direktorium Argentinien zur Umsetzung spezifischer Maßnahmen binnen 180 Tagen auf, um die Qualität der Daten in Einklang mit den Vorgaben des IWF-Übereinkommens zu bringen. Die Maßnahmen zielten auf eine Angleichung dieser Indikatoren an die internationalen statistischen Absprachen und Richtlinien ab, die eine genaue Messung sicherstellen.

Auf Antrag des Direktoriums berichtete die Geschäftsführende Direktorin im September 2012 über die Umsetzung dieser Maßnahmen. Zu dem Zeitpunkt⁹⁹ brachte das Direktorium den Behörden gegenüber seine Bedenken zum Ausdruck, dass Argentinien seine Verpflichtungen nach dem IWF-Übereinkommen nicht erfüllt hätte, weil es die Korrekturmaßnahmen nicht implementiert habe. Es forderte Argentinien auf, diese Maßnahmen unverzüglich umzusetzen, und verlangte einen weiteren Fortschrittsbericht von der Geschäftsführenden Direktorin im folgenden Dezember.¹⁰⁰

Das Direktorium erörterte den Bericht der Geschäftsführenden Direktorin im Februar 2013. Es befand, dass die Fortschritte Argentiniens bei der Umsetzung der Korrekturmaßnahmen seit der Direktoriumssitzung im September 2012 ungenügend seien.¹⁰¹ Infolgedessen sprach der IWF eine Missbilligungserklärung gegen Argentinien im Zusammenhang mit der Pflichtverletzung des Landes nach dem IWF-Übereinkommen aus. Das Direktorium forderte Argentinien auf, die Korrekturmaßnahmen einzuleiten, um die Ungenauigkeit der CPI-GBA- und BIP-Daten unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 29. September 2013 zu beheben. Der Geschäftsführenden Direktorin wurde aufgetragen, das Direktorium im November 2013 über den Umsetzungsstatus der Korrekturmaßnahmen in Argentinien zu informieren. Es wird erwartet, dass das Exekutivdirektorium sich dann entsprechend den Verfahrensweisen des IWF erneut mit dem Thema und mit Argentiniens Reaktion beschäftigen wird.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Der IWF ist den Regierungen seiner 188 Mitgliedsländer zur Rechenschaft verpflichtet. Extern wird der IWF auch von

verschiedenen Stakeholdern – von politischen Führungspersonlichkeiten und ranghohen Beamten über die Medien bis zur Zivilgesellschaft und akademischen Forschung – beobachtet; intern wacht das Independent Evaluation Office (IEO – Unabhängiges Evaluierungsbüro) über die Rechenschaftspflicht der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern.

Extern

Die *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin

Die wichtigsten Ergebnisse und politischen Botschaften des IWF werden zweimal jährlich in der *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin veröffentlicht (siehe Kapitel 4). Dieser Bericht fasst die hauptsächlichen Risiken zusammen, die in den multilateralen Überwachungsprodukten des IWF aufgezeigt werden (*World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report*, *Fiscal Monitor* und *Spillover Report*), und zeichnet einen Satz Politikmaßnahmen als Vorschläge zur Einschränkung dieser Risiken durch Mitgliedschaft und IWF auf. Er wird vor Frühjahrstagung und Jahresversammlung dem Exekutivdirektorium vorgelegt und jeweils anschließend dem IMFC unterbreitet. Informelle Direktoriumsaussprachen zur *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin fanden im Oktober 2012 und April 2013 statt.

Transparenz

Die Transparenzpolitik des IWF wurde 1999 eingeführt und zuletzt im März 2010 überarbeitet; danach „wird der Fonds nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellen, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung“. Dieses Prinzip „respektiert und schützt in seiner Anwendung die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten, die sich auf Mitgliedsländer beziehen“.¹⁰² Das Exekutivdirektorium erhält jährliche Aktualisierungen zur Umsetzung der Transparenzpolitik des Fonds; diese Berichte sind Teil der Informationen, die der IWF im Rahmen seiner Transparenzbestrebungen veröffentlicht. Die Aktualisierung von 2012, die im Juli 2012 veröffentlicht wurde, kann auf der Website des IWF eingesehen werden.¹⁰³

Die nächste Überprüfung der Transparenzpolitik der Institution ist für das kommende Jahr anberaumt und wird die Umsetzung der Politik seit 2009 bewerten. Sie wird auch die Auswirkungen der jüngsten Veränderungen in den Überwachungspolitiken des IWF auf die Transparenz untersuchen, namentlich den Triennial Surveillance Review 2011, der eine verstärkte Ausrichtung auf Vernetzung, gestärkte Risikobewertungen, mehr Arbeit zur Finanzstabilität und eine erneute Betonung des Außenwirtschaftssektors forderte, und die Integrated Surveillance Decision (siehe Kapitel 3), die zu mehr Analysen zu Spillovers in den Artikel-

IV-Konsultationen führen wird. Darüber hinaus sollen Wege erkundet werden, um die Menge, Aktualität und Zugänglichkeit der Informationen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, zu erhöhen, die Unversehrtheit der Dokumente des IWF zu schützen und die Rechenschaftspflicht des IWF zu intensivieren.

Im Februar und März 2013 führte der IWF im Zusammenhang mit der turnusmäßigen Überprüfung eine öffentliche Befragung zu Ansichten über seine Transparenzpolitik durch. Obwohl Stellungnahmen zu beliebigen oder allen Aspekten seiner Politik willkommen waren, wurden besonders Ansichten gesucht zu den Stärken und Schwächen der Transparenzpolitik, zu Verbesserungsmöglichkeiten, zu den Punkten, in denen die Politik in den letzten fünf Jahren besser oder schlechter geworden war, und zu der Frage, wie gut die Politik im Vergleich zu anderen Institutionen u.a. in Bezug auf Zugänglichkeit, Häufigkeit und Nützlichkeit der Dokumente abschnitt. Die während des Zeitraums eingegangenen Stellungnahmen wurden veröffentlicht, wenn kein Einspruch dagegen erhoben wurde, und können über die Konsultations-Webseite eingesehen werden.¹⁰⁴

Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele: erstens, externen Stimmen Gehör zu schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung durch den IWF zu verbessern; zweitens, der Außenwelt zu einem tieferen Verständnis der Ziele und der Arbeit des IWF zu verhelfen. Zu den spezifischen Gruppen, für die der IWF Informationsarbeit leistet, gehören Organisationen der Zivilgesellschaft und führende Persönlichkeiten der Jugendarbeit, Handelsverbände und Gewerkschaften, Parlamentarier, akademische Forscher, Denkfabriken und die Medien. Soziale Medien, Videos und Podcasts werden in den letzten Jahren vermehrt zur Öffentlichkeitsarbeit des IWF herangezogen. Im Brennpunkt der Diskussionen des IWF zur Öffentlichkeitsarbeit stand im Verlauf des Jahres besonders die Bemühung um das Engagement der Jugend (siehe Kasten 5.2).

Das External Relations Department des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine Beziehungen zu externen Stakeholdern.¹⁰⁵ Einhergehend mit der Fortentwicklung der Regeln der Institution – z.B. der vermehrten Ausrichtung auf Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern durch einen partizipatorischen Ansatz und der Betonung von Transparenz und guter Governance – wurden Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation auch zu einem integralen Bestandteil der Länderarbeit des Fonds.

In dem Maß, in dem die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit des IWF angesichts der Krise und ihrer Folgen gewachsen ist, hat die Geschäftsführung eine zunehmend wichtige Rolle bei diesen

Bestrebungen gespielt. Die Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Geschäftsführung und leitender IWF-Mitarbeiter bietet eine Gelegenheit, die Strategie und die wichtigsten politischen Prioritäten für die gesamte Mitgliedschaft zu erklären; für Politiker Unterstützung zu gewinnen für schwierige nationale Reformen, die sowohl interne wie globale Vorteile mit sich bringen; mehr über Probleme zu lernen, die wichtige Stakeholder in den Mitgliedsländern betreffen, einschließlich nichttraditioneller Stimmrechtsgruppen, mit dem Ziel, die Analyse und wirtschaftspolitische Beratung des IWF zu stärken; und die Verpflichtung des IWF zu bekräftigen, seinen Mitgliedern benötigte Unterstützung zu gewähren, insbesondere den Ländern gegenüber, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Die Geschäftsführende Direktorin, die Stellvertretenden Geschäftsführer und die leitenden Mitarbeiter des IWF bereisen alle fünf Erdteile, wobei sie sich mit wichtigen Stakeholdern in den Mitgliedsländern besprechen und zahlreiche Gelegenheiten zur Förderung der Informationsziele des IWF wahrnehmen.

Berichte des *Regional Economic Outlook*

Im Rahmen der World Economic and Financial Surveys gibt der IWF zweimal jährlich Berichte des *Regional Economic Outlook* (REO) heraus, die eine detailliertere Analyse der Wirtschaftsentwicklung und wichtiger Politikfragen für bedeutende Weltregionen enthalten. Die Herausgabe der REOs wird in der Regel mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit in den betreffenden Regionen koordiniert. Pressemitteilungen, die die Befunde der REOs zusammenfassen, sowie die Volltexte der REOs sind auf der Website des IWF zu finden, zusammen mit Transkripten und Webcasts von bei der Veröffentlichung abgehaltenen Pressekonferenzen.¹⁰⁶

Regionalbüros des IWF

Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum

Als ein Fenster des IWF in die Region Asien und Pazifikraum, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft zunimmt, überwacht das Regional Office for Asia and the Pacific (OAP – Regionalbüro Asien und Pazifikraum) Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, um der IWF-Überwachung eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Es sieht seine Aufgabe darin, die Region mit der Rolle des IWF und seinen Politiken vertraut zu machen und andererseits den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen informiert zu halten. In dieser Kapazität hat OAP die bilaterale und regionale Überwachung verstärkt durch eine wachsende Rolle in der Mongolei, aktive Unterstützung und Beteiligung an Arbeit zusammen mit Japan und vermehrte regionale Überwachung mit Foren in Asien, einschließlich ASEAN+3 (Verband Südostasiatischer Nationen plus China, Japan und Korea) und Asia-Pacific Economic Cooperation. Mit dem Japan-IMF Scholarship Program for Asia, dem Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia und

Kasten 5.2**Jugendarbeit**

Die Ziele, die der IWF bei seiner weltweiten Jugendarbeit verfolgt, sind die Knüpfung von Beziehungen zur nächsten Führungsgeneration, das Kennenlernen ihrer Perspektiven zu wichtigen Wirtschaftsfragen, der Gedankenaustausch über die Herausforderungen junger Leute in ihrer jeweiligen Region und das Anhören ihrer Wünsche, Sorgen und Probleme. Im Jahresverlauf ergriff der IWF eine Anzahl gezielter Maßnahmen, um die Weltjugend anzusprechen.

Vorrangige Maßnahme war ein Aufsatzwettbewerb, um die Jahresversammlung von IWF und Weltbank im Oktober 2012 stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.^a Studenten reichten insgesamt 96 Aufsätze zum Thema „Jugendperspektiven zur Weltwirtschaft und Rolle des IWF“ ein. Drei Gewinner und fünf Zweitplatzierte nahmen während der Jahresversammlung an einem Dialog über die Jugend Asiens mit der Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktorin Nemat Shafik teil, bei dem diese betonte, dass junge Leute in der weltweiten Wirtschaftsdebatte besser angehört werden müssten, da sie das Vermächtnis der heute getroffenen Entscheidungen antreten würden. An dem Dialog nahmen auch fünf Studenten – Mitglieder des vom IWF gesponserten Youth Fellowship Program – aus China, Korea, Singapur und Thailand teil, die über die Herausforderungen sprachen, mit denen sie sich konfrontiert sehen. Jetzt in seinem

zweiten Jahr, spiegelte der Youth Dialogue abermals Besorgnis wider über die Auswirkungen der globalen Krise auf junge Leute und insbesondere die Arbeitslosigkeit.

Die Geschäftsführende Direktorin widmete der Jugendarbeit im Jahresverlauf besondere Aufmerksamkeit. Unter anderem hielt sie die Commencement-Ansprache an der Kennedy School of Government an der Harvard University, wo sie über die Vernetztheit der Weltgemeinschaft sprach. An der Keio University involvierte sie im Juli 2012 Studenten in einen Dialog über globale Themen und beantwortete ihre Fragen zur Rolle regionaler Währungsunionen in Bezug auf die Förderung von Stabilität im internationalen Währungssystem, zur Rolle der finanziellen Ressourcen des IWF in den Ländern des Euro-Währungsgebiets und zu anderen Themen. Im Rahmen ihres ersten offiziellen Besuchs in Chile als Geschäftsführende Direktorin, im Dezember 2012, führte sie unter dem Motto „Die nächste Generation Chiles fragt den IWF“ („Chile's Next Generation Asks the IMF“) einen Dialog mit den Studenten der Universität von Chile und der Päpstlichen Katholischen Universität von Chile, der in den Medien übertragen wurde.

^a Siehe Pressemitteilung Nr. 12/312, „Winners of the 2012 IMF Essay Contest in Japan“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12312.htm).

anderen makroökonomischen Seminaren trägt OAP auch zur Kapazitätsentwicklung in der Region bei. Darüber hinaus leistet OAP Informationsarbeit in Japan und in der Region und trägt durch die Organisation von Konferenzen und Veranstaltungen zu aktuellen Politikfragen im Brennpunkt der IWF-Arbeit zum Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Asiens bei (siehe Kasten 5.3).

Europa-Büros

Die Büros des IWF in Europa (EUO – Offices in Europe) vertreten den IWF in der Region und beraten die Geschäftsführung und Abteilungen je nach Bedarf; sie unterstützen dabei die Fondstätigkeit in Europa und bringen dem IWF europäische Ansichten zu Belangen näher, die für ihn von Interesse sind. In Reaktion auf die erhöhte Nachfrage nach wirtschaftspolitischer Beratung, Erfahrung und Teilnahme an Politikdiskussionen im Zusammenhang mit der weltweiten Finanzkrise und der europäischen Schuldenkrise wurde die Rolle des EUO erheblich ausgeweitet. Darüber hinaus spielen in Europa ansässige Organisationen, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organization for Economic Co-operation and Development), die Europäische

Union, der FSB und die BIZ, eine entscheidende Rolle im Umgang mit der Krise. Eine verstärkte Koordination zwischen IWF und diesen Institutionen (siehe „Zusammenarbeit mit anderen Organisationen“ in Kapitel 4) war in diesem Zusammenhang ausschlaggebend.

Die Tätigkeit des EUO konzentriert sich in der Hauptsache auf vier Kernbereiche: Erstens leistet das EUO einen Beitrag zur multilateralen und regionalen Überwachung des IWF, indem es den IWF in verschiedenen Organisationen vertritt und über die Ansichten und Tätigkeit internationaler, in Europa ansässiger Organisationen, Denkfabriken und führender Experten berichtet und an Beratungen des IWF mit Institutionen der EU teilnimmt. Zweitens vertritt das EUO den IWF im Tagesgeschäft des Development Assistance Committee der OECD und unterhält enge Arbeitsbeziehungen mit bilateralen und multilateralen Entwicklungsbehörden in Europa. Drittens leistet das EUO weitreichende Öffentlichkeitsarbeit, um die politische Debatte mit besseren Informationen zu versorgen und die Ansichten des IWF zu wichtigen Politikfragen in Europa kundzutun. Viertens spielt das EUO eine zentrale Rolle bei der Anwerbung von Mitarbeitern und unterstützt damit die Bestrebungen des IWF im Hinblick auf Vielfalt.

Kasten 5.3

Konferenz zur Steuerung von Kapitalströmen in Asien

Politiker aus 13 Ländern Asiens kamen im März 2013 in Tokio zusammen, um mit leitenden Mitarbeitern des IWF und akademischen Forschern die Herausforderungen zu erörtern, die sich im Zusammenhang mit der Steuerung von Kapitalströmen ergeben. Die Konferenz wurde gemeinsam von der Universität Hitotsubashi und dem Regionalbüro des IWF für Asien und Pazifikraum (OAP) organisiert und von der japanischen Regierung finanziert. Die Zusammenkunft war eine von mehreren verschiedenen Initiativen des OAP, die sich der Stärkung der wirtschaftspolitischen Kapazität in Asien widmen.

OAP leitete die Gesprächsrunde mit einem Überblick über weltweite Trends und bestimmende Faktoren ein, die Kapitalströme in aufstrebende Volkswirtschaften verursachen können; es folgten Diskussionen über die Erfahrungen ausgewählter Länder Asiens wie Indonesien, Korea, Malaysia und Thailand im Umgang mit Kapitalströmen. Die erst kürzlich entwickelte institutionelle Position des IWF zur Steuerung von Kapitalströmen (siehe Kapitel 3) wurde ebenfalls erörtert.

Intern

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro des IWF (Independent Evaluation Office – IEO) wurde 2001 eingerichtet und evaluiert die Politik und Tätigkeit des IWF mit dem Ziel, die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Institution zu verbessern, ihre Lernkultur zu stärken und das Exekutivdirektorium bei seinen institutionellen Governance- und Aufsichtsaufgaben zu unterstützen. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von der Geschäftsführung des IWF und arbeitet distanziert („at arm's length“) vom Exekutivdirektorium, dem es seine Erkenntnisse mitteilt.

Exekutivdirektorium überprüft Berichte und Empfehlungen des IEO

Internationale Reserven: IWF-Belange. Im Dezember 2012 veröffentlichte das IEO seine Evaluierung „International Reserves: IMF Concerns and Country Perspectives“. Es untersuchte zwei verschiedene Aspekte der Analyse des IWF: die Rolle der Bewertungen zur Angemessenheit der Reserven in der bilateralen Überwachung und die Auswirkung von Reserven auf die Stabilität des internationalen Währungssystems.

Die Evaluierung kam zu dem Schluss, dass die IWF-Erörterung internationaler Reserven im Zusammenhang mit der bilateralen Überwachung oft nur pro forma erfolge und sich zu stark auf traditionelle Indikatoren stütze, während die landesspezifischen Umstände nicht ausreichend berücksichtigt würden. Um diese Punkte anzugehen, empfahl die Evaluierung dem IWF, die Indikatoren zur Angemessenheit der Reserven flexibel und unter Berücksichtigung der landesspezifischen Umstände anzulegen, die vielfachen Kompromisse bei den Entscheidungen zu Reserven anzuerkennen und Beratung zu Reserven in die Beratung zu verwandten Themenfeldern einzubinden, wobei diese Beratung nicht nur an aufstrebende, sondern auch an fortgeschrittene

Volkswirtschaften gerichtet werden sollte, sofern dies angemessen wäre.

Im multilateralen Kontext begrüßte das IEO den breiteren Arbeitsfluss des IWF zum internationalen Währungssystem, merkte jedoch an, dass diese Arbeit nur unzureichend in die Analyse des IWF und seine Empfehlungen zu Reserven eingeflossen sei. Es empfahl dem IWF einen umfassenden Ansatz gegenüber Bedrohungen der Finanzstabilität, wenn die Anhäufung von Reserven erörtert wird; und bei der Behandlung systemrelevanter externer Effekte solle der IWF berücksichtigen, wie stark die Länder relativ gesehen zu diesen externen Effekten beitragen.

Während seiner Aussprache zur Evaluierung unterstützte das Exekutivdirektorium im Allgemeinen die Empfehlungen des IEO, erkannte aber auch an, dass der IWF bereits Fortschritte in vielen Bereichen im allgemeineren Zusammenhang mit seiner Arbeit am internationalen Währungssystem erzielt habe. Die Exekutivdirektoren waren jedoch unterschiedlicher Ansicht über den analytischen Unterbau des Berichts, insbesondere über die Frage, ob die vom IEO gewählte Stichprobe ausreichend repräsentativ für die Mitgliedsländer war. Sie begrüßten die Ergebnisse des IEO, dass die Forschungsarbeit des IWF-Stabs zur Angemessenheit der Staatsreserven auf dem Gebiet führend sei. Sie merkten an, dass diese Forschung zu einem umfangreichen Instrumentarium für die Bewertung von Reserven auf Länderebene geführt habe.¹⁰⁷

Rolle des IWF als vertrauenswürdiger Berater. Im Februar 2013 veröffentlichte das IEO seine Evaluierung „The Role of the IMF as Trusted Advisor“, die die Frage untersuchte, ob und unter welchen Umständen die Behörden der Mitgliedsländer den IWF als vertrauenswürdigen Berater ansehen. Das IEO fand, dass das Ansehen des IWF seit Beginn der globalen Krise sichtlich gestiegen sei und die Institution als flexibler und reaktionsschneller als in der Vergangenheit erachtet werde. Allerdings gab es Unterschiede in den Regionen und nach Ländertyp, inwieweit

der IWF als vertrauenswürdiger Berater gesehen wurde. Behörden in Asien, Lateinamerika und großen aufstrebenden Volkswirtschaften waren im Allgemeinen am skeptischsten, und Behörden in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften am gleichgültigsten. Die Evaluierung räumte ein, dass es für die Mitgliedsländer immer eine immanente Spannung zwischen den Aufgaben des IWF als globaler Wächter und den Aufgaben als vertrauenswürdiger Berater geben werde, und untersuchte, wie der IWF das positivere Image, das er in der Folge der Krise erworben hatte, aufrechterhalten könnte.

Die Evaluierung empfahl dem IWF Maßnahmen zur Steigerung des Mehrwerts der Artikel-IV-Konsultationen, zur Stärkung der dauerhaften Beziehungen zwischen dem IWF und seinen Mitgliedsländern, zur engeren Zusammenarbeit mit Länderbehörden bei der Öffentlichkeitsarbeit, zum Abbau unnötiger Bedenken in Bezug auf Offenlegung sowie zu einheitlicher und gerechter Umsetzung der Transparenzpolitik der Institution. Das Exekutivdirektorium unterstützte die allgemeine Tendenz der IEO-Empfehlungen zur Verbesserung von Qualität und Wirksamkeit der IWF-Beratung für die Mitglieder und war allgemein der Auffassung, dass es verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Empfehlungen gebe.¹⁰⁸

Arbeitsprogramm des IEO

Das IEO hat die Arbeit über „An Assessment of IMF Self-Evaluation Systems“ fast abgeschlossen. Diese Evaluierung untersucht, wie der IWF aus Erfahrung lernt.

Nach Konsultationen mit Länderbehörden, Exekutivdirektoren, Geschäftsführung, IWF-Stab und externen Stakeholdern wurde im November 2012 ein informeller Workshop des Exekutivdirektoriums veranstaltet, bei dem Themen für neue Evaluierungen durch das IEO erörtert wurden. Das IEO nahm danach die Arbeit an drei Evaluierungen auf: IWF-Prognosen, Länderstatistiken und die Reaktion des IWF auf die weltweite Krise. Themenpapiere werden nach Rücksprache mit maßgeblichen Stakeholdern zu Ausrichtung und Ansatz der jeweiligen Evaluierungen zugänglich gemacht.

Anfang 2013 gab das IEO einen Band über die Erfahrung mit der unabhängigen Evaluierung des IWF im vergangenen Jahrzehnt heraus. Dieser Band sowie die vollständigen Texte der abgeschlossenen Evaluierungen, Information über laufende Evaluierungen, Themenpapiere, Jahresberichte des IEO sowie weitere Unterlagen sind auf der Website des IEO verfügbar.¹⁰⁹

Umsetzung der vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen

Wenn eine Direktoriausssprache über eine Evaluierung stattgefunden hat, arbeiten Stab und Geschäftsführung des IWF kurz darauf einen zukunftsgerichteten Umsetzungsplan für die

vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen aus und legen diesen dem Direktorium vor. Im Verlauf des Jahres wurden drei dieser Umsetzungspläne erörtert, und ein vierter wurde dem Direktorium kurz nach Ende des Geschäftsjahres vorgelegt.

Leistung des IWF im Vorfeld der weltweiten Krise. Im Mai 2012 erörterte das Exekutivdirektorium den Umsetzungsplan, den die Geschäftsführung ausgearbeitet hatte in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen im Zusammenhang mit der Evaluierung der Leistung des IWF im Vorfeld der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.¹¹⁰ Das IEO hatte in seinem Bericht, den das Direktorium im Januar 2011 erörterte, eine Reihe Empfehlungen ausgesprochen, die darauf abzielten, die Überwachung durch den IWF wirksamer zu machen. Der Termin für die Erörterung des Umsetzungsplans der Geschäftsführung zu den Empfehlungen des Berichts wurde für die Zeit nach dem Triennial Surveillance Review 2011 angesetzt, da viele Themen, die im IEO-Bericht behandelt worden waren, auch in jenem Zusammenhang angesprochen wurden.

Die Exekutivdirektoren waren generell der Auffassung, dass der vorgeschlagene Umsetzungsplan der Geschäftsführung eine gute Ergänzung zum Maßnahmenplan des Triennial Surveillance Review darstelle und dass beide zusammen die Wirksamkeit der IWF-Überwachung stärken könnten. Sie unterstützten weithin die spezifischen Vorschläge des Plans und begrüßten das Statement der IWF-Geschäftsführung zu einer ehrgeizigen Agenda zur Überwindung von Schubladendenken und Förderung von unterschiedlichen Ansichten und Offenheit, um bereits laufende Initiativen weiter voranzubringen.

Forschung. Im November 2012 stimmte das Exekutivdirektorium dem Umsetzungsplan der Geschäftsführung zu, den diese in Reaktion auf vom Direktorium unterstützte Empfehlungen des IEO gemacht hatte – Empfehlungen, die auf seiner Evaluierung der Forschungstätigkeit des IWF beruhten.¹¹¹ Das IEO hatte in seinem Bericht, den das Direktorium im Juni 2011 erörterte, die vom IWF geleistete Forschungsarbeit von 1999 bis 2008 untersucht und Empfehlungen zu der Frage ausgesprochen, wie die Relevanz und Qualität der IWF-Forschung erhöht und Koordinierung und Priorisierung der Forschungsarbeit innerhalb des IWF verbessert werden könnten. Im Direktorium herrschte Einvernehmen darüber, dass die im Umsetzungsplan der Geschäftsführung gemachten Vorschläge den Anforderungen des Regelwerks genügten.

Internationale Reserven. Im März 2013 befürwortete das Direktorium den Umsetzungsplan der Geschäftsführung für die Evaluierung des IEO zu internationalen Reserven, der Vorschläge zur Arbeit im Nachgang zu dieser Evaluierung enthielt.¹¹² Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind unter anderem: (1) ein Nachfolgepapier zur Angemessenheit der Reserven, das die Arbeit im Papier von 2011 mit dem Titel „Assessing Reserve Adequacy“

überprüft und bei Bedarf zusätzliche und aktualisierte Anleitungen ausarbeitet, (2) die Ausarbeitung einer Leitlinie für Stabsmitarbeiter zur Bewertung der Angemessenheit und (3) zusätzliche Besprechung von Reservenfragen mit den Mitgliedern, dem Privatsektor und der akademischen Forschung.

Vertrauenswürdiger Berater. Der Umsetzungsplan der Geschäftsführung zur Evaluierung der Rolle als vertrauenswürdiger Berater wurde dem Evaluation Committee des Direktoriums im April 2013 unterbreitet und vom Komitee im darauffolgenden Monat befürwortet; er wurde anschließend vom Exekutivdirektorium gebilligt.

Periodic Monitoring Report

2007 richtete das Exekutivdirektorium den Periodic Monitoring Report (PMR – Periodischer Überwachungsbericht) ein, um sicherzustellen, dass Empfehlungen des IEO, die anschließend vom Exekutivdirektorium befürwortet werden, verfolgt und systematisch überwacht werden. Im Februar 2013 erörterte das Exekutivdirektorium den *Fifth Periodic Monitoring Report on the Status of Implementation Plans in Response to Board-Endorsed IEO Recommendations* (Fünfter Periodischer Überwachungsbericht zum Status der Umsetzungspläne in Reaktion auf vom Direktorium befürwortete IEO-Empfehlungen) und kam zu dem Schluss, dass der IWF angemessene Schritte unternimmt oder unternommen hatte, um die IEO-Evaluierung „IMF Interactions with Member Countries“ (Interaktionen des IWF mit Mitgliedsländern) weiter zu verfolgen.¹¹³

Externe Evaluierung des IEO

Während des Jahres nahm das Exekutivdirektorium die zweite externe Evaluierung des IEO auf.¹¹⁴ Zweck der Evaluierung war die Bewertung der Effektivität des IEO und die Erwägung möglicher Verbesserungen an Struktur, Mandat, Arbeitsweise und Bezugsrahmen des IEO. Das hochrangige Evaluierungsgremium bildeten José Antonio Ocampo, Stephen Pickford und Cyrus Rustomjee.

Im März 2013 besprach das Direktorium die Evaluierung.¹¹⁵ Die Exekutivdirektoren begrüßten die Bewertung des Gremiums, dass das IEO eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Governance und Transparenz des IWF sowie zur Steigerung seiner Lernkultur gespielt habe. Sie begrüßten überdies das Ergebnis, dass die Unabhängigkeit des IEO weithin anerkannt sei und dadurch das Ansehen des IWF gestärkt habe. Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die Berichte des IEO auf langfris-

tige, übergreifende Fragen ausgerichtet sein und Lehren mit größerer Relevanz und Anwendbarkeit ziehen sollten, um Politiken und Kultur des IWF weiter voranzubringen. Sie verwiesen darauf, dass der IEO-Direktor weiterhin völlige Freiheit bei der Wahl von im Bezugsrahmen des IEO liegenden Evaluierungsthemen haben sollte. Es herrschte allgemeines Einvernehmen unter den Exekutivdirektoren, dass das IEO bei der Ausrichtung seiner Empfehlungen sich auf für den IWF wichtige Politikfragen statt auf Verfahrensweisen konzentrieren sollte, was der Aufgabe und dem komparativen Vorteil der IWF-Geschäftsführung entspräche; allerdings räumten sie ein, dass es je nach Evaluierungsthema praktische Schwierigkeiten bei der Trennung von Inhalt und Verfahren geben könne. Nach Auffassung vieler Exekutivdirektoren wäre es für das IEO – vorbehaltlich verfügbarer Mittel – auch sinnvoll, regelmäßige Evaluierungen von Ex-post-Bewertungen und Ex-post-Evaluierungen ausgewählter Länderprogramme durchzuführen.

Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass der Nachfolgeprozess für vom Direktorium befürwortete Empfehlungen verbessert werden müsse. Sie unterstrichen die Bedeutung starker Eigenverantwortung und aktiver Einbindung durch das Direktorium, insbesondere über sein Evaluation Committee. Insbesondere sahen die Exekutivdirektoren in der Prüfung und Überwachung der Umsetzungspläne der Geschäftsführung eine Aufgabe für das Evaluation Committee, das ihre Pünktlichkeit durch das Setzen von Fristen zur Ausarbeitung und Unterbreitung dieser Pläne sicherstellen könnte. Mit dem Hinweis darauf, dass die Beziehungen zwischen dem IEO und den Mitgliedsländern ein wichtiger Bestandteil des Folgeprozesses seien, zeigten sich viele Exekutivdirektoren offen gegenüber der Erwägung, während der Jahresversammlung des IWF ein geeignetes Forum für das IEO bereitzustellen, wo es über seine Arbeit berichten kann.

In Bezug auf die Direktoriumsaussprachen zu Evaluierungsberichten des IEO unterstützten viele Exekutivdirektoren – oder waren offen für – den Vorschlag des IEO, dass es für Direktoriumsgespräche Zusammenfassungen in Form eines Abrisses über seine Berichte ausarbeiten und mit der Abteilung Sekretariat an der Ausarbeitung der Endfassung zusammenarbeiten sollte, was dem Standardverfahren für alle anderen Zusammenfassungen entspräche.

Die Empfehlungen des Gremiums, die breite Unterstützung erfuhren, und ausstehende Fragen, die weiterer Überlegung bedürfen, werden von den geeigneten Stellen aufgegriffen: dem Evaluation Committee, dem IEO, dem IWF-Stab und der Geschäftsführung des IWF.

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

Stand vom 30. April 2013¹

ERNANNT

Meg Lundsager <i>Unbesetzt</i>	Vereinigte Staaten
Daikichi Momma <i>Tomoyuki Shimoda</i>	Japan
Hubert Temmeyer <i>Steffen Meyer</i>	Deutschland
Hervé de Villeroché <i>Alice Terracol</i>	Frankreich
Stephen Field <i>Christopher Yeates</i>	Vereinigtes Königreich

GEWÄHLT

Menno Snel <i>Willy Kiekens</i> <i>Yuriy G. Yakusha</i>	Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern
José Rojas <i>Fernando Varela</i> <i>María Angélica Arbeláez</i>	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Venezuela
Andrea Montanino <i>Thanos Catsambas</i>	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino
Der Jiun Chia <i>Rasheed Abdul Ghaffour</i>	Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
ZHANG Tao <i>SUN Ping</i>	China
Jong-Won Yoon <i>Ian Davidoff</i>	Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu
Thomas Hockin <i>Mary T. O'Dea</i>	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Audun Groenn <i>Pernilla Meyersson</i>	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden
Momodou Saho <i>Chileshe M. Kapwepwe</i> <i>Okwu Joseph Nnanna</i>	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda
A. Shakour Shaalan <i>Sami Geadah</i>	Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Johann Prader <i>Miroslav Kollar</i>	Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Rakesh Mohan <i>Kosgallana Ranasinghe</i>	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Ahmed Alkholifey <i>Fahad Alshathri</i>	Saudi-Arabien
René Weber <i>Dominik Radziwill</i>	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Paulo Nogueira Batista, Jr. <i>Hector Torres</i> <i>Luis Oliveira Lima</i>	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago
Aleksei V. Mozhin <i>Andrei Lushin</i>	Russland
Mohammad Jafar Mojarraf <i>Mohammed Daïri</i>	Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Pablo Garcia-Silva <i>Sergio Chodos</i>	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Kossi Assimaidou <i>Ngüeto Tiraina Yambaye</i> <i>Woury Diallo</i>	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

¹ Informationen zum Stimmgewicht eines jeden Sitzes finden sich in Anhang IV, der über die Webseite des Annual Report (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2013/eng/) abgerufen werden kann; Veränderungen im Exekutivdirektorium während des Jahres sind in Anhang V beschrieben, der ebenfalls über die Webseite des Annual Report abgerufen werden kann.

LEITENDE MITARBEITER

Stand vom 30. April 2013

Olivier J. Blanchard, *Wirtschaftsberater*

José Viñals, *Finanzberater*

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh

Direktorin, Abteilung Afrika

Anoop Singh

Direktor, Abteilung Asien und Pazifikraum

Reza Moghadam

Direktor, Abteilung Europa

Masood Ahmed

Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Alejandro M. Werner

Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN UND ABTEILUNGEN FÜR BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN

Gerard T. Rice

Direktor, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Andrew Tweedie

Direktor, Abteilung Finanzen

Carlo Cottarelli

Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Sharmini A. Coorey

Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung

Sean Hagan

Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

José Viñals

Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Olivier J. Blanchard

Direktor, Abteilung Forschung

Unbesetzt

Direktor, Abteilung Statistik

Siddharth Tiwari

Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung

INFORMATION UND LIAISON

Shogo Ishii

Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifikraum

Emmanuel van der Mensbrugghe

Direktor, Europa-Büros

Axel Bertuch-Samuels

Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Mark W. Plant

Direktor, Abteilung Personalwesen

Jianhai Lin

Sekretär, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger

Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Susan Swart

Chief Information Officer, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

BÜROS

Daniel A. Citrin

Direktor, Büro für Haushalt und Planung

G. Russell Kincaid

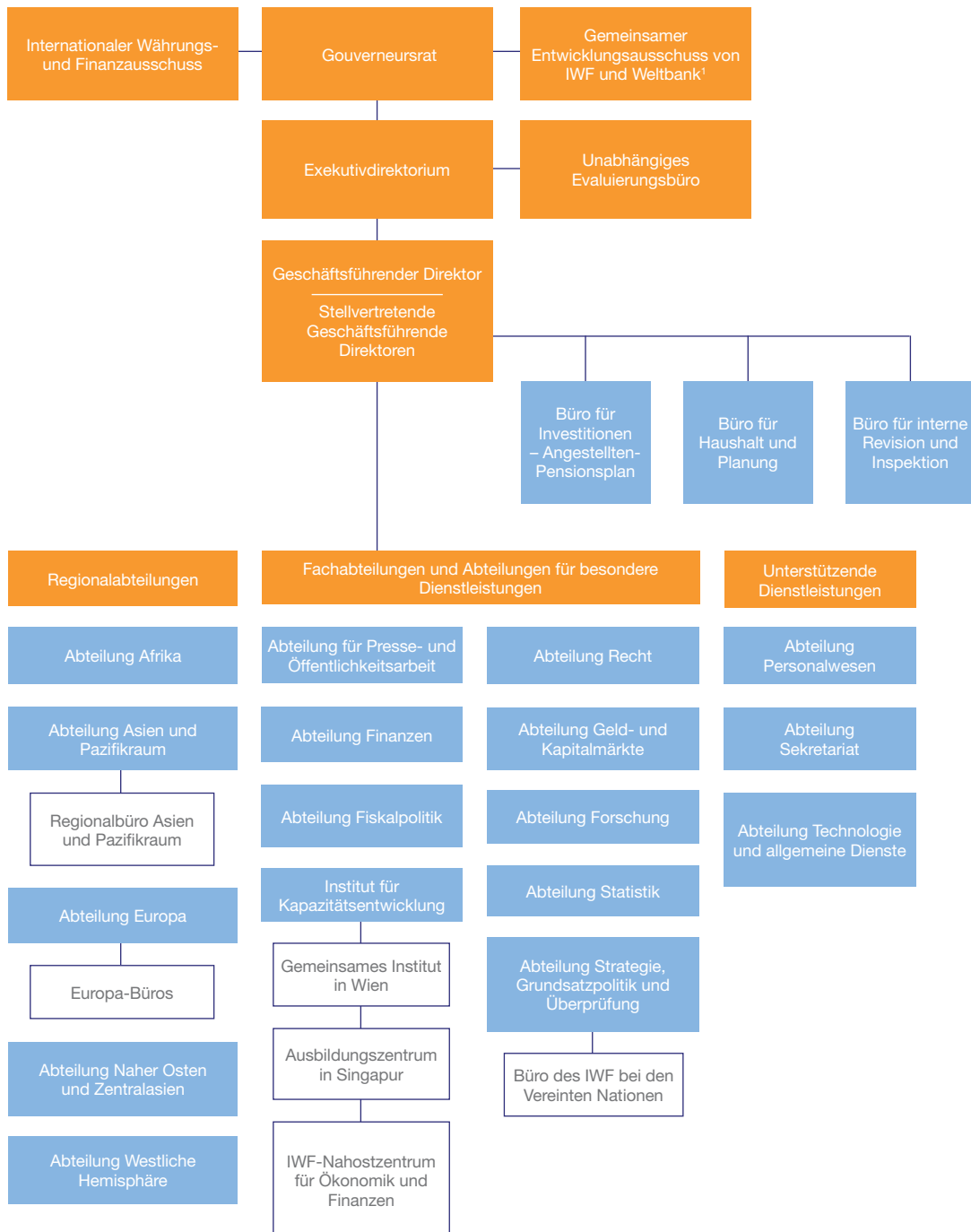
Direktor, Büro für interne Revision und Inspektion

Moises J. Schwartz

Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

ORGANIGRAMM DES IWF

Stand vom 30. April 2013



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries).

ANMERKUNGEN

- 1 Das Geschäftsjahr (GJ) des IWF beginnt am 1. Mai und endet am 30. April des darauffolgenden Jahres.
- 2 Der *Spillover-Bericht* 2012 kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/070912.pdf). Informelle Zusammenkünfte sind informelle Sitzungen der Exekutivdirektoren, bei denen keine Entscheidungen gefällt und keine Zusammenfassungen herausgegeben werden.
- 3 Die Erklärung kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/102711.pdf).
- 4 Der Bericht kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/070212.pdf).
- 5 Mit der Einführung der Integrated Surveillance Decision (siehe nächsten Abschnitt) wurden die Artikel-IV-Konsultationen zu einem Instrument für sowohl bilaterale wie auch multilaterale Überwachung.
- 6 Siehe „Triennial Surveillance Review 2011“ in Kapitel 3 des *Jahresberichts 2012* des IWF: *Gemeinsam die globale Erholung unterstützen* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/deu/).
- 7 Siehe Public Information Notice (PIN – Öffentliche Informationsmitteilung) Nr. 12/89, „IMF Executive Board Adopts New Decision on Bilateral and Multilateral Surveillance“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1289.htm), sowie Press Release (PR – Pressemitteilung) Nr. 12/262, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Strengthening IMF Surveillance“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12262.htm).
- 8 Siehe PIN Nr. 12/139, „IMF Executive Board Reviews Progress Implementing the Priorities of the 2011 Triennial Surveillance Review“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12139.htm).
- 9 Siehe PIN Nr. 12/125, „IMF Executive Board Reviews Progress in Members' Provision of Data to the Fund for Surveillance Purposes“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12125.htm).
- 10 Siehe PIN Nr. 12/111, „IMF Sets Out a Strategy for Financial Sector Surveillance“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12111.htm), sowie PR Nr. 12/356, „Statement by IMF First Deputy Managing Director David Lipton on the IMF's Financial Surveillance Strategy“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12356.htm).
- 11 Die Leitlinie kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/101012.pdf).
- 12 Siehe „Arbeitsprogramm des IEO“ in Kapitel 5 des *Jahresberichts 2011* des IWF: *Ausgewogenes Wachstum verfolgen für alle* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/deu/).
- 13 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/080712.pdf).
- 14 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/082412.pdf).
- 15 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/081512.pdf).
- 16 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/012813.pdf); siehe auch PR Nr. 13/93, „IMF Calls for Global Reform of Energy Subsidies: Sees Major Gains for Economic Growth and the Environment“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1393.htm).
- 17 Siehe PIN Nr. 12/137, „IMF Executive Board Discusses the Liberalization and Management of Capital Flows—An Institutional View“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12137.htm).
- 18 Diese Politikpapiere und Gespräche befassten sich mit der Rolle des IWF (November 2010), dem Umgang mit Zuflüssen (April 2011) und Abflüssen (April 2012) von Kapital, multilateralen Aspekten (November 2011) und Liberalisierung von Kapitalströmen (April 2012). Siehe „Kapitalströme“ in Kapitel 3 des *Jahresberichts 2011* des IWF: *Ausgewogenes Wachstum verfolgen für alle* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/deu/) und in Kapitel 3 des *Jahresberichts 2012: Gemeinsam die globale Erholung unterstützen* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/deu/).
- 19 Der integrierte Ansatz umreißt ein systematisches Verfahren und Tempo für die Liberalisierung, die der institutionellen und finanziellen Entwicklung eines jeden Landes Rechnung trägt. Er schlägt den Abbau von Maßnahmen zur Steuerung des Kapitalflusses in der

richtigen zeitlichen Abfolge und Staffelung vor und berücksichtigt weitere Politiken und Umstände, allen voran makroökonomische und prudentielle Politiken.

- 20 Die Leitlinie kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/042513.pdf).
- 21 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/012913.pdf).
- 22 Siehe „Änderungen bei den konzessionären Finanzierungsfazilitäten“ in Kapitel 4 des *Jahresberichts 2010* des IWF: *Eine ausgewogene globale Erholung fördern* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2010/deu/).
- 23 Siehe PIN Nr. 12/108, „The Review of Facilities for Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12108.htm).
- 24 Das derzeitige Paket zur Finanzierung der konzessionären Kredite des IWF, das 2009 vom Direktorium angesichts des krisenbedingt erhöhten Bedarfs gebilligt wurde, soll 2014 auslaufen. Das Direktorium beschloss später, Mittel, die im Zusammenhang mit dem restlichen unerwarteten Gewinn aus dem Goldverkauf stehen, als Teil einer Strategie der nachhaltigen Gestaltung des PRGT einzusetzen; siehe Kapitel 4.
- 25 Da sich die Mitgliederquoten nach der in der Vierzehnten Prüfung vorgeschlagenen Erhöhung verdoppeln werden, bedeuten unveränderte Zugangsgrenzen die Halbierung der Zugangsgrenze eines Mitglieds, wenn diese als Prozentsatz seiner Quote ausgedrückt wird.
- 26 Siehe PIN Nr. 13/45, „IMF Executive Board Reviews Facilities for Low-Income Countries and Eligibility for Using Concessional Financing“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1345.htm).
- 27 Zusätzlich zu den konzessionären Finanzierungsinstrumenten des IWF (siehe Tabelle 4.1) bietet der IWF auch ein Policy Support Instrument für Länder, die eine allgemein tragfähige makroökonomische Position geschaffen haben und generell keine Mittel des IWF benötigen. Das Policy Support Instrument sieht regelmäßige Bewertungen der Wirtschafts- und Finanzpolitiken eines Mitglieds durch den IWF vor als im Rahmen der Überwachung zur Verfügung stehen. Diese Unterstützung vonseiten des IWF sendet Gebern, Gläubigern und der allgemeinen Öffentlichkeit deutliche Signale zur Stärke der Politiken eines Landes.
- 28 Dieses Politikpapier „Review of Facilities for Low-Income Countries—Proposals for Implementation“ kann auf der Website des IWF (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031813.pdf) eingesehen werden.
- 29 Bei diesen Vereinbarungen ist eine Frist von achtzehn Monaten seit der letzten Programmüberprüfung verstrichen.
- 30 Diese Regelungen ermöglichen einigen dieser äußerst kleinen Staaten (mit weniger als 200.000 Einwohnern), Anspruch auf Hilfe aus dem PRGT geltend zu machen.
- 31 Siehe PIN Nr. 12/128, „IMF Executive Board Discusses Global Risks, Vulnerabilities, and Policy Challenges Facing Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12128.htm).
- 32 Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/041612.pdf).
- 33 Für zusätzliche Informationen zur HIPC-Initiative siehe „Factsheet: Debt Relief Under the Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/hipc.htm).
- 34 Die Mittel des Poverty Reduction and Growth–Heavily Indebted Poor Countries Trust, der eingerichtet wurde, um Schuldenerleichterung unter der HIPC-Initiative zu gewähren und die Mittelvergabe unter dem PRGT zu subventionieren, umfassen Zuschüsse und zugesicherte Einlagen von 93 Mitgliedsländern sowie Beiträge des IWF.
- 35 Der IWF stellte auch 116 Mio. SZR (172 Mio. US\$) an Schuldenerleichterung für Liberia bereit, die über die Hilfe aus der HIPC-Initiative hinausgeht, und gewährte Haiti im Rahmen des Post-Catastrophe Debt Relief Trust 178 Mio. SZR (268 Mio. US\$).
- 36 Siehe PIN Nr. 13/39, „IMF Executive Board Concludes Macroeconomic Issues in Small States and Implications for Fund Engagement“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1339.htm).
- 37 Siehe PIN Nr. 12/109, „IMF Executive Board Concludes Discussion of 2011 Review of Conditionality“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn12109.htm).
- 38 Diese abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe wurde 2011 einberufen, um die Ziele des IWF im Bereich Arbeitsplätze und sozial inklusives Wachstum zu definieren, Lücken aufzudecken und einen Plan zu deren Schließung aufzustellen.
- 39 Die *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin vom Oktober 2012 kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/101312.pdf).
- 40 Siehe PR Nr. 12/391, „Communiqué of the Twenty-Sixth Meeting of the International Monetary and Financial Committee“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12391.htm).
- 41 Siehe PR Nr. 13/129, „Communiqué of the Twenty-

- Seventh Meeting of the International Monetary and Financial Committee“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr12391.htm). Die *Global Policy Agenda* der Geschäftsführenden Direktorin vom April 2013 kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/042013.pdf).
- 42** Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031413.pdf).
- 43** Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/061512.pdf).
- 44** Siehe PIN Nr. 13/43, „IMF Executive Board Reviews the Policy on Debt Limits in Fund-Supported Programs“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1343.htm).
- 45** Siehe „Modernisierung des Rahmens für die Analyse von Fiskalpolitik und Tragfähigkeit von Staatsschulden“ in Kapitel 3 des *Jahresberichts 2012 des IWF: Gemeinsam die globale Erholung unterstützen* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/deu/). Im Zusammenhang mit der Leitlinie sind Länder mit Marktzugang definiert als Länder, die keinen Anspruch auf Unterstützung aus dem PRGT haben (siehe nächsten Abschnitt). Hierzu gehören alle fortgeschrittenen und die meisten aufstrebenden Volkswirtschaften.
- 46** Die Leitlinie kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/050913.pdf).
- 47** Das Papier kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/082712.pdf). Abwicklung bezeichnet die Maßnahmen, die ergriffen werden, wenn eine Bank scheitert, d.h. wenn die Bank nicht mehr tragfähig ist und keine vernünftige Aussicht besteht, dass sie diesen Zustand jemals wieder erreicht.
- 48** Siehe PR Nr. 13/138, „IMF Publishes Revised Guidelines for Foreign Exchange Reserve Management“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr13138.htm).
- 49** Der IWF verwendet denselben Schwellenwert des Pro-Kopf-Einkommens, den die Weltbankgruppe für die Ermittlung des Anspruchs auf Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation heranzieht; dieser Wert wird jährlich aktualisiert.
- 50** Siehe PR Nr. 12/298, „IMF Executive Board Board Deems South Sudan Eligible for Concessional Lending“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12298.htm).
- 51** Insbesondere Änderungen an Zugang, Konditionen, Mischung, Anspruch und sonstigen relevanten Regelungen werden dann so gestaltet, dass die durchschnittliche Nachfrage in normalen Zeiten mit den Ressourcen der ersten Säule gedeckt werden kann und dass Zeiten mit hohem Mittelbedarf – z.B. infolge starker Schocks – mit den Eventualmaßnahmen bedient werden können.
- 52** Siehe PIN Nr. 12/118, „IMF Executive Board Approves the Distribution of Remaining Windfall Gold Sales Profits as Part of a Strategy to Make the Poverty Reduction and Growth Trust Sustainable over the Longer Term“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12118.htm), sowie PR Nr. 12/368, „IMF Executive Board Approves Distribution of US\$2.7 Billion in Remaining Windfall Gold Sales Profits as Part of a Strategy to Make Low-Income Lending Sustainable“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12368.htm).
- 53** Siehe PR Nr. 12/505, „IMF Executive Board Approves Extension of Temporary Interest Waiver for Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12505.htm).
- 54** Brutto, nicht für gekündigte Vereinbarungen bereinigt.
- 55** Auszahlungen unter Finanzierungsvereinbarungen aus dem GRA werden als „Käufe“ bezeichnet, Rückzahlungen nennt man „Rückkäufe“.
- 56** Siehe PIN Nr. 13/33, „IMF Membership in the Financial Stability Board“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1333.htm).
- 57** Siehe PR Nr. 12/422, „IMF to Open Regional Training Center for Sub-Saharan Africa in Mauritius“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12422.htm), PR No. 12/507, „IMF Managing Director Christine Lagarde Exchanges Financing Documents with Mauritius for New Africa Training Institute“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12507.htm), sowie PR No. 13/133, „IMF and Mauritius Sign Memorandum of Understanding to Create Africa Training Institute“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13133.htm).
- 58** Siehe PR Nr. 13/134, „Ghana and IMF Sign Memorandum of Understanding to Create New Africa Regional Technical Assistance Center (AFRITAC) in Accra“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13134.htm).
- 59** Siehe PR Nr. 12/242, „Joint Vienna Institute Celebrates 20th Anniversary with High-Level Conference“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12242.htm), und „Celebration of the 20th Anniversary of the Joint Vienna Institute“ (www.imf.org/external/np/seminars/eng/2012/jvi/).

- 60 Daten zur Technical Assistance enthalten auch vom Exekutivdirektorium gebilligte Technical Assistance für Nichtmitglieder wie West Bank und Gaza.
- 61 Diese Zahlen beziehen sich auf die gesamte Ausbildungsarbeit des IWF im Rahmen des ICD-Programms und außerhalb.
- 62 Weitere Informationen zu SDDS und GDDS siehe „Factsheet: IMF Standards for Data Dissemination“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/data.htm).
- 63 See PR No. 12/283, „The Islamic Republic of Iran Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12283.htm), PR Nr. 12/362, „Samoa Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12362.htm), PR Nr. 12/406, „The Democratic Republic of Timor-Leste Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12406.htm), PR Nr. 13/46, „The Union of the Comoros Joins the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1346.htm), PR Nr. 13/104, „Tuvalu Joins the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13104.htm), und PR Nr. 13/122, „Bosnia and Herzegovina Joins the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13122.htm).
- 64 Siehe PR Nr. 12/264, „IMF Unveils Japanese-Funded Project to Help Produce Internationally Comparable National Accounts and Price Statistics in South-Eastern Europe“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12264.htm), PR No. 12/394, „IMF Launches Japan-Funded Project to Improve External Sector Statistics in Asia and Pacific Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12394.htm), sowie PR Nr. 12/440, „IMF Launches Japanese-Funded Project to Improve External Sector Statistics in the Pacific“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12440.htm).
- 65 Siehe PR Nr. 12/185, „IMF Convenes Advisory Committee Meeting on Modernizing Government Finance Statistics“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12185.htm).
- 66 Siehe PR Nr. 12/459, „BIS, ECB and IMF Publish Third Part of *Handbook on Securities Statistics*“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12459.htm).
- 67 Siehe PR Nr. 12/284, „BIMF Releases Balance of Payments and International Investment Position Statistics Based on the Latest International Standard“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12284.htm).
- 68 See PR No. 12/219, „IMF Releases Expanded Coordinated Siehe PR Nr. 12/219, „IMF Releases Expanded Coordinated Direct Investment Survey“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12219.htm), und PR Nr. 12/473, „IMF Releases 2011 Coordinated Direct Investment Survey Results“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12473.htm).
- 69 Direktinvestition ist eine grenzüberschreitende Investitionskategorie, bei der ein Einwohner einer Volkswirtschaft Kontrolle oder einen hohen Grad an Einfluss über die Führung eines Unternehmens hat, das in einer anderen Volkswirtschaft ansässig ist.
- 70 Daten dieser Erhebungen sind verfügbar auf der Website des IWF (<http://cds.imf.org>, <http://cpis.imf.org> bzw. <http://fas.imf.org>) und über die eLibrary des IWF (www.elibrary.imf.org).
- 71 Siehe PR Nr. 12/320, „IMF Releases 2012 Financial Access Survey Data“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12320.htm).
- 72 Siehe PR Nr. 12/438, „IMF Releases Results of 2011 Coordinated Portfolio Investment Survey“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12438.htm).
- 73 Siehe PR Nr. 13/135, „International Monetary Fund and Arab Monetary Fund Welcome the Launching of ArabStat“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13135.htm).
- 74 Siehe www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pdfs/quota_tbl.pdf.
- 75 Siehe PR Nr. 12/221, 12/309, 12/499 und 13/127, „IMF Executive Board Reviews Progress toward Implementation of the 2010 Quota and Governance Reform“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12221.htm, www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12309.htm, www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12499.htm und www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13127.htm).
- 76 Weitere Einzelheiten siehe Kasten 5.1, „Die Rolle von Quoten und Basisstimmen“ im *Jahresbericht 2008* des IWF: *Die Vorteile der Weltwirtschaft für alle sichern* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2008/eng/).
- 77 Siehe PR Nr. 12/409, „New IMF Executive Board Begins Two-Year Term“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12409.htm).
- 78 Die derzeitige additive Quotenformel enthält vier Variablen. Das BIP besitzt das höchste Gewicht (50 Prozent)

und besteht aus dem BIP konvertiert zu Marktwchselkursen (30 Prozent) und dem BIP konvertiert zu Wechselkursen nach Kaufkraftparität (20 Prozent). Offenheit, die die Summe der aktuellen Zahlungen und Eingänge (30 Prozent) misst, die Variabilität der laufenden Einkünfte und Nettokapitalflüsse (15 Prozent) sowie staatliche Devisenreserven (5 Prozent) sind die übrigen Variablen. Auf die gewichtete Summe der vier Variablen in der Quotenformel wird ein Kompressionsfaktor von 0,95 angelegt, der die Streuung in den berechneten Quotenanteilen der Mitglieder reduziert. Damit wird der nach der Formel errechnete Anteil der größten Mitglieder gesenkt und der Anteil aller anderen Länder erhöht.

- 79 Siehe: „Überprüfung der Quotenformel“ in Kapitel 5 des *Jahresberichts 2012* des IWF: *Gemeinsam die Globale Erholung unterstützen* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/eng/).
- 80 Siehe PR Nr. 12/94, 12/120 und 12/145, „IMF Executive Board Discusses Quota Formula Review“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1294.htm, www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12120.htm und www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12145.htm), sowie PR Nr. 13/30, „IMF Executive Board Reports on the Quota Formula Review“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1330.htm).
- 81 Der Bericht des Exekutivdirektoriums kann auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/013013.pdf).
- 82 Siehe: „Reform von Quoten und Mitspracherechten“ in Kapitel 5 des *Jahresberichts 2008* des IWF: *Die Vorteile der Weltwirtschaft für alle sichern* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2008/eng/).
- 83 Weitere Informationen zu Quotenüberprüfungen siehe „Factsheet: IMF Quotas“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/quotas.htm).
- 84 Im Rahmen der Erweiterung der NAB im März 2011 wurde jeder neue Teilnehmer verpflichtet, den IWF über seine Einhaltung der Vereinbarungen zu verständigen. Von den 14 neuen Teilnehmern hatten mit Stand vom 30. April 2013 Irland und Griechenland diese Mitteilung noch nicht gemacht.
- 85 Siehe PR Nr. 12/229, „IMF Executive Board Approves Modalities for Bilateral Borrowing to Boost IMF Resources“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12229.htm).
- 86 Siehe PR Nr. 12/231, „IMF Managing Director Christine Lagarde Welcomes Additional Pledges to Increase IMF Resources, Bringing Total Commitments to US\$456 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12231.htm), und PR Nr. 12/388, „IMF Managing Director Christine Lagarde Welcomes Pledges from Algeria and Brunei Darussalam to Boost Fund Resources“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12388.htm). Diese Pressemitteilungen nannten 37 bzw. zwei Mitgliedsländer. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung in einem Mitgliedsland (Zypern) steht dieses Land aber nicht mehr auf der Liste.
- 87 Siehe PR Nr. 12/471, „IMF Signs SDR 350 Million Borrowing Agreement with the National Bank of Belgium to Support Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12471.htm).
- 88 Weil die Gewinne aus dem Goldverkauf zu den allgemeinen Mitteln des IWF gehören, die allen Mitgliedern zur Verfügung stehen, können sie nicht direkt in den PRGT eingezahlt werden, der nur einkommensschwachen Ländern dient. Deshalb mussten die Ressourcen an alle Mitglieder im Verhältnis zu ihren Quotenanteilen (siehe Web Box 5.1) ausgezahlt werden, damit sie für PRGT-Finanzierung verwendet werden können; dabei wird erwartet, dass die Mitglieder den IWF anweisen, diese Ressourcen als Subventionsbeiträge in den PRGT einzuzahlen (oder entsprechende Summen bereitstellen).
- 89 Siehe PR Nr. 12/389, „IMF Distributes US\$1.1 Billion of Gold Sales Profits in Strategy to Boost Low-Cost Crisis Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12389.htm).
- 90 Siehe PR Nr. 13/37, „IMF Approves New Rules and Regulations for Investment Account“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr1337.htm).
- 91 Eine Erläuterung der SZR und damit zusammenhängender Fragen siehe „Factsheet: IMF Special Drawing Rights (SDRs)“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm).
- 92 Eine Erläuterung zu den Kredittranchen findet sich in Anmerkung 3 zu Tabelle 4.1.
- 93 Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoausgaben bezieht sich auf Einnahmen, in erster Linie externe Gebermittel für Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung, die vom IWF ausgeführt werden.
- 94 Obwohl der Jahresbericht des IWF über die Tätigkeit der Institution in jedem Geschäftsjahr berichtet, werden die Belegschaftsdaten der Abteilung Personalwesen nach Kalenderjahr statt Geschäftsjahr gepflegt.
- 95 Der Fortschritt in Sachen Vielfalt wird ausführlicher im Diversity Annual Report des IWF (siehe auch nächsten Unterabschnitt) beschrieben.
- 96 Siehe PIN Nr. 12/100, „IMF Executive Board Discusses the 2011 Diversity Annual Report“ (www.imf.org/

external/np/sec/pn/2010/pn12100.htm). Um den Berichtszeitraum vom Kalenderjahr auf das Geschäftsjahr des IWF umzustellen, deckte der Bericht 2011 einen Zeitraum von 16 Monaten ab (Kalenderjahr 2011 bis einschließlich Ende des GJ 2012 im April 2012). Der Bericht ist damit aktueller, wenn das Direktorium ihn erörtert, und kann an die anderen wichtigen Berichte der Abteilung Personalwesen angepasst werden.

- 97 Siehe PR Nr. 13/119, „IMF Recognizes the Federal Government of Somalia“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13119.htm).
- 98 Siehe PR Nr. 12/30, „Statement by the IMF Executive Board on Argentina“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr1230.htm).
- 99 Siehe PR Nr. 12/319, „Statement by the IMF Executive Board on Argentina“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr12319.htm).
- 100 Siehe PR Nr. 12/488, „Statement by the IMF Spokesman on Argentina“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr12488.htm).
- 101 Siehe PR Nr. 13/33, „Statement by the IMF Executive Board on Argentina“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1333.htm).
- 102 Der vollständige Text der Transparenzpolitik des IWF kann eingesehen werden unter „The Fund’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/102809.pdf).
- 103 Siehe „Key Trends in Implementation of the Fund’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/071612.pdf).
- 104 Siehe „Consultation on the 2013 Review of the IMF’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/exr/consult/2013/transpol/).
- 105 Am 1. Mai 2013 wurde das External Relations Department umbenannt in Communications Department.
- 106 Die REOs können über die REO-Webseite auf der Website des IWF eingesehen werden (www.imf.org/external/pubs/ft/reo/reorepts.aspx). Material zu den im Geschäftsjahr veröffentlichten REOs ist ebenfalls auf der Website zu finden.
- 107 Siehe PR Nr. 12/494, „IMF Management and Staff Welcome Opportunity to Discuss Independent Evaluation Office Report on International Reserves“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12494.htm) zur Reaktion der Geschäftsführung und des Stabs des IWF zur Evaluierung.
- 108 Siehe PR Nr. 13/54, „IMF Management and Staff Welcome Independent Evaluation Office’s Report on the Role of IMF as Trusted Advisor“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1354.htm) zur Reaktion der Geschäftsführung und des Stabs des IWF zur Reserven-evaluierung.
- 109 www.imo-imf.org. Über die Buchhandlung des IWF sind auch gedruckte Ausgaben dieser und vieler anderer Evaluierungsdokumente des IEO erhältlich (www.imo-bookstore.org).
- 110 Siehe PIN Nr. 12/54, „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan in Response to Board-Endorsed Recommendations for the IEO Evaluation of IMF Performance in the Run-Up to the Financial and Economic Crisis“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1254.htm). Der vollständige Wortlaut des Berichts sowie die Zusammenfassung der Direktoriums-aussprache können auf der Website des IEO eingesehen werden (www.imo-imf.org).
- 111 Siehe PIN Nr. 13/32, „IMF Executive Board Considers Implementation Plan Following IEO Evaluation of Research at the IMF“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1332.htm). Der vollständige Wortlaut des Berichts sowie die Zusammenfassung der Direktoriums-aussprache können auf der Website des IEO eingesehen werden (www.imo-imf.org).
- 112 Siehe PIN Nr. 13/63, „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan in Response to Board-Endorsed Recommendations for the IEO Evaluation of International Reserves—IMF Concerns and Country Perspectives“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1363.htm). Der vollständige Wortlaut des Berichts sowie die Zusammenfassung der Direktoriums-aussprache können auf der Website des IEO eingesehen werden (www.imo-imf.org).
- 113 Siehe PIN Nr. 13/62, „IMF Executive Board Concludes Fifth Periodic Report on Implementing IEO Recommendations Endorsed by the Executive Board“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1362.htm).
- 114 Die erste externe Evaluierung wurde 2006 veröffentlicht.
- 115 Siehe PIN Nr. 13/40, „IMF Executive Board Considers External Evaluation of the Independent Evaluation Office“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1340.htm), sowie PR Nr. 12/285, „External Evaluation of the Independent Evaluation Office of the IMF Gets Underway“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12285.htm).



IMF ANNUAL REPORT 2013 (GERMAN)
INTERNATIONAL MONETARY FUND
700 19TH STREET NW
WASHINGTON, DC 20431 USA



ISBN 978-1-48436-278-5



9 781484 362785